

Landtag Brandenburg

Namen · Daten · Fakten



4. Wahlperiode 2004 - 2009

Landtag Brandenburg Namen - Daten - Fakten

4. Wahlperiode
2004 - 2009

4. Auflage
Stand: Dezember 2008

**Alle Abgeordneten und die Landtagsverwaltung sind unter folgender
Anschrift zu erreichen:**

**Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam**

Tel.: 0331 966-0

Fax: 0331 966-1210

Internet: www.landtag.brandenburg.de

E-Mail: poststelle@landtag.brandenburg.de

oeffentlichkeitsarbeit@landtag.brandenburg.de

Herausgeber: Präsident des Landtages Brandenburg

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Geleitwort des Präsidenten	5
Einleitung	7
Wahlergebnisse mit Wahlkreisen	9
Kreise und kreisfreie Städte des Landes Brandenburg ..	17
Biografien der Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge	18
Sitzplan	118
Mandatsveränderungen	120
Fraktionen	122
Präsidium	126
Ständige Ausschüsse	127
Rat für sorbische (wendische) Angelegenheiten	142
Statistik	143
Der Landtag Brandenburg	150
Die Stellung des Landtages im Verfassungsgefüge ..	150
Die Aufgaben des Landtages	152
Die Wahlen zum Landtag, Konstituierung und Regierungsbildung	159
Die Stellung der Abgeordneten	165
Die Gremien des Landtages und ihre Arbeitsweise ..	170
Die Landtagsverwaltung	183
Landesregierung	185
Verfassungsgericht des Landes Brandenburg	190
Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht	191
Landesrechnungshof Brandenburg	191



Gunter Fritsch
Präsident des Landtages Brandenburg

Geleitwort des Präsidenten

Politik wird von Menschen für Menschen gemacht. Deshalb brauchen die "Politikmacher" - die Abgeordneten des Landtages - Ihre Unterstützung und kritische Begleitung, um den Aufgaben als "gewählte Vertreter des Volkes", wie es in der Verfassung heißt, gerecht zu werden.

Am politischen Prozess kann nur verantwortungsvoll mitwirken, wer Kenntnisse über die Arbeit des Parlaments und Informationen über die zur Debatte stehenden Sachverhalte besitzt. Die Transparenz politischer Entscheidungen ist wichtige Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie.

Deshalb ist die Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente sowohl für die Vermittlung von Kenntnissen als auch für die politische Meinungsbildung von großer Bedeutung. Jährlich besuchen etwa 10 000 Menschen den Landtag Brandenburg, um sich unmittelbar über die Arbeit ihrer Abgeordneten und die Aufgaben und Arbeitsweise ihres Landesparlaments zu informieren.

Mit dem Handbuch "Namen - Daten - Fakten", das vom Landtag Brandenburg mittlerweile zum vierten Mal herausgegeben und regelmäßig aktualisiert wird, möchten wir Ihnen ein interessantes und nützliches Nachschlagewerk als weitere Informationsquelle in die Hand geben.

Das große Interesse an diesem Handbuch, Hinweise von Besuchern und Lesern des Buches und auch die zunehmende Nutzung des Internets haben uns veranlasst, das Handbuch vollständig zu überarbeiten. Statt der bisherigen Dokumentation gesetzlicher Regelungen soll das Handbuch nunmehr verstärkt einen Blick hinter die Kulissen des Landesparlaments ermöglichen.

Die Abgeordneten des Landtages Brandenburg der 4. Wahlperiode stellen sich in diesem Buch vor und geben dem Leser einen Überblick über ihre Rechte und Pflichten sowie über ihren Arbeitsalltag.

Mein Wunsch ist, dass dieses Handbuch Ihr Interesse an unserem Parlament weiter stärkt und dazu beiträgt, die Leistungen der Parlamentarier besser einordnen zu können, gleichzeitig aber auch Sie - die Brandenburgerinnen und Brandenburger - anregt, sich aktiv in das demokratische Geschehen einzubringen.



Gunter Fritsch
Präsident des Landtages Brandenburg

Einleitung

Mit der konstituierenden Sitzung am 13. Oktober 2004 hat der Landtag Brandenburg der 4. Wahlperiode seine Arbeit aufgenommen und wird für die Dauer von fünf Jahren das politische Geschehen in unserem Land bestimmen.

Die bisherigen Wahlergebnisse in Brandenburg sind sowohl Spiegelbild innerparteilicher Entwicklungen als auch der Popularität der einzelnen Parteien und ihrer Repräsentanten.

Am 14. Oktober 1990 wählten die Bürgerinnen und Bürger den Landtag der 1. Wahlperiode nach der faktischen Auflösung der Länderparlamente von 1952. Zur Wahl stellten sich 13 Parteien, politische Vereinigungen und Listenvereinigungen. Bei einer Wahlbeteiligung von 67,1 % erzielte die SPD mit 38,2 % die meisten Stimmen. Zweitstärkste Partei wurde die CDU mit 29,4 %. In den Landtag zogen auch die PDS-LL, die FDP und BÜNDNIS 90 ein.

In seiner konstituierenden Sitzung am 26. Oktober 1990, geleitet vom Alterspräsidenten Gustav Just, wählten die Abgeordneten Dr. Herbert Knoblich zum Landtagspräsidenten. Die Arbeitsfähigkeit des Parlaments wurde mit der Verabschiedung der vorläufigen Geschäftsordnung des Landtages, der Wahl des Vizepräsidenten und der weiteren Präsidiumsmitglieder und der Bestellung von 14 ständigen Fachausschüssen gesichert.

Am Ende der 1. Wahlperiode konnte der Landtag eine beeindruckende Bilanz seiner Arbeit vorweisen. In 100 Sitzungen verabschiedete er 207 Gesetze und behandelte 893 Anträge.

Die Regierung des Ministerpräsidenten Dr. Manfred Stolpe wurde über weite Teile der Wahlperiode von einer so genannten Ampelkoalition, bestehend aus SPD, FDP und BÜNDNIS 90, getragen.

Bei der Wahl zum Landtag der 2. Wahlperiode konnten die Brandenburgerinnen und Brandenburger die Ergebnisse der Arbeit der 1. Wahlperiode in ihre Entscheidung einbeziehen. Ein klares Votum für die SPD und ihren Spitzenkandidaten Dr. Manfred Stolpe mit 54,1 % der Zweitstimmen und allen Direktmandaten verhalf den Sozialdemokraten zu einer absoluten Mehrheit. Die PDS mit Stimmenzuwächsen und die CDU mit Stimmenverlusten erzielten jeweils 18,7 %; FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erreichten nicht die notwendigen 5 %.

Zu den Schwerpunkten der Politik in der 2. Wahlperiode gehörte die bereits in der 1. Wahlperiode vorbereitete Fusion mit Berlin. Am 22. Juni 1995 fand der Neugliederungsstaatsvertrag im Brandenburger Parlament zeitgleich mit dem Abgeordnetenhaus von Berlin die Zustimmung der Abgeordneten. Fast ein Jahr später weigerten sich jedoch die Brandenburgerinnen und Branden-

burger, in der Volksabstimmung einer Fusion zuzustimmen und lehnten den Vertrag mit 62,7 % bei einer Beteiligung von 66,4 % ab.

Mit 157 verabschiedeten Gesetzen, darunter vielen Novellierungen, konnte auch der Landtag Brandenburg der 2. Wahlperiode eine arbeitsreiche Phase bilanzieren.

Die Wahlen zum Landtag Brandenburg der 3. Wahlperiode am 5. September 1999 brachten den Sozialdemokraten erneut den Wahlsieg, allerdings mit erheblichen Verlusten. Zulegen konnten die CDU und die PDS. Die DVU zog mit 5 Abgeordneten in den Landtag ein. Das Land Brandenburg wurde fortan von einer großen Koalition, gebildet von SPD und CDU, regiert. Nachdem zunächst Dr. Manfred Stolpe als alter und neuer Ministerpräsident an der Spitze der Landesregierung stand, wurde im Juni 2002 Matthias Platzeck, von 1990 bis 1998 Minister in zwei Stolpe-Kabinetten und seit 1998 Oberbürgermeister der Stadt Potsdam, zum neuen Ministerpräsidenten des Landes gewählt.

Zu den 146 verabschiedeten Gesetzen der 3. Wahlperiode gehörten auch die Gesetze zur landesweiten Gemeindegebietsreform. Die Umsetzung dieser Gesetze war eine der größten Reformen des Brandenburger Landtages der 3. Wahlperiode. Das Ergebnis dieser Reform - nur noch 433 Gemeinden mit zum Teil neuen Gemeinde- und Amtsgrenzen - sorgte mancherorts für Unmut in der Bevölkerung und veranlasste zahlreiche Gemeinden zu Klagen vor dem Landesverfassungsgericht, welches jedoch die zentralen Strukturvorgaben der Gemeindegebietsreform als rechtmäßig bestätigte.

Die Wahlen zum Landtag Brandenburg der 4. Wahlperiode am 19. September 2004 führten mit 31,9 % der Stimmen wiederum zu einem Wahlsieg der SPD. Zweitstärkste Kraft des Landes wurde die PDS mit 28 % der Stimmen. Die CDU erhielt 19,4 % der Stimmen. Neben den drei großen Parteien konnte auch die DVU wieder in den Landtag einziehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP scheiterten erneut an der 5%-Hürde. Nach Sondierungsgesprächen der SPD sowohl mit der PDS als auch mit der CDU beschlossen Sozialdemokraten und Christdemokraten eine Neuauflage der Koalition der 3. Wahlperiode.

Mit Beginn der 4. Wahlperiode wurde der Abgeordnete Gunter Fritsch (SPD) als neuer Landtagspräsident gewählt.

Wahlergebnisse mit Wahlkreisen

Amtliches Endergebnis der Landtagswahl am 19. September 2004

Wahlberechtigte	2 117 145	100 %
Wähler/Wahlbeteiligung	1 194 192	56,4 %
Gültige Erststimmen	1 159 506	97,1 %
Gültige Zweitstimmen	1 168 909	97,9 %
Ungültige Erststimmen	34 686	2,9 %
Ungültige Zweitstimmen	25 283	2,1 %

davon

SPD

Erststimmen	331 547	28,6 %
Zweitstimmen	372 942	31,9 %

CDU

Erststimmen	259 982	22,4 %
Zweitstimmen	227 062	19,4 %

PDS

Erststimmen	372 250	32,1 %
Zweitstimmen	326 801	28,0 %

DVU

Erststimmen	-	-
Zweitstimmen	71 041	6,1 %

GRÜNE/B'90

Erststimmen	47 560	4,1 %
Zweitstimmen	42 091	3,6 %

FDP

Erststimmen	55 544	4,8 %
Zweitstimmen	38 890	3,3 %

AfW

Erststimmen	41 102	3,5 %
Zweitstimmen	11 006	0,9 %

AUB-Brandenburg

Erststimmen	10 238	0,9 %
Zweitstimmen	9 993	0,9 %

DKP

Erststimmen	-	-
Zweitstimmen	2 084	0,2 %

GRAUE

Erststimmen	2 338	0,2 %
Zweitstimmen	10 470	0,9 %

FAMILIE

Erststimmen	-	-
Zweitstimmen	30 843	2,6 %

50 Plus

Erststimmen	-	-
Zweitstimmen	11 875	1,0 %

JA

Erststimmen	3 375	0,3 %
Zweitstimmen	4 114	0,4 %

Offensive D

Erststimmen	12 759	1,1 %
Zweitstimmen	3 707	0,3 %

BRB

Erststimmen	5 863	0,5 %
Zweitstimmen	5 990	0,5 %

EB

Erststimmen	16 948	1,5 %
Zweitstimmen	-	-

**Abkürzungsverzeichnis der an den Landtagswahlen
am 19. September 2004 beteiligten Wahlvorschlagsträger**

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
DVU	DEUTSCHE VOLKSUNION
GRÜNE/B'90	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
FDP	Freie Demokratische Partei
AFW	Allianz freier Wähler
AUB-Brandenburg	Allianz Unabhängige Bürger - Brandenburg e. V.
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
GRAUE	DIE GRAUEN - Graue Panther
FAMILIE	FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS
50 Plus	50 Plus - Bürger- und Wählerinitiative für Brandenburg
JA	Ja zu Brandenburg
Offensive D	Partei Rechtstaatlicher Offensive
BRB	Pro Brandenburg/Bürger rettet Brandenburg
EB	Einzelbewerber

Wahlkreise für die Wahl zum Landtag Brandenburg



01	Prignitz I	23	Teltow-Fläming I
02	Prignitz II/ Ostprignitz-Ruppin II	24	Teltow-Fläming II
03	Ostprignitz-Ruppin I	25	Teltow-Fläming III
04	Ostprignitz-Ruppin III/ Havelland III	26	Dahme-Spreewald I
05	Havelland I	27	Dahme-Spreewald II/ Oder-Spree I
06	Havelland II	28	Dahme-Spreewald III
07	Oberhavel I	29	Oder-Spree II
08	Oberhavel II	30	Oder-Spree III
09	Oberhavel III	31	Märkisch-Oderland I/ Oder-Spree IV
10	Uckermark III/Oberhavel IV	32	Märkisch-Oderland II
11	Uckermark I	33	Märkisch-Oderland III
12	Uckermark II	34	Märkisch-Oderland IV
13	Barnim I	35	Frankfurt (Oder)
14	Barnim II	36	Elbe-Elster I
15	Barnim III	37	Elbe-Elster II
16	Brandenburg a. d. H. I/ Potsdam-Mittelmark I	38	Oberspreewald-Lausitz I
17	Brandenburg a. d. H. II	39	Oberspreewald-Lausitz II/ Spree-Neiße IV
18	Potsdam-Mittelmark II	40	Oberspreewald-Lausitz III/ Spree-Neiße III
19	Potsdam-Mittelmark III/ Potsdam III	41	Spree-Neiße I
20	Potsdam-Mittelmark IV	42	Spree-Neiße II
21	Potsdam I	43	Cottbus I
22	Potsdam II	44	Cottbus II

Gewählt in den Wahlkreisen zum Landtag Brandenburg der 4. Wahlperiode:

Wahlkreis	Name	Partei
01 (Prignitz I)	Dagmar Ziegler	SPD
02 (Prignitz II/Ostprignitz-Ruppin II)	Wolfgang Gehrcke	PDS
03 (Ostprignitz-Ruppin I)	Otto Theel	PDS
04 (Ostprignitz-Ruppin III/ Havelland III)	Christian Görke	PDS
05 (Havelland I)	Udo Folgart	SPD
06 (Havelland II)	Barbara Richstein	CDU
07 (Oberhavel I)	Thomas Günther	SPD
08 (Oberhavel II)	Alwin Ziel	SPD
09 (Oberhavel III)	Gerrit Große	PDS
10 (Uckermark III/Oberhavel IV)	Torsten Krause	PDS
11 (Uckermark I)	Irene Wolff-Molorciuc	PDS
12 (Uckermark II)	Mike Bischoff	SPD
13 (Barnim I)	Margitta Mächtig	PDS
14 (Barnim II)	Dr. Dagmar Enkelmann	PDS
15 (Barnim III)	Ralf Christoffers	PDS
16 (Brandenburg a. d. H. I/ Potsdam-Mittelmark I)	Andreas Kuhnert	SPD
17 (Brandenburg a. d. H. II)	Ralf Holzschuher	SPD
18 (Potsdam-Mittelmark II)	Günter Baaske	SPD
19 (Potsdam-Mittelmark III/ Potsdam III)	Saskia Funck	CDU
20 (Potsdam-Mittelmark IV)	Dr. Jens Klocksinn	SPD
21 (Potsdam I)	Klara Geywitz	SPD

22 (Potsdam II)	Matthias Platzeck	SPD
23 (Teltow-Fläming I)	Klaus Bochow	SPD
24 (Teltow-Fläming II)	Kornelia Wehlan	PDS
25 (Teltow-Fläming III)	Christoph Schulze	SPD
26 (Dahme-Spreewald I)	Tina Fischer	SPD
27 (Dahme-Spreewald II/ Oder-Spree I)	Kerstin Osten	PDS
28 (Dahme-Spreewald III)	Karin Weber	PDS
29 (Oder-Spree II)	Helga Böhnisch	PDS
30 (Oder-Spree III)	Stefan Sarrach	PDS
31 (Märkisch-Oderland I/ Oder-Spree IV)	Renate Adolph	PDS
32 (Märkisch-Oderland II)	Kerstin Kaiser	PDS
33 (Märkisch-Oderland III)	Gerlinde Stobrawa	PDS
34 (Märkisch-Oderland IV)	Wolfgang Heinze	PDS
35 (Frankfurt [Oder])	Frank Hammer	PDS
36 (Elbe-Elster I)	Carolin Steinmetzer	PDS
37 (Elbe-Elster II)	Frank Werner	CDU
38 (Oberspreewald-Lausitz I)	Ingo Senftleben	CDU
39 (Oberspreewald-Lausitz II/ Spree-Neiße IV)	Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann	PDS
40 (Oberspreewald-Lausitz III/ Spree-Neiße III)	Werner-Siegwart Schippel	SPD
41 (Spree-Neiße I)	Christian Otto	PDS
42 (Spree-Neiße II)	Birgit Wöllert	PDS
43 (Cottbus I)	Dr. Martina Münch	SPD
44 (Cottbus II)	Frank Szymanski	SPD

Gewählt nach Landesliste zum Landtag Brandenburg der 4. Wahlperiode:

		Listenplatz
SPD	Gunter Fritsch	3
	Britta Stark	4
	Martina Gregor	6
	Ingrid Siebke	8
	Steffen Reiche	9
	Sylvia Lehmann	10
	Wolfgang Birthler	11
	Susanne Melior	12
	Elisabeth Alter	14
	Wolfgang Klein	15
	Heiko Müller	17
	Dr. Esther Schröder	18
	Dr. Dietmar Woidke	21
	Jutta Lieske	24
	Reinhold Dellmann	25
Barbara Hackenschmidt	26	
PDS	Prof. Dr. Lothar Bisky	2
	Heinz Vietze	4
	Thomas Domres	8
	Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	12
	Anita Tack	13
	Peer Jürgens	14

CDU	Jörg Schönbohm	1
	Beate Blechinger	2
	Ulrich Junghanns	3
	Thomas Lunacek	4
	Dierk Homeyer	5
	Prof. Dr. Johanna Wanka	6
	Sven Petke	7
	Dieter Helm	9
	Wilfried Schrey	10
	Carola Hartfelder	11
	Dieter Dombrowski	13
	Dr. Wieland Niekisch	14
	Roswitha Schier	15
	Alard von Arnim	16
	Detlef Karney	18
	Monika Schulz	19
DVU	Liane Hesselbarth	1
	Sigmar-Peter Schuldt	2
	Birgit Fechner	3
	Michael Claus	4
	Norbert Schulze	5
	Markus Nonninger	6

Kreise und kreisfreie Städte des Landes Brandenburg



Biografien der Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge

**ADOLPH,
Renate**

Diplomjournalistin

15336 Hoppegarten/OT Hönow

Fraktion DIE LINKE

Wahlkreis 31 (Märkisch-Oderland I/
Oder-Spree IV)



Geboren 1954 in Berlin
Verheiratet; 2 Kinder

1972 Abitur
1972 bis 1973 Volontariat beim ADN Berlin
1973 bis 1977 Studium der Journalistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig,
Diplomjournalistin
1977 bis 1982 Redakteurin beim ADN Berlin
1982 bis 1983 Redakteurin bei der „Berliner Zeitung“
1983 bis 1986 Mitarbeiterin beim FDJ-Zentralrat
1986 bis 1990 Redakteurin beim Verlag Junge Welt
1990 bis 1994 Mitarbeiterin in einer Anzeigenagentur
1994 bis 2004 Leiterin einer Werbeagentur

Seit 1976 Mitglied der SED, ab 1990 PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS,
ab Juni 2007 DIE LINKE
Seit 2003 Mitglied des Kreistages Märkisch-Oderland

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

**ALTER,
Elisabeth**

Krankenschwester

15517 Fürstenwalde

Fraktion der SPD

Landesliste



Geboren 1953 in Weinböhla, Kreis Meißen
Verheiratet; 2 Kinder

1970 bis 1973 Ausbildung zur Krankenschwester an der Fachschule
Dresden
1973 bis 1981 Krankenschwester im Kreiskrankenhaus Meißen
1981 bis 1983 Erzieherin im Kreisrehabilitationszentrum Meißen
1984 bis 1986 Krippenleiterin Meißen-Proschwitz
1987 bis 1990 Abteilungsleiterin im Kreisrehabilitationszentrum Meißen
1990 bis 2004 Beauftragte für Senioren, Behinderte, Ausländer und Gleich-
stellung des Landkreises Oder-Spree

Seit 1993 Mitglied der SPD

Seit Oktober 2003 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde

Seit 2003 stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin des Stadtparlaments
Fürstenwalde

Seit 2008 Mitglied des Kreistages Oder-Spree

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

**von ARNIM,
Alard**

Landwirt;
Bankangestellter

17268 Gerswalde

Fraktion der CDU

Landesliste



Geboren 1943 in Groß-Fredenwalde
Verheiratet
Evangelisch

Seit 1962 Mitglied der CDU
Seit 1998 Mitglied im Gemeinderat Groß-Fredenwalde
Seit 1998 Mitglied des Kreistages Uckermark

Mitglied des Landtages seit September 1999
Seit November 1999 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für
Haushaltskontrolle

BAASKE, Günter

Diplomlehrer;
Minister a. D.

14806 Lütte

Fraktion der SPD

Wahlkreis 18 (Potsdam-Mittelmark II)



Geboren 1957 in Belzig
3 Kinder

1976	Abitur
1978 bis 1982	Studium der Physik/Mathematik an der Pädagogischen Hochschule in Potsdam, Diplomlehrer
1981 bis 1990	Lehrer für Physik/Mathematik im Kreis Belzig und an der Gehörlosenschule in Berlin
1989 bis 1999	nebenberuflich Manager der Band "Keimzeit"
1990 bis 2002	Dezernent und Beigeordneter im Landkreis Belzig bzw. im Landkreis Potsdam-Mittelmark
August 2002 bis Oktober 2004	Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg

1989 Gründungsmitglied Neues Forum im Kreis Belzig
1989 Gründungsmitglied der SDP/SPD im Kreis Belzig
1990 bis 1993 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Belzig
1990 bis 1993 Mitglied des Kreistages Belzig
Juli 2006 bis August 2008 stellvertretender Landesvorsitzender der SPD Brandenburg
Seit 2008 Mitglied des Kreistages Potsdam-Mittelmark

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004
Seit Oktober 2004 Vorsitzender der Fraktion der SPD
Seit Oktober 2004 Mitglied des Präsidiums
Seit November 2004 Vorsitzender des Hauptausschusses

BEDNARSKY, Kerstin

Uhrmacherin;
staatlich anerkannte
Heilerziehungspflegerin

03185 Teichland/OT Maust

Fraktion DIE LINKE

Landesliste



Geboren 1960 in Eilenburg
verheiratet, 1 Kind 2003 verstorben

- 1976 bis 1979 Berufsausbildung zur Uhrmacherin
- 1979 bis 1983 Uhrmacherin im DLK Eilenburg
- 1985 bis 1989 Uhrmacherin, Eingabebearbeiterin im HWD Cottbus
- 2005 bis 2006 ehrenamtliches Praktikum in der Integrationskindertagesstätte „Janusz Korczak“ Cottbus, Praktikum Bautec GmbH Cottbus
- 2003 bis 2007 Fernstudium zur Heilerziehungspflegerin an der Hoffbauer Stiftung Potsdam Hermannswerder, staatlich anerkannte Heilerziehungspflegerin
- 2006 bis 2007 Bautec GmbH Cottbus, Projektleiterin für Gesundheit und Soziales, Projektleiterin von zwei ABM-Projekten im sozialen Bereich

Seit 1979 Mitglied der SED, seit 1990 PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juli 2007 DIE LINKE

- 1979 bis 1981 Mitglied der Stadtverordnungsversammlung Eilenburg
- 1983 bis 1989 Mitglied der Volkskammer der DDR (DFD-Fraktion)
- 1987 bis 1988 Bezirksparteischule
- 1989 Mitglied der ersten freigewählten Volkskammer der DDR
- 1992 bis 1999 Stadtvorsitzende der PDS Cottbus
- 1993/1994 Oberbürgermeisterkandidatin Cottbus (Stichwahl)
- 2000 bis 2004 Kreisvorsitzende der PDS Spree-Neiße
- Seit 2008 Mitglied des Kreistages Spree-Neiße, Wahlkreis 6.

Mitglied des Landtages von Oktober 1990 bis Oktober 2004 und seit 9. November 2007

Nachgerückt für Kerstin Osten

**Dr. BERNIG,
Andreas**

Fernmeldemechaniker;
Diplomstaatswissenschaftler/Politologe

14797 Kloster Lehnin/OT Göhlsdorf

Fraktion DIE LINKE

Landesliste



Geboren 1957 in Rostock
Getrennt lebend; 3 Kinder

1975 bis 1976	Berufsausbildung zum Fernmeldetechniker an der NVA/Unteroffiziersschule Prora
1976 bis 1978	NVA
1978 bis 1980	wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Rat des Bezirkes Rostock/Rat der Stadt Rostock
1980 bis 1984	Studium der Staatswissenschaften an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR Potsdam, Diplomstaatswissenschaftler
1984 bis 1988	wissenschaftlicher Assistent an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR Potsdam
Mai 1988	Promotion Dr.rer.pol.
1988	Hauptmann der Deutschen Volkspolizei, BdVP
April bis Oktober 1990	stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei
Mai 1991 bis Oktober 2005	Vorsitzender des Polizei-Hauptpersonalrats beim Ministerium des Inneren
März 1994	Ernennung zum Verwaltungsbeamten im Polizeipräsidium Potsdam

Seit August 2000 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007 DIE LINKE

Seit 2003 Gemeindevertreter Kloster Lehnin

Mitglied des Landtages seit 21. Oktober 2005

Nachgerückt für Dr. Dagmar Enkelmann

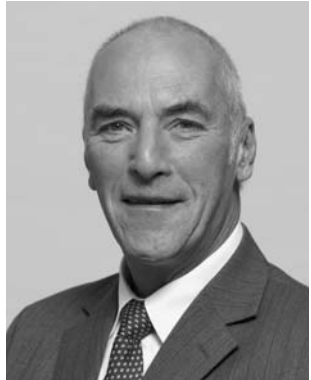
**BIRTHLER,
Wolfgang**

Facharbeiter für Rinderzucht;
Tierarzt;
Minister a. D.

16306 Berkholz-Meyenburg

Fraktion der SPD

Landesliste



Geboren 1947 in Magdeburg
Verheiratet; 5 Kinder
Evangelisch

1965 Abitur

1965 bis 1971 Studium der Veterinärmedizin an der Humboldt-Universität
zu Berlin

1971 bis 1990 Tierarzt im Kreis Angermünde

Seit 1989 Mitglied der SPD

März bis September 1990 Mitglied des Kreistages Angermünde

Mitglied des Landtages seit Oktober 1990

1990 bis Oktober 1999 Vorsitzender der Fraktion der SPD

Oktober 1999 bis Oktober 2004 Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz
und Raumordnung

**BISCHOFF,
Mike**



Betriebswirt (VWA)

16303 Schwedt/Oder

Fraktion der SPD

Wahlkreis 12 (Uckermark II)

Geboren 1965 in Schwedt/Oder

1981 bis 1984 Berufsausbildung zum Industrieelektroniker im IW-Pinnow

1986 bis 1995 Prüffeldtechniker im EAW Schwedt/Oder

1994 Hauptstudiengang Arbeits- und Sozialrecht, BWL, VWL, Soziologie an der Sozialakademie Dortmund

1995 bis 1998 Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie (VWA) Ostbrandenburg, Betriebswirt (VWA)

1995 bis 1999 Mitarbeiter für parlamentarische Tätigkeit eines Landtagsabgeordneten

Seit 1995 Mitglied der SPD

Seit 1998 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Schwedt/Oder

Mitglied des Landtages seit September 1999

Seit 2000 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Seit Oktober 2004 stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der SPD

**Prof. Dr. BISKY,
Lothar**

Diplomkulturwissenschaftler;
Vizepräsident des Landtages

16540 Hohen Neuendorf

Fraktion der Linkspartei.PDS

Landesliste



Geboren 1941 in Zollbrück
Verheiratet; 3 Kinder

1961 Abitur

1962 bis 1963 Studium der Philosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin

1963 bis 1966 Studium der Allgemeinen Kulturwissenschaften an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Diplomkulturwissenschaftler

1966 bis 1967 Assistent an der Karl-Marx-Universität Leipzig

1967 bis 1980 wissenschaftlicher Mitarbeiter, Abteilungsleiter am Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig

1969 Promotion, 1975 Dr. sc., 1979 Honorarprofessor

1980 bis 1986 Dozent an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften

1986 bis 1990 Rektor der Hochschule für Film und Fernsehen in Potsdam-Babelsberg

Seit 1963 Mitglied der SED, ab 1990 PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS

1990 Mitglied der Volkskammer

1993 bis Oktober 2000 und seit Juni 2003 Bundesvorsitzender der PDS

Mitglied des Landtages seit Oktober 1990

Bis Oktober 2004 Vorsitzender der Fraktion der PDS

Seit 13. Oktober 2004 Vizepräsident des Landtages

Ausgeschieden am 20. Oktober 2005

Nachfolgerin: Kerstin Meier

BLECHINGER, Beate

Diplomlehrerin;
Ministerin der Justiz

15370 Fredersdorf-Vogelsdorf

Fraktion der CDU

Landesliste



Geboren 1947 in Dresden

3 Kinder

Katholisch

1964 Abitur

1964 bis 1969 Studium der Pädagogik an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Diplomlehrerin für Mathematik und Russisch

1969 Staatsexamen als Fachlehrerin für das Lehramt an Oberschulen, Diplom

1969 bis 1986 Lehrerin in Bad Sulza bzw. Fredersdorf

1986 bis 1990 Ingenieurin für Betriebsorganisation und Datenverarbeitung im Rechenzentrum Neuenhagen

1990 Leiterin des Ministerbüros im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

1995 bis 1999 Lehrerin am Gymnasium Bernhardinum Fürstenwalde, ab 1998 stellvertretende Schulleiterin

Seit 1990 Mitglied der CDU

1990 bis 1998 Mitglied des Kreistages Märkisch-Oderland

Mitglied des Landtages von 1990 bis 1994 und seit September 1999

1990 bis 1992 Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion der CDU

September 1999 bis Oktober 2004 Vorsitzende der Fraktion der CDU und

Mitglied des Präsidiums

Seit 13. Oktober 2004 Ministerin der Justiz

**BOCHOW,
Klaus**

Diplomingenieur (FH)

14974 Ludwigsfelde

Fraktion der SPD

Wahlkreis 23 (Teltow-Fläming I)



Geboren 1950 in Rangsdorf

Verheiratet; 2 Kinder

Evangelisch

1966 bis 1968 Berufsausbildung zum Chemiefacharbeiter

1968 bis 1970 Grundwehrdienst

1970 bis 1973 Arbeit im Beruf

1970 bis 1974 Abendstudium der Chemischen Technologie, Diplomingenieur (FH)

1973 bis 1986 verschiedene Leitungsfunktionen bei Berlin-Chemie

1987 bis 1995 Abteilungsleiter bei ACZ-Zossen/Lienig GmbH

1995 bis 1999 EWZ-Geschäftsbereichsleiter/Prokurist

Seit 1990 Mitglied der SPD

1990 bis 1993 Vorsitzender des Kreistages Zossen, ab 1993 Vorsitzender des Kreistages Teltow-Fläming

Seit 1990 stellvertretender Vorsitzender des Landkreistages Brandenburg

Mitglied des Landtages seit September 1999

Seit Oktober 2004 stellvertretender Vorsitzender des Wahlprüfungsausschusses

Seit November 2005 Vorsitzender des Ausschusses für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik

BÖHNISCH, Helga

Lehrerin;
Heimerzieherin;
Sozialmanagerin

15890 Eisenhüttenstadt

Fraktion DIE LINKE

Wahlkreis 29 (Oder-Spree II)



Geboren 1945 in Großschönau
2 Kinder

- 1961 bis 1964 Studium der Pädagogik am Institut für Lehrerbildung Leipzig,
Lehrerin, Heimerzieherin
- 1964 bis 1966 Erzieherin in Bad Sülze
- 1966 bis 1971 Heimerzieherin in Eisenhüttenstadt
- 1971 bis 1976 Lehrerin an einer Förderschule in Eisenhüttenstadt
- 1976 bis 1983 stellvertretende Direktorin einer POS in Eisenhüttenstadt
- 1984 Studium
- 1984 bis 1988 Mitarbeiterin im Pionierhaus Eisenhüttenstadt
- 1988 bis 1990 Mitarbeiterin im Bezirkskabinett für außerunterrichtliche
Tätigkeit Frankfurt (Oder)
- 1991 bis 1993 Ausbildung zur Sozialmanagerin am BIUW Potsdam
- 1991 bis 1993 Projektleiterin ABM "Frauzentrum"
- 1993 bis 1995 ABM-Projektleiterin eines internationalen Frauenprojektes
- 1995 bis 2004 Mitarbeiterin einer Landtagsabgeordneten

Seit 1990 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007
DIE LINKE

Seit 1990 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Eisenhüttenstadt

Seit 1998 Mitglied des Kreistages Oder-Spree

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

**CHRISTOFFERS,
Ralf**

Diplomgesellschaftswissenschaftler

16321 Schönow

Fraktion DIE LINKE

Wahlkreis 15 (Barnim III)



Geboren 1956 in Rostock
5 Kinder

1973 bis 1981 Berufsausbildung zum Schiffbauer, Schlosser und Facharbeiter

1983 bis 1986 Studium der Gesellschaftswissenschaften an der Parteihochschule der SED

1986 bis 1990 Dozent für Philosophie

1991 bis 1994 wissenschaftlicher Mitarbeiter der PDS-LL-Fraktion im Landtag Brandenburg

Seit 1990 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007 DIE LINKE

2001 bis 2005 Landesvorsitzender der PDS Brandenburg

Mitglied des Landtages seit Oktober 1994

Seit November 2007 Vorsitzender des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

**CLAUS,
Michael**

Dreher/Fräser

16727 Velten

Fraktion der DVU

Landesliste



Geboren 1960 in Rüdersdorf bei Berlin

1976 bis 1978 Berufsausbildung zum Zerspanungsfacharbeiter (Dreher/Fräser)

1978 bis 1990 Dreher

1991 bis 1997 Maschinist

Ab 1997 Vorarbeiter in den Zementwerken Rüdersdorf (Bau)

Seit Oktober 2008 Mitglied des Kreistages Märkisch-Oderland

Seit Oktober 2008 Mitglied der Gemeindevertretung Petershagen/Eggersdorf

Mitglied des Landtages seit September 1999

Seit September 1999 stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der DVU

September 1999 bis Oktober 2004 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung

**DELLMANN,
Reinhold**

Diplomingenieur (FH)

16348 Wandlitz

Fraktion der SPD

Landesliste



Geboren 1958 in Magdeborn

1975 bis 1977 Berufsausbildung zum Facharbeiter bei der Deutschen Reichsbahn

1977 bis 1987 Fahrdienstleiter bei der Deutschen Reichsbahn

1981 bis 1986 Studium der Verkehrstechnologie an der Hochschule für Verkehrswesen Dresden

1988 bis 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter ZFIV und WTZ der Deutschen Reichsbahn

1990 bis 1992 Bürgermeister der Gemeinde Wandlitz

1992 bis 1999 Amtsdirektor des Amtes Wandlitz

1990 bis 1992 Mitglied der Gemeindevertretung Wandlitz

1990 bis 1993 Mitglied des Kreistages Bernau

Seit 2004 Mitglied des Kreistages Barnim

Seit 2004 Mitglied Gemeindevertretung Wandlitz

Mitglied des Aufsichtsrates des Vereins Hoffnungstal Lobetal

Mitglied des Aufsichtsrates des Königin Elisabeth Hospital Berlin

Mitglied des Landtages seit September 1999

Ausgeschieden am 18. Oktober 2004

Nachfolger: Wolfgang Pohl

DOMBROWSKI,

Dieter

Maler;
Zahntechniker;
Angestellter

14715 Bahnitz

Fraktion der CDU

Landesliste



Geboren 1951 in Berlin

Verheiratet; 2 Kinder

Katholisch

1968 bis 1970 Berufsausbildung zum Maler

1970 bis 1972 Grundwehrdienst bei der NVA

Am 13. August 1974 vom Bezirksgericht Schwerin wegen Republikflucht und staatsfeindlicher Verbindungsaufnahme zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, Rehabilitation erfolgte 1994.

1978 bis 1980 Umschulung zum Zahntechniker

1983 bis 1990 Referent beim Deutschen Bundestag (Landesgruppe der Berliner CDU-Abgeordneten)

Ab 1994 Niederlassungsleiter und von 1997 bis 2004 Geschäftsführer der Beratungsgesellschaft für kommunale Infrastruktur (Werder/Havel)

Seit September 2004 Unternehmensberatung

Seit 1977 Mitglied der CDU

1983 bis 1987 Landesvorsitzender der Jungen Union Berlin

1990 bis 1994 Landrat des Kreises Rathenow

Seit 1994 Mitglied des Kreistages Havelland

Seit Oktober 2008 amtierender Generalsekretär des Landesverbandes der CDU Brandenburg

Mitglied des Landtages seit September 1999

Seit November 1999 Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung/ab November 2004 Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz

**DOMRES,
Thomas**

Landmaschinen- und
Traktorenschlosser;
Altenpfleger

19348 Perleberg

Fraktion DIE LINKE

Landesliste



Geboren 1970 in Perleberg
1 Kind

1987 bis 1989 Berufsausbildung zum Landmaschinen- und Traktorenschlosser

1989 bis 1991 Wehrdienst

1991 bis 1993 Ausbildung zum Staatlich anerkannten Altenpfleger an der Medizinischen Fachschule Wittenberge

1993 bis 1999 Altenpfleger beim Landesausschuss für Innere Mission

Seit 1990 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007 DIE LINKE

Seit 1993 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Perleberg

1998 bis 1999 und seit 2008 Mitglied des Kreistages Prignitz

Mitglied des Landtages seit September 1999

Seit November 2004 Vorsitzender des Petitionsausschusses

**Dr. ENKELMANN,
Dagmar**

Diplomhistorikerin

16321 Bernau

Fraktion der Linkspartei.PDS

Wahlkreis 14 (Barnim II)



Geboren 1956 in Altlandsberg
3 Kinder

- 1974 Abitur
- 1974 bis 1979 Studium der Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Diplomhistorikerin
- 1979 bis 1985 Lehrerin für Geschichte an der Jugendhochschule Bogensee
- 1985 bis 1989 Aspirantur an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften Berlin
- 1990 Mitglied der Volkskammer der DDR
- 1990 bis 1998 Mitglied des Bundestages
- 1999 Angestellte einer Unternehmensberatung

Seit 1990 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS
Seit 1998 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Bernau
Seit Juni 2003 stellvertretende Parteivorsitzende der PDS

Mitglied des Landtages seit September 1999
Seit September 1999 Mitglied des Präsidiums
Seit Oktober 2004 Vorsitzende der Fraktion der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS

Ausgeschieden am 20. Oktober 2005
Nachfolger: Dr. Andreas Bernig

**FECHNER,
Birgit**

Diplomchemieingenieurin (FH)

14473 Potsdam

Fraktion der DVU

Landesliste



Geboren 1965 in Wolfen

1981 bis 1983 Berufsausbildung zur Fotolaborantin

1983 bis 1986 Studium der Technologie der anorganischen und organischen Chemie an der Fachhochschule "Justus von Liebig" in Magdeburg, Diplomchemieingenieurin (FH)

1986 bis 1993 verschiedene Tätigkeiten in der Filmfabrik (ORWO) Wolfen

1993 bis 1995 Meisterin für Demontage, GÖS

1996 Vollzeitqualifizierung zur Vertriebsingenieurin

1997 arbeitslos

1998 bis 1999 Fortbildung "Intensivseminar für Fach- und Hochschulabsolventen"

Seit 1998 Mitglied der DVU

Mitglied des Landtages seit September 1999

**FISCHER,
Tina**

Rechtsanwältin

15738 Zeuthen

Fraktion der SPD

Wahlkreis 26 (Dahme-Spreewald I)



Geboren 1971 in München

1 Kind

1991 Abitur

1991 bis 1996 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Regensburg

1996 bis 1998 Referendariat in Frankfurt (Oder)

1998 bis 2002 wissenschaftliche Mitarbeiterin bei einem Mitglied des Deutschen Bundestages

2001 Lehrauftrag an der Freien Universität zu Berlin, Otto-Suhr-Institut

2003 bis 2004 angestellte Anwältin bei der „deutschen druck- und verlagsgesellschaft“

Seit 2001 Mitglied der SPD

Seit 2002 Mitglied des Landesvorstandes der SPD Brandenburg

Seit 2002 Mitglied des Unterbezirksvorstandes der SPD Dahme-Spreewald

Seit 2008 Mitglied des Kreistages Dahme-Spreewald

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

Von Juni 2005 bis Juni 2007 Vorsitzende des Sonderausschusses zur Überprüfung von Normen und Standards (SANS)

**FOLGART,
Udo**

Diplomagraringenieur;
Geschäftsführer

14621 Schönwalde-Glien/OT Grünefeld

Fraktion der SPD

Wahlkreis 5 (Havelland I)



Geboren 1956 in Nauen
Verheiratet; 2 Kinder
Parteilos

1975 Abitur
1975 bis 1977 Grundwehrdienst
1977 bis 1982 Studium der Landwirtschaft an der Universität Rostock,
Diplomagraringenieur
1982 bis 1986 leitende Tätigkeit in der LPG (P) Paaren
1986 bis 1990 Vorsitzender der LPG (P) Paaren
Seit 1990 Geschäftsführer der Agro-Glien GmbH Paaren

1982 bis 2003 Mitglied der Gemeindevertretungen Perwenitz (bis 1986) und
Grünefeld
Seit 1998 Mitglied des Kreistages Havelland
Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV)
Präsident des Landesbauernverbandes Brandenburg e. V. (LBV)
Vorsitzender des Kreisbauernverbandes Havelland (KBV)

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

FRITSCH, Gunter



Diplomingenieur;
Minister a. D.;
Präsident des Landtages Brandenburg

14473 Potsdam

Fraktion der SPD

Landesliste

Geboren 1942 in Landsberg/Warthe

Verwitwet

Evangelisch

1945	Flucht nach Tabarz/Thüringen
1947	Umzug nach Tempelberg, Kreis Fürstenwalde
1949	Grundschulbesuch
1957	Besuch der Oberschule – Abitur Umzug nach Müncheberg
1961 bis 1964	Berufsausbildung Kfz-Schlosser
1964 bis 1967	Bausoldat bei der NVA
1967 bis 1974	Fernstudium der Hochfrequenztechnik an der TU Dresden
1967 bis 1990	Labormechaniker/Entwicklungsingenieur an der Akademie der Wissenschaften/Zentralinstitut für Optik und Spektroskopie Berlin
1990 bis 1997	Landrat des Kreises Märkisch-Oderland
1997 bis 1999	Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Seit 1990 Mitglied der SPD

1990 bis 1993 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Müncheberg

1990 bis 1997 Mitglied des Kreistages Märkisch-Oderland

Seit Juli 2003 Vorsitzender des Landestourismusverbandes Brandenburg

Seit Oktober 2003 Mitglied des Kreistages Märkisch-Oderland

Seit 21. April 2007 Landesvorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. des Landesverbandes Brandenburg

Seit September 2008 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung (SVV) Brandenburg an der Havel und Mitglied im Finanzausschuss der SVV

Mitglied des Landtages seit September 1999

Mitglied des Präsidiums

Oktober 1999 bis Oktober 2004 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

Oktober 1999 bis Oktober 2004 Vorsitzender des Hauptausschusses

Seit 13. Oktober 2004 Präsident des Landtages

**Dr. FUNCK,
Saskia**

Diplomkauffrau

14542 Werder

Fraktion der CDU

Wahlkreis 19 (Potsdam-Mittelmark III/
Potsdam III)



Geboren 1968 in Potsdam
Ledig

1984 bis 1987 Berufsausbildung mit Abitur, Fachverkäuferin
1987 bis 1995 Studium der Betriebswirtschaft an der Handelshochschule
Leipzig, der Ludwig-Maximilians-Universität München und
der Freien Universität Berlin, Diplomkauffrau
Seit 1995 Mitinhaberin des Familienunternehmens R. Funck GmbH
2008 Dissertation

Seit 1997 Mitglied der CDU
Seit 1998 Mitglied des Kreistages Potsdam-Mittelmark

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004
Oktober 2004 bis März 2007 Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU
Oktober 2004 bis März 2007 Mitglied des Präsidiums

**GEHRCKE,
Wolfgang**

Verwaltungsangestellter

16928 Plattenburg/OT Hoppenrade

Fraktion der Linkspartei.PDS

Wahlkreis 2 (Prignitz II/
Ostprignitz-Ruppin II)



Geboren 1943 in Reichau/Bayern
Verheiratet; 1 Kind

1959 bis 1961 Verwaltungslehre

1961 bis 1968 Verwaltungsangestellter bei der Bundesanstalt für Arbeit

1968 bis 1991 verschiedene berufliche Tätigkeiten im Verlagswesen, als
Journalist und in politischen Funktionen

1991 bis 1998 Tätigkeit im Parteivorstand der PDS

1998 bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages

2002 bis 2004 außenpolitischer Sprecher der PDS

Seit 1990 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS

1991 bis 1993 Bundesgeschäftsführer und 1993 bis 1998 stellvertretender
Bundesvorsitzender der PDS

Seit 2002 erneut Mitglied des Parteivorstandes der PDS

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

Ausgeschieden am 20. Oktober 2005
Nachfolgerin: Ingeborg Kolodzeike

**GEYWITZ,
Klara**

Diplompolitologin

14473 Potsdam

Fraktion der SPD

Wahlkreis 21 (Potsdam I)



Geboren 1976 in Potsdam
1 Kind, Evangelisch

1995 Abitur

1995 bis 2002 Studium der Politikwissenschaften an der Universität
Potsdam, Diplompolitologin

2002 bis 2004 Referentin beim SPD-Landesverband Brandenburg

Seit 1994 Mitglied der SPD

Seit 1998 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Beisitzerin des SPD-Unterbezirksvorstandes Potsdam

Seit August 2008 stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes der SPD
Brandenburg

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

Seit Oktober 2004 stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der SPD

GÖRKE, Christian

Diplomlehrer

14712 Rathenow

Fraktion DIE LINKE

Wahlkreis 4 (Ostprignitz-Ruppin III/
Havelland III)



Geboren 1962 in Rathenow
Verheiratet; 2 Kinder

1980 Abitur

1980 bis 1983 Wehrdienst

1983 bis 1988 Studium der Geschichte/FPL an der Pädagogischen Hochschule Dresden, Diplomlehrer

Seit 1988 Lehrer

1991 bis 1993 externes Studium an der Universität Potsdam im Fach Sport, Zuerkennung des Lehramtes für die Sekundarstufe I

Seit 1985 Mitglied der SED, ab 1990 PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007 DIE LINKE

1990 bis 1994 Mitglied des Kreistages Rathenow

Seit 1994 Mitglied des Kreistages Havelland

Seit 1998 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Rathenow

Mitglied des Landtages seit 1. Dezember 2003

Seit September 2007 Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE

Seit Februar 2008 stellvertretender Vorsitzender des Untersuchungsausschusses 4/1 (zur Aufklärung der Verfahrenspraxis in Umsetzung der Vorschriften zur Abwicklung der Bodenreform nach Art. 233 EGBGB und der Verantwortung der Brandenburger Landesregierungen in diesem Prozess)

**GREGOR-NESS,
Martina**

Diplomingenieurin (FH)

01968 Senftenberg

Fraktion der SPD

Landesliste



Geboren 1959 in Altdöbern
Verheiratet; 2 Kinder

1978 Abitur

1980 bis 1983 Studium der Bergbautechnik/Tagebau an der Ingenieurschule für Bergbau und Energetik in Senftenberg,
Diplomingenieurin (FH)

1983 bis 1985 Betriebsingenieurin Entwässerung im Tagebau Meuro

1985 bis 1989 Technologin im Tagebaueuaufschluss Proschim

1990 bis 1997 Bearbeiterin Entsorgung, Altlasten, Deponien der Lausitzer Bergbauverwaltungsgesellschaft mbH

Seit 1993 Mitglied der SPD

Seit 1994 Mitglied des Kreistages Oberspreewald-Lausitz

Seit 2003 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Senftenberg

August 2004 bis Oktober 2006 stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Brandenburg

Seit November 2006 Beisitzerin im Landesvorstand der SPD Brandenburg

Mitglied des Landtages seit Oktober 1994

Bis Oktober 2004 Mitglied des Präsidiums

Seit Oktober 2004 stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der SPD

**GROBE,
Gerrit**

Diplomlehrerin

16515 Oranienburg

Fraktion DIE LINKE

Wahlkreis 9 (Oberhavel III)



Geboren 1954 in Leipzig
Verheiratet; 2 Kinder

1972 Abitur

1972 bis 1976 Studium der Germanistik und Musikwissenschaften an der
Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg, Diplomlehrerin

1976 bis 2001 Lehrerin

1988 bis 1991 Schulleiterin

Seit 1990 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007
DIE LINKE

Seit 1990 Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oranienburg/Oberhavel,
stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Mitglied des Landtages seit 3. Januar 2001

Seit Oktober 2004 stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bil-
dung, Jugend und Sport

Seit November 2005 Mitglied des Präsidiums

GUJJULA, Ravindra

Diplommediziner

15345 Altlandsberg

Fraktion der SPD

Landesliste



Geboren 1954 in Kanigiri (Indien)
2 Kinder, getrennt lebend

Abitur

- 1972 bis 1973 Studium der Betriebswirtschaftslehre am Bhadraka-College in Hyderabad (Indien)
- 1974 bis 1975 Herderinstitute in Leipzig und Freiberg, Fachrichtung Deutsche Sprache
- 1975 bis 1978 Studium der Humanmedizin an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald
- 1980 bis 1982 Studium der Humanmedizin an der Humboldt-Universität zu Berlin, Diplommediziner
- 1982 bis 1983 Kreiskrankenhaus Strausberg, praktisches Jahr Assistenzarzt
- 1984 bis 1988 Facharztausbildung
- 1988 bis 1990 Facharzt für Innere Medizin in Altlandsberg
- 1990 arbeitslos
- Seit 1991 Facharzt für Innere Medizin, eigene Praxis

Seit 1991 Stadtverordneter der Stadt Altlandsberg und Fraktionsvorsitzender der Fraktion „Bürger für Altlandsberg“
1993 bis 2003 Bürgermeister der Stadt Altlandsberg
Seit 1998 Mitglied der SPD
Seit 2003 Ortsbürgermeister der Stadt Altlandsberg
Seit 2003 Kreistagsabgeordneter

Mitglied des Landtages seit 1. November 2007

Nachgerückt für Heiko Müller

GÜNTHER, Thomas

Maschinenbauer;
Diplompolitologe

16761 Hennigsdorf

Fraktion der SPD

Wahlkreis 7 (Oberhavel I)



Geboren 1967 in Hennigsdorf
Verheiratet

1984 bis 1987 Berufsausbildung mit Abitur zum Maschinenbauer an der
Berufsschule der LEW Hennigsdorf

1989 bis 1990 Studium der Sozialistischen Betriebswirtschaft an der
TFH Leipzig

1990 bis 1997 Studium der Politischen Wissenschaften an der FU Berlin,
Diplompolitologe

1997 bis 2004 Mitarbeiter bei Landtagsabgeordneten

Seit 1989 Mitglied der SPD

Seit 1994 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Hennigsdorf

1998 bis Oktober 2004 Geschäftsführer im SPD-Unterbezirk Oberhavel

Seit 2008 Mitglied des Kreistages Oberhavel

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

**HACKENSCHMIDT,
Barbara**

Wirtschaftskauffrau/Handel;
Diplomlehrerin Polytechnik

03238 Finsterwalde

Fraktion der SPD

Landesliste



Geboren 1955 in Betten
Verheiratet; 3 Kinder
Evangelisch

1971 bis 1973 Berufsausbildung zur Wirtschaftskauffrau Handel
1973 bis 1978 Studium der Pädagogik an der Pädagogischen Hochschule
Erfurt/Mühlhausen, Diplompädagogin
1978 bis 1993 Lehrerin
1993 bis 1995 arbeitsuchend
1995 bis 1999 Mitarbeiterin bei einer Landtagsabgeordneten
2000 bis 2002 Projektmitarbeiterin "Externes Ausbildungsmanagement" bei
einer Firma in Finsterwalde
2002 Projektleiterin
Seit 2003 selbstständig

Seit 1992 Mitglied der SPD
Seit 1998 Mitglied des Kreistages Elbe-Elster, bis 2003 Kreistagsvorsitzende, ab 26. Februar 2007 2. stellvertretende Kreistagsvorsitzende, ab 27. Oktober 2008 1. stellvertretende Kreistagsvorsitzende
Seit 1998 Mitglied des ASF-Bundesvorstandes, seit 2000 stellvertretende ASF-Bundesvorsitzende, seit 1998 Mitglied des GKR Betten
Seit 1998 Mitglied der Kreissynode Kirchenkreis Finsterwalde
Seit 1999 Mitglied der Europa-Union, KV Elbe-Elster
Seit 2008 Mitglied der Gemeindevertretung Massen

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

HAMMER, Frank

Schiffbauer;
Klubleiter;
Autor;
Jugendsozialarbeiter

15230 Frankfurt (Oder)

Fraktion DIE LINKE

Wahlkreis 35 (Frankfurt [Oder])

Geboren 1955 in Frankfurt (Oder)
2 Kinder

1972 bis 1974 Berufsausbildung zum Schiffbauer an der M.-T.-Werft Wismar
1974 bis 1978 Schiffbauer (dazwischen Wehrdienst)
1978 bis 1981 Studium der Kulturwissenschaften an der Fachschule für
Klubleiter Meißen, Klubleiter
1981 bis 1982 Kulturhausleiter
1982 bis 1985 Studium der Literatur am Institut für Literatur Leipzig
1985 bis 1990 in verschiedenen Berufen tätig
1989 bis 1990 arbeitslos
1990 bis 1993 hauptamtlicher und ehrenamtlicher Kreisvorsitzender der
PDS in Frankfurt (Oder)
1992 bis 1999 Jugendsozialarbeiter

Seit 1974 Mitglied der SED, seit 1990 PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS,
ab Juni 2007 DIE LINKE
1990 bis 1992 und ab 1993 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Frank-
furt (Oder)

Mitglied des Landtages seit September 1999



**HARTFELDER,
Carola**

Diplomlehrerin

15936 Dahmetal/OT Görzdorf

Fraktion der CDU

Landesliste



Geboren 1951 in Berlin

Verheiratet; 2 Kinder

Evangelisch

1965 bis 1969 Berufsausbildung zur Chemiefacharbeiterin an der EOS Luckau

1969 Abitur

1969 bis 1973 Studium der Sportwissenschaft und Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, Diplomlehrerin für Sport und Geschichte

1975 bis 1990 Lehrerin

1990 bis 1991 stellvertretende Schulleiterin

1991 bis 1994 Lehrerin am Gymnasium Luckau

Seit 1990 Mitglied der CDU

1990 bis 1993 Vorsitzende der CDU-Fraktion im Kreistag Luckau

1993 bis 1996 Landesvorsitzende der CDU Brandenburg

Seit 1998 Mitglied im Kreistag Teltow-Fläming

Mitglied des Landtages seit Oktober 1994

Bis Oktober 2004 Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport

HEINZE, Wolfgang



Diplomlandwirt

15306 Seelow

Fraktion DIE LINKE

Wahlkreis 34 (Märkisch-Oderland IV)

Geboren 1944 in Chemnitz

Verheiratet; 2 Kinder

1962	Abitur
1962 bis 1963	Berufsausbildung zum Landwirt
1964 bis 1969	Studium der Landwirtschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, Diplomlandwirt
1969 bis 1971	Zusatzstudium Meliorationswesen
1982 bis 1983	Besuch der Akademie der Gesellschaftswissenschaften in Moskau
1971 bis 1975	Bauleiter, Produktionsleiter bei der Meliorationsgenossenschaft Oderbruch
1975 bis 1978	Abteilungsleiter Landwirtschaft beim Rat des Kreises Seelow
1978 bis 1990	Sekretär für Landwirtschaft bei der SED-Kreisleitung Seelow
1990 bis 1995	Tätigkeit im Agrarmarketing, freier Mitarbeiter der Messe Berlin
1995 bis Dezember 2004	Projektleiter/Bereichsleiter Messen der Messe- und Veranstaltungs GmbH Frankfurt (Oder)

Mitglied der PDS seit 1990, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007 DIE LINKE

1990 bis 1993 Abgeordneter des Kreistages Seelow

Seit 1993 Abgeordneter und Vorsitzender des Kreistages Märkisch-Oderland

Seit 1998 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Seelow

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

HELM, Dieter

Diplomlandwirt

16845 Bückwitz

Fraktion der CDU

Landesliste



Geboren 1941 in Keilbusch

Verheiratet; 2 Kinder

Evangelisch

1955 bis 1957 Berufsausbildung zum Landwirt

1957 bis 1959 Arbeit im Beruf

1959 bis 1962 Studium der Landwirtschaft an der Fachschule für Landwirtschaft und Gartenbau Dresden-Pillnitz, Staatlich geprüfter Landwirt

1963 bis 1968 Studium der Landwirtschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, Diplomlandwirt

1962 bis 1990 leitende Tätigkeit in einer LPG

1990 Mitglied der Volkskammer der DDR

Seit 1991 selbstständiger Landwirt

Seit 1990 Mitglied der CDU

1993 bis 1998 Mitglied der Gemeindevertretung Bückwitz

Seit 1998 Mitglied des Kreistages Ostprignitz-Ruppin

Mitglied des Landtages seit Oktober 1990

1992 bis 1994 Vorsitzender der Fraktion der CDU

Bis Oktober 2004 stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der CDU

Oktober 2001 bis August 2004 Vorsitzender des Untersuchungsausschusses 3/2 (zur Aufklärung der Verantwortung der Landesregierung und der Landesvertreter in den Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsräten sowie der Geschäftsführer für den bisherigen Verlauf 1991 bis 2001 der Entwicklung a) der Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg (LEG) und b) der LEG-Gruppe, ihrer Töchter und Beteiligungen)

**Prof. Dr. HEPPENER,
Sieglinde**

Diplomphilosophin

15732 Eichwalde

Fraktion der SPD

Landesliste



Geboren 1934 in Berlin
Verheiratet; 3 Kinder

Abitur

1955 bis 1963	Hilfsassistentin beim Institut für Marxismus-Leninismus Berlin
1963 bis 1965	Studium der Philosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin, Diplomphilosophin
1965 bis 1990	Dozentin an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften Berlin
1970	Promotion
1977	Dr. sc.
1984	Professorin

Seit 1993 Mitglied der SPD

Seit 2003 Vorsitzende des Seniorenrates des Landes Brandenburg e. V.

Mitglied des Landtages seit 21. Oktober 2005

Stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses

Nachgerückt für Steffen Reiche

**HESELBARTH,
Liane**

Bauzeichnerin;
Teilkonstrukteurin;
Bürokauffrau

14473 Potsdam

Fraktion der DVU

Landesliste



Geboren 1962 in Strausberg
Verheiratet; 1 Kind

1979 bis 1981 Berufsausbildung zur Bauzeichnerin im WBK Berlin
1981 bis 1982 Qualifizierung zur Teilkonstrukteurin
1981 bis 1988 Teilkonstrukteurin im WBK Berlin, VTK Eggersdorf
1988 bis 1990 Angestellte bei der Sozialökonomie WGK Frankfurt (Oder)
1990 bis 1992 Umschulung zur Bürokauffrau
1992 bis 1994 Angestellte in einer Hochbaufirma
Seit 1994 selbstständig

Mitglied des Landtages seit September 1999
Seit 1999 Vorsitzende der Fraktion der DVU
Seit 1999 Mitglied des Präsidiums
Seit 1999 Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und
Verkehr, ab 2004 Ausschuss für Infrastruktur und Raumordnung

**Dr. HOFFMANN,
Gerd-Rüdiger**

Philosoph;
Afrikawissenschaftler

01968 Senftenberg

Fraktion DIE LINKE

Wahlkreis 39 (Oberspreewald-Lausitz II/
Spree-Neiße IV)



Geboren 1952 in Luckau
Verheiratet; 3 Kinder

1971	Abitur
1971	Transportarbeiter
1971 bis 1974	Wehrdienst
1974 bis 1979	Studium der Philosophie an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Diplomphilosoph, Diplomlehrer
1984	Promotion zur neueren Geschichte der afrikanischen Philosophie an der Karl-Marx-Universität Leipzig
1979 bis 1992	wissenschaftlicher Assistent an der Universität Leipzig
1993	arbeitslos
1994 bis 1995	freiberuflich
1995 bis 2004	Mitarbeiter eines Landtagsabgeordneten

Seit 1990 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007 DIE LINKE

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004
Seit November 2004 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kultur

HOLZSCHUHER, Ralf

Rechtsanwalt

14770 Brandenburg an der Havel

Fraktion der SPD

Wahlkreis 17 (Brandenburg
an der Havel II)



Geboren 1963 in Berlin

Verheiratet; 2 Kinder

Evangelisch

1981 Abitur

1982 bis 1987 Studium der Rechtswissenschaften an der FU Berlin und der
Universität Tübingen, 1. Staatsexamen

1988 bis 1990 Referendariat in Berlin

1991 2. Staatsexamen

Seit 1991 selbstständiger Rechtsanwalt in Brandenburg an der Havel

Seit 1993 Mitglied der SPD

Seit Oktober 2005 Mitglied der SPD-Fraktion der Stadtverordnetenversamm-
lung Brandenburg an der Havel

Seit Oktober 2006 Vorsitzender der SPD-Fraktion der Stadtverordnetenver-
sammlung Brandenburg an der Havel

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

Seit Oktober 2004 Vorsitzender der G10-Kommission

Seit November 2004 stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses

**HOMEYER,
Dierk**

Betriebswirt;
Offizier der Bundeswehr

14473 Potsdam

Fraktion der CDU

Landesliste



Geboren 1955 in Minden
Verheiratet; 2 Kinder

Seit 1992 Mitglied der CDU
Mitglied des Kreistages Märkisch-Oderland, Vorsitzender der CDU-Fraktion
Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes der CDU Brandenburg
Landesschatzmeister der CDU Brandenburg
Kreisvorsitzender der CDU Märkisch-Oderland

Mitglied des Landtages seit Oktober 1994
Bis Oktober 2004 Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion der CDU
und Mitglied des Präsidiums
Bis Oktober 2004 stellvertretender Vorsitzender der Parlamentarischen
Kontrollkommission

JUNGHANNS, Ulrich

Pferdewirt;
Diplomstaatswissenschaftler;
Minister für Wirtschaft

15230 Frankfurt (Oder)

Fraktion der CDU

Landesliste



Geboren 1956 in Gera
Verheiratet; 2 Kinder
Evangelisch

- 1974 Beendigung der Berufsausbildung zum Pferdewirt beim Landesgestüt Moritzburg
- 1974 bis 1976 Grundwehrdienst NVA
- 1976 bis 1979 Studium der öffentlichen Verwaltung an der Verwaltungsfachschule Weimar, Staatswissenschaftler
- 1979 bis 1981 Angestellter bei der Kreisverwaltung Greiz
- 1981 bis 1986 Fernstudium der Staatswissenschaften an der Akademie für Staat und Recht Potsdam-Babelsberg, Diplomstaatswissenschaftler
- 1981 bis 1990 Angestellter bei der Demokratischen Bauernpartei
- 1990 bis 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1998 bis 2002 Geschäftsführender Gesellschafter der Greenway Systeme GmbH
- Seit November 2002 Minister für Wirtschaft

Seit 1990 Mitglied der CDU

- 1993 bis 2002 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder)
- Januar 1999 bis Januar 2007 Stellvertretender Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Brandenburg
- Januar 2007 bis Oktober 2008 Vorsitzender des Landesverbandes der CDU Brandenburg

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

Februar 2007 bis November 2008 Stellvertretender Ministerpräsident des Landes Brandenburg

JÜRGENS, Peer

Student

15537 Erkner

Fraktion DIE LINKE

Landesliste



Geboren 1980 in Berlin
Ledig

2000	Abitur
2000 bis 2001	Zivildienst in der Jüdischen Gemeinde "Adass Israel"
Seit 2001	Student der Politikwissenschaften/Jüdische Studien an der Universität Potsdam

Seit 2002 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007
DIE LINKE

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

KAISER, Kerstin

Diplomslawistin

15344 Strausberg

Fraktion DIE LINKE

Wahlkreis 32 (Märkisch-Oderland II)



Geboren 1960 in Stralsund
Verheiratet; 4 Kinder

1979 Abitur
1979 bis 1984 Studium der Russischen Sprache und Literatur an der Lenin-
grader Staatlichen Universität, Diplomslawistin
1984 bis 1989 Lehrerin in der Sprachintensivausbildung der Parteschule
beim ZK der SED "Karl Liebknecht" in Kleinmachnow
1990 bis 1991 Mitarbeiterin im BIT-Center Kleinmachnow
1991 bis 1995 stellvertretende PDS-Bundesvorsitzende
1997 bis 2001 Grundstudium an der Fernuniversität Hagen
1995 bis 1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin der PDS-Fraktion im Landtag
Brandenburg

Seit 1990 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007
DIE LINKE

1993 bis 1996 Mitglied des Kreistages Potsdam-Mittelmark

Seit 1998 Mitglied des Kreistages Märkisch-Oderland

Mitglied des Landtages seit September 1999

Bis Oktober 2004 stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Inneres

Oktober 2004 bis November 2007 Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit,
Soziales, Gesundheit und Familie

Oktober 2004 bis Oktober 2005 stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der
PDS

Seit Oktober 2004 Mitglied des Präsidiums

Seit Oktober 2005 Vorsitzende der Fraktion der Linkspartei.PDS, seit Juni
2007 DIE LINKE

**KARNEY,
Detlef**

Baumaschinist;
Vulkaniseurmeister

15848 Beeskow

Fraktion der CDU

Landesliste



Geboren 1950 in Frankfurt (Oder)
Verheiratet; 2 Kinder
Evangelisch

1966 bis 1968 Berufsausbildung zum Baumaschinisten
1968 bis 1970 Berufsausbildung zum Vulkaniseur
1972 bis 1973 Ausbildung zum Vulkaniseurmeister
1968 bis 1978 Arbeit im Beruf als Vulkaniseur im väterlichen Betrieb
Seit 1978 selbstständiger Handwerksmeister
Inhaber des Gewerbehofs Karney, Frankfurt (Oder)

Seit 1997 Mitglied der CDU
Stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU im Landkreis Oder-Spree

Mitglied des Landtages seit September 1999
Seit November 2004 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für
Wirtschaft

**KIRCHEIS,
Kerstin**

Diplomingenieurin;
Sozialversicherungsangestellte

03046 Cottbus

Fraktion der SPD

Landesliste



Geboren 1955 in Bernsdorf
2 Kinder

1972 bis 1974 Berufsausbildung zum Facharbeiter für Datenverarbeitung
1974 bis 1991 Technologin beim Rechenzentrum der Deutschen Reichsbahn

1978 bis 1982 Studium der Informationsverarbeitung an der Ingenieurschule für Elektronik und Informationsverarbeitung Görlitz

2000 bis 2002 Berufsausbildung zur Sozialversicherungsfachangestellten beim Bundesversicherungsamt

1991 bis
November 2006 Kundenbetreuerin bei der BAHN-Betriebskrankenkasse

Seit Juni 2002 Mitglied der SPD
Dezember 1993 bis Februar 1997 und seit November 2003 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Cottbus

Mitglied des Landtages seit 30. November 2006

Nachgerückt für Frank Szymanski

**KLEIN,
Wolfgang**

Lehrer

16816 Neuruppin

Fraktion der SPD

Landesliste



Geboren 1943 in Lauban

Verheiratet; 1 Kind

Evangelisch

1961 Abitur

1963 bis 1967 Studium der Germanistik/Geografie an der Pädagogischen Hochschule Potsdam

1967 bis 1990 Lehrer

1990 1. Beigeordneter Neuruppin

Seit 1990 Mitglied der SPD

1990 bis 1993 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Neuruppin

1990 bis 1993 Mitglied des Kreistages Neuruppin

Mitglied des Landtages seit Oktober 1990

Bis Oktober 2004 Mitglied des Präsidiums

Bis Oktober 2004 Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion der SPD

Seit November 2004 Vorsitzender des Ausschusses für Haushaltskontrolle

**Dr. KLOCKSIN,
Jens**

Politologe M.A.

14532 Kleinmachnow

Fraktion der SPD

Wahlkreis 20 (Potsdam-Mittelmark IV)



Geboren 1957 in Berlin
Verheiratet; 2 Kinder

- 1976 Abitur
- 1976 bis 1978 Zeitsoldat
- 1978 bis 1983 Tätigkeiten als Bauarbeiter, Raumausstatter und Taxifahrer
- 1983 bis 1985 Projektreferent beim Service Civil International, Deutscher
Zweig e. V.
- 1985 bis 1990 persönlicher Referent beim Vorsitzenden des Haushaltsaus-
schusses des Deutschen Bundestages
- 1989 Magisterprüfung (Politologe M.A.) nach dem Studium der Poli-
tischen Wissenschaften, Psychologie und Rechtswissenschaften
in Heidelberg und Bonn
- 1990 Beratertätigkeit für die Deutsche Telepost Consulting GmbH
(Projekt „500 Jahre Post“)
- 1991 bis 1998 Referent im Bundesministerium für Wirtschaft
- 1993 Promotion zum Dr. phil. an der Universität Marburg
- 1998 bis 2002 Referatsleiter Infrastrukturpolitik im Bundeskanzleramt
- 2002 bis 2004 Referatsleiter Modellvorhaben und Projektplanung im Bundes-
ministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Abtei-
lung Aufbau Ost, Raumordnung, Strukturpolitik

Seit 1975 Mitglied der SPD
Mitglied bei ver.di, BUND, Deutscher Kinderschutzbund
Seit 2003 Mitglied der Gemeindevertretung Kleinmachnow

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004
Seit November 2004 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für In-
frastruktur und Raumordnung

**KOLODZEIKE,
Ingeborg**

Wirtschaftskauffrau

16247 Althüttendorf

Fraktion DIE LINKE

Landesliste



Geboren 1952 in Erlangen
Verheiratet; 3 Kinder

- 1969 Berufsausbildung zur Fernschreiberin bei der Deutschen Post
- 1972 bis 1983 Sachbearbeiterin bei der Oberflussmeisterei Frankfurt (Oder)
- 1979 Berufsausbildung zum Wirtschaftskaufmann
- 1983 bis 1988 Sachbearbeiterin beim VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Frankfurt (Oder)
- 1988 bis 1989 Wirtschaftsleiterin der Berufsschule „Ernst Schneller“ der Holzindustrie Schorfheide
- 1990 bis Oktober 2005 Behindertenbeauftragte der Stadt Eberswalde

Seit 20. August 2002 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007 DIE LINKE
2003 Sachkundige Einwohnerin Kreistag Barnim

Mitglied des Landtages seit 21. Oktober 2005

Nachgerückt für Wolfgang Gehrcke

**KRAUSE,
Torsten**

Student

17279 Lychen

Fraktion DIE LINKE

Wahlkreis 10 (Uckermark III/
Oberhavel IV)



Geboren 1981 in Köthen
Ledig

2001 Abitur

2001 bis 2002 Grundwehrdienst

Seit 2002 Student der Politikwissenschaften an der Universität Potsdam

Seit Juli 2005 Mitglied der Linkspartei.PDS, ab Juni 2007 DIE LINKE

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

**KUHNERT,
Andreas**

Werkzeugmacher;
Bühnentechniker;
Theologe

14797 Kloster Lehnin/OT Lehnin

Fraktion der SPD

Wahlkreis 16 (Brandenburg an der Havel I/
Potsdam-Mittelmark I)



Geboren 1951 in Chemnitz
2 Kinder
Evangelisch

- 1967 bis 1970 Berufsausbildung zum Werkzeugmacher mit Abitur im VEB
"Carl Zeiss Jena"
Ablehnung der Bewerbung zum Mathematikstudium an der
TU Dresden wegen "gesellschaftspolitischer Unreife"
- 1970 Beginn des Theologiestudiums in Jena, Exmatrikulation
wegen Waffendienstverweigerung
- 1970 bis 1971 Bühnentechniker in Jena
- 1971 bis 1977 Student der Theologie an den Kirchlichen Hochschulen
Naumburg, Leipzig und Berlin
- 1977 bis 1978 Vikariat Berlin/Netzen
- 1979 bis 1990 Pfarrer in Netzen
- 1989 Mitglied im Neuen Forum und bei Demokratie Jetzt

Seit 1990 Mitglied der SPD

1990 bis 1994 Mitglied des Kreistages Brandenburg/Land

1994 bis 1995 Mitglied des Kreistages Potsdam-Mittelmark

Seit September 2008 Mitglied der Gemeindevertretung Kloster Lehnin

Seit Oktober 2008 Vorsitzender der Gemeindevertretung Kloster Lehnin

Mitglied des Landtages seit Oktober 1990

**LEHMANN,
Sylvia**

Industriekauffrau;
Ingenieurökonomin;
Verwaltungsangestellte/Dezernentin

15907 Lübben

Fraktion der SPD

Landesliste



Geboren 1954 in Schorbus
Verheiratet; 2 Kinder
Evangelisch

1970 bis 1973 Berufsausbildung zur Industriekauffrau im Kreisbetrieb für Landtechnik in Groß-Leuthen

1974 bis 1978 Studium der Ökonomie an der Fachhochschule in Weimar, Ingenieurökonomin

Bis 1989 in verschiedenen Bereichen der Landwirtschaft tätig, zuletzt als Hauptbuchhalterin in der LPG (P) Groß-Leine

1990 bis 1993 Finanzdezernentin im Kreis Lübben

1991 bis 1994 Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten für den höheren Dienst am Institut für Kommunal- und Verwaltungswissenschaften Nordrhein-Westfalen

1994 bis 2004 Dezernentin für Bildung, Kultur, Jugend, Gesundheit und Soziales im Landkreis Dahme-Spreewald

Seit 1990 Mitglied der SPD

Seit September 2008 Mitglied des Kreistages Dahme-Spreewald

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

Seit August 2006 stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der SPD

**LIESKE,
Jutta**

Bürgermeisterin;
Krippenerzieherin;
Verwaltungsfachwirtin

15324 Letschin

Fraktion der SPD

Landesliste



Geboren 1961 in Seelow
Verheiratet; 3 Kinder
Evangelisch

- | | |
|---------------|---|
| 1980 | Abitur |
| 1980 bis 1984 | Studium der Humanmedizin an der Humbolt-Universität zu Berlin |
| 1984 bis 1990 | Krippenerzieherin |
| 1986 bis 1987 | Studium der Krippenpädagogik an der Medizinischen Fachschule in Eisenhüttenstadt, Krippenerzieherin |
| 1990 bis 1992 | Bürgermeisterin der Gemeinde Letschin |
| 1992 bis 2003 | Amtsleiterin in Letschin |
| 1994 und 1999 | Studium der Kommunalverwaltung am Studieninstitut Bernau, Verwaltungsfachwirtin |
| 2003 bis 2004 | Bürgermeisterin der Gemeinde Letschin |

Seit 1990 Mitglied der SPD

Seit Oktober 2008 Mitglied der Gemeindevertretung Letschin

Seit Oktober 2008 Mitglied des Kreistages Märkisch-Oderland, Fraktionsvorsitzende

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

Seit Februar 2008 Vorsitzende des Untersuchungsausschusses 4/1

(zur Aufklärung der Verfahrenspraxis in Umsetzung der Vorschriften zur Abwicklung der Bodenreform nach Art. 233 EGBGB und der Verantwortung der Brandenburger Landesregierungen in diesem Prozess)

**LOEHR,
Matthias**

Informations- und Telekommunikations-
Systemkaufmann

03046 Cottbus

Fraktion DIE LINKE

Landesliste



Geboren 1977 in Cottbus
Verheiratet

Abitur

- 1997 bis 2000 Berufsausbildung zum Informations- und Telekommunikations-Systemkaufmann bei der Lindner GmbH
- 2000 Angestellter bei der Lindner GmbH
- 2001 Zivildienst in den Lebenshilfe Werkstätten Hand in Hand gGmbH
- 2002 bis 2005 Angestellter der Lebenshilfe Werkstätten Hand in Hand gGmbH
- 2006 bis 2008 Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten

Oktober 2000 bis Oktober 2007 Mitglied im Stadtvorstand der PDS Cottbus
Seit Februar 2001 Mitglied des Landesvorstandes der PDS Brandenburg (DIE LINKE)

November 2002 bis Februar 2006 Geschäftsführer der PDS Cottbus

Seit Oktober 2007 Mitglied des Kreisvorstandes DIE LINKE. Lausitz

2005 und seit Februar 2008 Wahlkampfleiter des Kreisverbandes

Mitglied des Landtages seit 1. Dezember 2008

Nachgerückt für Stefan Sarrach

**LUNACEK,
Thomas**

Funkmechaniker

14473 Potsdam

Fraktion der CDU

Landesliste



Geboren 1964 in Berlin

Verheiratet; 3 Kinder

Römisch-Katholisch

1981 bis 1984 Berufsausbildung zum Funkmechaniker

1984 bis 1989 Arbeit im Beruf

1990 bis 1994 Computertechniker

Seit 1989 Mitglied der CDU

1984 bis 1988 Mitglied der Gemeindevertretung

1993 bis 1997 Mitglied der Gemeindevertretung Neuenhagen und Vorsitzender der Fraktion der CDU

1993 bis 1997 Landesvorsitzender der Jungen Union Brandenburg

Januar 1997 bis November 2004 Generalsekretär der CDU Brandenburg

Mitglied des Landtages seit Oktober 1994

Oktober 1999 bis Oktober 2004 stellvertretender Vorsitzender und ab Oktober 2004 Vorsitzender der Fraktion der CDU

Seit Oktober 2004 Mitglied des Präsidiums

MÄCHTIG, Margitta

Lehrerin;
Diplomgesellschaftswissenschaftlerin;
Fachwirtin für Messe-, Tagungs- und
Kongresswirtschaft

16359 Biesenthal

Fraktion DIE LINKE

Wahlkreis 13 (Barnim I)

Geboren 1956 in Dresden

- 1973 bis 1976 Studium Lehrerin/Pionierleiterin am Zentralinstitut der Pionierorganisation "Ernst Thälmann" für Aus- und Weiterbildung der Kader in Droyßig, Pionierleiterin, Lehrerin
- 1983 bis 1987 Kreisvorsitzende der Pionierorganisation "Ernst Thälmann"
- 1987 bis 1990 Studium der Gesellschaftswissenschaften an der Gewerkschaftshochschule "Fritz Heckert" in Bernau bei Berlin, Diplomgesellschaftswissenschaftlerin
- 1990 bis 1992 Gastronomin
- 1993 bis 1995 Umschulung zur Notargehilfin
- 1995 bis 2004 Geschäftsführerin kommunalpolitisches forum Land Brandenburg e. V.
- 1998 bis 2001 Fortbildung zur Fachwirtin für Messe-, Tagungs- und Kongresswirtschaft

Seit 1989 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007 DIE LINKE

Seit 1993 Mitglied des Kreistages Barnim

Seit 1998 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Biesenthal

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004



MEIER, Kerstin

Studentin

15230 Frankfurt (Oder)

Fraktion DIE LINKE

Landesliste



Geboren 1975 in Templin
Ledig

1993
seit 1993

Abitur
Studium der Rechtswissenschaften/Literatur,
Geschichte, Soziologie an der Europauniversität
Viadrina Frankfurt (Oder)/Fernuniversität Hagen

Oktober 1999
bis September 2004
seit 2001

Wahlkreismitarbeiterin einer Landtagsabgeordneten
freie Regie- und Produktionsassistentin am Theater
(mehrere Projekte am Kleist Forum Frankfurt [Oder])

Februar bis
Oktober 2005

Mitarbeiterin für Marketing u. a. beim Brandenbur-
gischen Staatsorchester Frankfurt (Oder)

Seit 1992 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007
DIE LINKE

Seit Oktober 2000 Sachkundige Einwohnerin im Kulturausschuss der Stadt-
verwaltung Frankfurt (Oder)

Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder)

Mitglied der Landessportkonferenz

Mitglied des Landtages von Januar 1999 bis September 1999 (nachgerückt
für Christian Gehlsen) und seit 21. Oktober 2005

Nachgerückt für Prof. Dr. Lothar Bisky

**MELIOR,
Susanne**

Diplombiologin

14557 Michendorf/OT Langerwisch

Fraktion der SPD

Landesliste



Geboren 1958 in Havelberg

Verheiratet; 3 Kinder

Evangelisch

1977 Abitur

1977 bis 1984 Studium der Mikrobiologie an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Diplombiologin

1984 bis 1986 Kreiskrankenhaus Bad Frankenhausen

1987 bis 1994 Elternzeit

1994 bis 1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin

1999 bis 2003 Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam

Seit 1989 Mitglied der SPD

Seit 1998 Mitglied des Kreistages Potsdam-Mittelmark und seit Oktober 2008

Vorsitzende der Fraktion der SPD

1993 bis 2003 Mitglied der Gemeindevertretung Langerwisch

Mitglied des Landtages seit 1. Januar 2004

MÜLLER, Heiko

Diplomingenieur

14612 Falkensee

Fraktion der SPD

Landesliste



Geboren 1959 in Berlin

Verheiratet; 2 Kinder

Evangelisch

1977 Abitur

1979 bis 1984 Studium Maschineningenieurwesen/Schiffstechnik an der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Diplomingenieur, Schiffskonstrukteur

1984 bis 1990 Konstrukteur Bereich Forschung

1990 bis 1992 Softwareentwickler

1992 bis 2000 Geschäftsführender Gesellschafter

Seit 2000 Inhaber einer Softwarefirma

Seit 1989 Mitglied der SPD

1990 bis 1993 Mitglied des Kreistages Nauen

Seit 1993 Mitglied des Kreistages Havelland

Mitglied des Landtages seit Oktober 1994

Seit November 1999 Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft

Ausgeschieden am 31. Oktober 2007

Nachfolger: Ravindra Gujjula

**Dr. MÜNCH,
Martina**

Ärztin

03046 Cottbus

Fraktion der SPD

Wahlkreis 43 (Cottbus I)



Geboren 1961 in Heidelberg
Verheiratet; 7 Kinder
Katholisch

1980 Abitur
1980 bis 1987 Studium der Medizin an den Universitäten Heidelberg und
Hamburg, Staatsexamen
1988 bis 1995 Ärztin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Rudolf-Virchow-
Klinikum Berlin

Seit 1978 Mitglied der SPD
Seit 1998 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Cottbus
Seit August 2008 stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Brandenburg

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004
Seit November 2004 Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft, For-
schung und Kultur

Dr. NIEKISCH, Wieland

Facharbeiter für Anlagentechnik;
Historiker

14469 Potsdam

Fraktion der CDU

Landesliste

Geboren 1957 in Löbau/Sachsen
Verheiratet; 3 Kinder
Evangelisch



1973 bis 1975 Berufsausbildung zum Facharbeiter für Anlagentechnik
1975 bis 1977 Tätigkeiten bei der Evangelischen Kirche
1977 bis 1980 Kirchliches Oberseminar zu Potsdam, humanistisches Abitur
1980 bis 1981 zwei Semester Theologiestudium am Sprachenkonvikt Berlin
1981 bis 1983 wegen Ausreiseantrag nach Deutschland-West Arbeit als Kirhhofs-
arbeiter
1983 bis 1987 Studium Zeit-, Wirtschafts-, Mittelalterliche Geschichte und Theologie
an der FU Berlin, Abschluss Magister Artium
1984 bis 1987 Stipendiat des Instituts für Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-
Stiftung
1988 bis 1993 Doktorand, Stipendiat des Instituts für Graduiertenförderung der Kon-
rad-Adenauer-Stiftung, Auslandsaufenthalte in Frankreich und den USA
1990 bis 1993 neben Doktorarbeit: Pressesprecher und Vorstandsassistent der
Deutschen Gesellschaft e. V., Honorar-dozent für die Bereiche Zeitge-
schichte, Politik, Rhetorik- und Kommunikationstraining beim Fortbil-
dungswerk für Schüler und Studenten, dem Gesamtdeutschen Insti-
tut, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Bundeswehr und Wirtschafts-
institutionen
1995 Promotion zum Dr. phil. an der Freien Universität Berlin
1993 bis 1996 verschiedene Verwendungen beim Landesverband Brandenburg der
CDU: Pressesprecher und Grundsatzreferent, Leiter eines Wahlkreis-
büros, Landesgeschäftsführer der Mittelstandsvereinigung der CDU
Brandenburg
Seit 1997 freiberufliche Tätigkeit im Bereich Tourismusförderung, Rhetorik- und
Kommunikationstraining, Öffentlichkeitsarbeit/Werbung und Vor-
tragstätigkeit in Bereichen Politik, Zeit- und Wirtschaftsgeschichte
1998 bis 1999 stellvertretender Leiter des Planungsstabes des Innensenators von
Berlin
Seit 1984 Mitglied der CDU
Seit 1995 Kreisvorsitzender der CDU Potsdam
1998 bis 2001 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Potsdam
Mitglied des Landtages seit September 1999
Bis Oktober 2004 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft,
Forschung und Kultur
Seit November 2004 stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses des Aus-
schusses für Haushaltskontrolle

**NONNINGER,
Markus**

Chemielaborant

14473 Potsdam

Fraktion der DVU

Landesliste



Geboren 1971 in Berlin

Verheiratet; 1 Kind

1989 bis 1991 Berufsausbildung zum Chemikanten

1991 Transportarbeiter

1991 bis 1994 Ausbildung zum Chemielaboranten

1994 bis 1998 Chemielaborant an der J.-F.-Kennedy-Schule in Berlin

1998 Verwaltungsangestellter im Landtag von Sachsen-Anhalt

1999 bis 2000 arbeitslos

2000 Zeitarbeiter

2000 bis 2003 Gefahrstoffkommissionierer

Seit 1991 Mitglied der DVU

Mitglied des Landtages seit 19. März 2003

OSTEN, Kerstin

Diplomingenieurökonomin

15299 Müllrose

Fraktion DIE LINKE

Wahlkreis 27 (Dahme-Spreewald II/
Oder-Spree I)



Geboren 1956 in Zittau
Verheiratet; 2 Kinder

1974 Abitur
1974 bis 1978 Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Technischen
 Universität Dresden, Diplomingenieurökonomin
1979 bis 1984 Sekretär der FDJ-Kreisleitung Strausberg
1985 SED-Kreisleitung Strausberg
1986 bis 1989 Studium der Gesellschaftswissenschaften an der Partei-
 hochschule „Karl Marx“ Berlin
1990 PDS-Landesvorstand
1991 bis 1994 Mitarbeiterin von Abgeordneten im Landtag Brandenburg

Seit 1990 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007
DIE LINKE

Mitglied des Landtages seit Oktober 1994
Seit 1999 Vorsitzende des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Ausgeschieden am 6. November 2007
Nachfolgerin: Kerstin Bednarsky

**OTTO,
Christian**

Chemiefacharbeiter;
MSR-Ingenieur (FH);
Diplomgesellschaftswissenschaftler

03149 Forst

Fraktion der Linkspartei.PDS

Wahlkreis 41 (Spree-Neiße I)



Geboren 1948 in Limbach/Sachsen
Verheiratet; 2 Kinder

1965 bis 1967 Berufsausbildung zum Chemiefacharbeiter
1970 bis 1973 Studium der Automatisierungstechnik an der Ernst-Thälmann-
Fachhochschule in Senftenberg, MSR-Ingenieur (FH)
1973 bis 1974 Forschungsingenieur Sprela-Werke
1974 bis 1989 Mitarbeiter im Parteiapparat der SED
1978 bis 1981 Studium der Gesellschaftswissenschaften an der Parteihoch-
schule „Karl Marx“ Berlin, Diplomgesellschaftswissenschaftler
1989 bis 1991 Mitarbeiter bei der PDS
1992 bis 1994 Produktionsleiter
1994 bis 1997 Fachberater Hochbau
1997 bis 2000 selbstständig
2000 bis 2004 Fachberater Hochbau

Seit 1989 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS
Seit 1990 Mitglied des Kreistages Spree-Neiße
Seit 1998 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Forst

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

Verstorben am 4. August 2006
Nachfolger: Wolfgang Thiel

**PETKE,
Sven**

Instandhaltungsmechaniker;
Diplomverwaltungswirt

14473 Potsdam

Fraktion der CDU

Landesliste



Geboren 1967 in Guben
Verheiratet; 3 Kinder
Evangelisch

1987 Abitur

1984 bis 1987 Berufsausbildung zum Instandhaltungsmechaniker

1990 bis 1993 Studium der Verwaltungswissenschaften an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen, Diplomverwaltungswirt

Seit 1995 Mitglied der CDU

2001 bis 2004 stellvertretender Vorsitzender der CDU Brandenburg

2004 bis September 2006 Generalsekretär der CDU Brandenburg

Mitglied des Landtages seit September 1999

Seit November 2004 Vorsitzender des Rechtsausschusses und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Inneres

PLATZECK, Matthias

Diplomingenieur;
Ministerpräsident

14473 Potsdam

Fraktion der SPD

Wahlkreis 22 (Potsdam II)



Geboren 1953 in Potsdam

Verheiratet; 3 Kinder
Evangelisch

- | | |
|--|---|
| 1972 | Abitur |
| 1972 bis 1974 | Grundwehrdienst bei der NVA |
| 1974 bis 1979 | Studium an der TH Ilmenau, Diplomingenieur für biomedizinische Kybernetik |
| 1979 bis 1980 | wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Lufthygiene Karl-Marx-Stadt |
| 1980 bis 1982 | Direktor für Ökonomie und Technik im Kreiskrankenhaus Bad Freienwalde |
| 1982 bis 1987 | Postgradualstudium der Umwelthygiene an der Akademie für Ärztliche Fortbildung Berlin |
| 1982 bis 1990 | Abteilungsleiter Umwelthygiene bei der Hygieneinspektion Potsdam |
| Februar bis April 1990 | Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett Modrow |
| März bis Oktober 1990 | parteiloser Volkskammerabgeordneter für die Grüne Partei der DDR, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN |
| Oktober bis Dezember 1990 | parteiloser Bundestagsabgeordneter von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN |
| November 1990 bis November 1998 | Minister für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg |
| November 1998 bis Juni 2002 | Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam |
| Seit 1995 | Mitglied der SPD |
| Seit Juni 1998 | Mitglied des Landesvorstandes der SPD Brandenburg, seit Juli 2000 Landesvorsitzender |
| Seit Dezember 1999 | Mitglied des Bundesvorstandes der SPD |
| November 2005 bis April 2006 | Bundesvorsitzender der SPD |
| Mitglied des Landtages von Oktober 1990 bis September 1992 und seit 13. Oktober 2004 | |
| Seit 26. Juni 2002 | Ministerpräsident des Landes Brandenburg |

POHL, Wolfgang

Elektronikfacharbeiter;
Diplomlehrer

15230 Frankfurt (Oder)

Fraktion der SPD

Landesliste



Geboren 1953 in Frankfurt (Oder)

Verheiratet; 3 Kinder

Evangelisch

1976 Abitur

1970 bis 1972 Ausbildung zum Elektronikfacharbeiter

1972 bis 1977 Arbeit im Beruf

1977 bis 1978 Lehrer ohne pädagogische Ausbildung

1978 bis 1982 Studium Geografie/Sport an der Humboldt-Universität zu Berlin, Diplomlehrer

1982 bis 1990 Lehrer

1990 bis 1992 Dezernent in der Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)

1992 bis 2002 Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder)

Seit 1998 Mitglied der SPD

1990 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder)

Mitglied des Landtages von Oktober 1990 bis Oktober 1994 und seit 22. Oktober 2004

Seit November 2004 Vorsitzender des Unterausschusses des Ausschusses für Haushaltskontrolle

Seit November 2007 Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft

Nachgerückt für Reinhold Dellmann

**REICHE,
Steffen**

Theologe;
Minister a. D.

14473 Potsdam

Fraktion der SPD

Landesliste



Geboren 1960 in Potsdam
Verheiratet; 3 Kinder
Evangelisch

1979 Abitur

1980 bis 1981 Ausbildung in einer Möbeltischlerei

1981 bis 1986 Studium der Theologie am Sprachenkonvikt Berlin, Theologe

1988 bis 1990 Pfarrer in Christinendorf

Seit 1989 Mitglied der SPD

Gründungs- und Vorstandsmitglied der SPD in der DDR

März 1990 Mitglied der Volkskammer

Mai 1990 bis Juli 2000 Vorsitzender der SPD Brandenburg

Mitglied des Landtages seit Oktober 1990

Oktober 1994 bis Oktober 1999 Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Oktober 1999 bis Oktober 2004 Minister für Bildung, Jugend und Sport

Seit November 2004 Vorsitzender des Ausschusses für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik

Ausgeschieden am 20. Oktober 2005

Nachfolgerin: Prof. Dr. Sieglinde Heppener

**RICHSTEIN,
Barbara**

Rechtsanwältin;
Ministerin a. D.

14612 Falkensee

Fraktion der CDU

Wahlkreis 6 (Havelland II)



Geboren 1965 in Sindelfingen
Katholisch

1983 Abitur
1984 bis 1990 Studium der Rechtswissenschaften an der Rheinischen
Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
1991 bis 1993 Tätigkeiten in der Immobilienwirtschaft
1993 bis 1995 Rechtsreferendarin
1995 bis 1997 Vorstandsreferentin der Jüdischen Gemeinde zu Berlin
Seit 1997 Rechtsanwältin
2002 bis 2004 Ministerin der Justiz und für Europaangelegenheiten

Seit 1997 Mitglied der CDU

Seit Mai 2003 stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes der CDU
Brandenburg

Mitglied des Landtages seit September 1999

Seit Oktober 2004 Mitglied des Präsidiums

Seit Oktober 2004 stellvertretende Vorsitzende der G10-Kommission

**SARRACH,
Stefan**

Rechtsanwalt

15517 Fürstenwalde

Fraktion DIE LINKE

Wahlkreis 30 (Oder-Spree III)



Geboren 1971 in Frankfurt (Oder)
Verheiratet; 2 Kinder

Abitur

1990 bis 1992 Geschäftsführer eines Vereins

1992 bis 1997 Studium der Rechtswissenschaften an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), 1. Staatsexamen

1997 Referendarexamen

1997 bis 1999 Referendariat, 2. Staatsexamen

Seit 2000 Rechtsanwalt

Seit 1989 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007 DIE LINKE

1990 bis 1993 Mitglied des Kreistages Fürstenwalde

1993 bis 2003 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder)

Mitglied des Landtages seit September 1999

Vorsitzender des Wahlprüfungsausschusses

Ausgeschieden am 30. November 2008

Nachfolger: Matthias Loehr

**Dr. SCHARFENBERG,
Hans-Jürgen**

Diplomstaatswissenschaftler

14480 Potsdam

Fraktion DIE LINKE

Landesliste



Geboren 1954 in Annaberg
Verheiratet; 3 Kinder

- 1972 Abitur
- 1974 bis 1978 Studium der Innenpolitik/Staatswissenschaft an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft Potsdam-Babelsberg, Diplomstaatswissenschaftler
- 1978 bis 1982 wissenschaftlicher Assistent, 1982 bis 1986 wissenschaftlicher Oberassistent
- 1986 bis 1989 stellvertretender Parteisekretär an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft Potsdam-Babelsberg
- 1989 B-Aspirant an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften Berlin
- 1990 wissenschaftlicher Oberassistent an der Akademie für Staat und Recht
- 1990 Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten
- 1991 bis 2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg

Seit 1990 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007 DIE LINKE

Seit 1990 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Potsdam und seit 1995 Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

Seit November 2004 Vorsitzender des Ausschusses für Inneres

SCHIER, Roswitha

Krankenschwester

03222 Lübbenau

Fraktion der CDU

Landesliste



Geboren 1962 in Lübbenau

Verheiratet; 2 Kinder

Römisch-Katholisch

1979 bis 1982 Ausbildung zur Krankenschwester an der Fachschule Cottbus

1982 Staatsexamen

1984 bis 1989 Hausfrau

1989 bis 1991 Verkäuferin

1991 bis 2004 Mitarbeiterin eines Landtagsabgeordneten der Fraktion der CDU Brandenburg

Seit 1991 Mitglied der CDU

Seit 1991 Mitglied im CDU-Ortsvorstand Lübbenau

Seit 1994 Mitglied des Landesvorstandes der CDU Brandenburg

Seit 1996 Mitglied im CDU-Kreisvorstand des Landkreises Oberspreewald-Lausitz

Seit 2003 Kreisvorsitzende

Seit 2003 Vorsitzende des Landesfachausschusses Soziales und Frauen der CDU Brandenburg

Seit 1998 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Lübbenau

Seit 2003 Mitglied des Kreistages Oberspreewald-Lausitz

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

Seit März 2007 Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion der CDU

**SCHIPPEL,
Werner-Siegwart**

Dreher;
leitender Angestellter

03222 Lübbenau

Fraktion der SPD

Wahlkreis 40 (Oberspreewald-Lausitz III/
Spree-Neiße III)



Geboren 1951 in Römhild
Verheiratet; 4 Kinder

1966 bis 1969 Berufsausbildung zum Dreher
1972 bis 1980 Instandhaltungsmechaniker
1980 bis 1990 Meister Instandhaltung
1990 bis 1991 Obermeister Instandhaltung
1991 bis 1994 leitender Angestellter

Seit 1990 Mitglied der SPD
1990 bis 1994 Gemeinderatsvorsteher der Gemeinde Suschow
Seit 1990 Mitglied des Kreistages Oberspreewald-Lausitz

Mitglied des Landtages seit Oktober 1994
Seit Oktober 1999 stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der SPD

**SCHÖNBOHM,
Jörg**

Minister des Innern

14467 Potsdam

Fraktion der CDU

Landesliste



Geboren 1937 in Neu-Golm

Verheiratet; 3 Kinder

Evangelisch

1957 Abitur

1957 bis 1992 Soldat, zuletzt Inspekteur des Heeres im Bundesministerium
der Verteidigung

1992 bis 1996 Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung

1996 bis 1998 Innensenator von Berlin

Seit 1994 Mitglied der CDU

Januar 1998 bis Januar 2007 Vorsitzender der CDU Brandenburg

Mitglied des Landtages seit September 1999

Seit Oktober 1999 Minister des Innern

Oktober 1999 bis Februar 2007 Stellvertretender Ministerpräsident

**SCHREY,
Wilfried**

Ingenieur für Landtechnik

04895 Falkenberg/OT Kölsa

Fraktion der CDU

Landesliste



Geboren 1944 in Kölsa

Verheiratet; 2 Kinder

Evangelisch

1961 bis 1963 Berufsausbildung zum Werkzeugmacher

1963 bis 1968 Monteur PKM Leipzig

1965 bis 1966 Grundwehrdienst

1968 bis 1973 Schlosser VEG Kölsa

1968 bis 1973 Studium der Landtechnik an der Fachhochschule Berlin-Wartenberg, Ingenieur für Landtechnik

1973 bis 1980 Technischer Leiter VEG Kölsa

1980 bis 1990 Technischer Leiter LPG (P) Großrössen

Seit 1971 Mitglied der CDU

1990 bis 1994 Landrat des Kreises Herzberg

Seit 1998 Mitglied des Kreistages Elbe-Elster

1990 bis 1994 Mitglied der Gemeindevertretung Kölsa

Bis 1999 Kreisvorsitzender der CDU Elbe-Elster, danach stellvertretender Kreisvorsitzender

Mitglied des Landtages seit Oktober 1994

Seit Oktober 2004 stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der CDU

**Dr. SCHRÖDER,
Esther**

Finanzkauffrau;
Diplomvolkswirtin

14473 Potsdam

Fraktion der SPD

Landesliste



Geboren 1969 in Luckenwalde
2 Kinder

- 1985 bis 1987 Berufsausbildung zur Finanzkauffrau
- 1988 bis 1989 Abitur an der Bergakademie Freiberg
- 1989 bis 1994 Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, Diplomvolkswirtin
- 1995 bis 1997 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Konstanz (Arbeitsmarktforschung)
- 1997 Promotion Dr. rer. pol. (Center of International Labor Economics)

Seit 2003 Mitglied der SPD

Mitglied des Landtages seit September 1999
Seit Oktober 2004 stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der SPD
Seit Oktober 2004 stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

**SCHULDT,
Sigmar-Peter**

Ökonom;
Unternehmensberater

14542 Werder

Fraktion der DVU

Landesliste



Geboren 1950 in Wismar

1964 bis 1968 Berufsausbildung zum Vollmatrosen der Hochseefischerei

1975 bis 1979 Studium Ökonomie für Rechnungsführung und Statistik/Planung an der Fachschule für Ökonomie Rodewisch, Ökonom

1979 bis 1980 Arbeitsökonom

1980 bis 1987 Gaststättenleiter

1988 bis 1989 Wirtschaftsleiter

Seit 1990 selbstständiger Unternehmensberater

Seit 1995 Mitglied der DVU

Seit Februar 2003 Vorsitzender der DVU Brandenburg

Seit Oktober 2008 Mitglied des Kreistages Potsdam-Mittelmark

Mitglied des Landtages seit September 1999

Seit September 1999 Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion der DVU

**SCHULZ,
Monika**

Lehrmeisterin;
Hauptamtsleiterin

03172 Guben

Fraktion der CDU

Landesliste



Geboren 1955 in Großschönau
3 Kinder
Evangelisch

1972 bis 1974 Berufsausbildung zur Damenmaßschneiderin
1983 Meisterin
1989 Lehrmeisterin
1990 Bürgermeisterin der Gemeinden Atterwasch und Kerkwitz
1993 Hauptamtsleiterin, stellvertretende Amtsdirektorin des Amtes Schenkendöbern

Seit 1985 Mitglied der CDU
Seit 1998 Mitglied des Kreistages Spree-Neiße
Kreisvorsitzende der CDU Spree-Neiße
Landesvorsitzende der Frauenunion

Mitglied des Landtages seit Oktober 1994

SCHULZE, Christoph

Arzt

15806 Zossen

Fraktion der SPD

Wahlkreis 25 (Teltow-Fläming III)



Geboren 1965 in Crivitz

Verheiratet; 2 Kinder

Evangelisch

1984 Abitur

1985 bis 1993 Studium der Medizin an der Humboldt-Universität zu Berlin,
Diplommediziner

Seit 1989 Mitglied der SPD

Seit 1992 Kreisvorsitzender der SPD Teltow-Fläming

Seit 1993 Mitglied des Kreistages Teltow-Fläming, Fraktionsvorstand

1994 bis 2000 Mitglied des Landesvorstandes der SPD Brandenburg

2003 bis 2008 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Zossen

Mitglied des Landtages seit Oktober 1990

Bis Oktober 2004 Vorsitzender des Ausschusses für Inneres und der Parla-
mentarischen Kontrollkommission

Seit 18. Oktober 2004 Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion der SPD

Seit Oktober 2004 Mitglied des Präsidiums

**SCHULZE,
Norbert**

Elektromonteur

03238 Sallgast

Fraktion der DVU

Landesliste



Geboren 1950 in Klingmühl
Verheiratet; 1 Kind

1970 bis 1999 Elektromonteur in verschiedenen Betrieben, Vorarbeiter,
Platzmeister

1997 zwei Monate arbeitslos

1999 bis 2004 Referent bei der DVU-Fraktion im Landtag Brandenburg

Seit 1997 Mitglied der DVU

Seit Oktober 2003 Mitglied des Kreistages Elbe-Elster, Vorsitzender der
DVU-Fraktion

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

Seit Oktober 2004 stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der DVU

Seit November 2004 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für
Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz

SENFTLEBEN,

Ingo

Maurer;
Staatlich geprüfter Hochbautechniker

01979 Lauchhammer

Fraktion der CDU

Wahlkreis 38 (Oberspreewald-Lausitz I)



Geboren 1974 in Großenhain

Ledig; 1 Kind

Evangelisch

1991 bis 1994 Berufsausbildung zum Maurer

1994 bis 1995 Baufacharbeiter

1995 bis 1999 Vorarbeiter

1995 bis 2001 Fernstudium der Hochbautechnik, Staatlich geprüfter Hochbautechniker

Seit 1997 Mitglied der CDU

1998 bis 2003 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Ortrand

Seit 2002 stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes der CDU Oberspreewald-Lausitz

Seit 2003 Bürgermeister der Stadt Ortrand

Seit 2003 Mitglied des Kreistages Oberspreewald-Lausitz

Seit 2005 Mitglied des Vorstandes des Landesverbandes der CDU Brandenburg

Mitglied des Landtages seit September 1999

Seit Oktober 2004 Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport

**SIEBKE,
Ingrid**

Diplomlehrerin

15890 Eisenhüttenstadt

Fraktion der SPD

Landesliste



Geboren 1948 in Magdeburg
Verheiratet; 2 Kinder
Evangelisch

1967 Abitur

1967 bis 1971 Studium der Germanistik/Geschichte an der Pädagogischen
Hochschule Potsdam, Diplomlehrerin

1971 bis 1994 Lehrertätigkeit an verschiedenen Schulen

Seit 1990 Mitglied der SPD

Bis 1994 und seit 2003 Mitglied des Kreistages Oder-Spree

Stellvertretendes Mitglied des Ausschusses Soziales und Gesundheit des
Kreistages Oder-Spree

Seit 1993 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Eisenhüttenstadt

Mitglied des Landtages seit Oktober 1994

26. September 2000 bis Oktober 2004 stellvertretende Vorsitzende der Frak-
tion der SPD

Bis Oktober 2004 stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bildung,
Jugend und Sport

**STARK,
Britta**

Maschinenbauteilkonstrukteurin

16321 Bernau

Fraktion der SPD

Landesliste



Geboren 1963 in Bernau

Verheiratet; 2 Kinder

Evangelisch

1979 bis 1981 Berufsausbildung zur Technischen Zeichnerin

1981 bis 1984 Arbeit im Beruf

1981 bis 1984 Fachschulausbildung Maschinenbau an der Betriebsakademie SKET-Ingenieurschule, Maschinenbauteilkonstrukteurin

1984 bis 1989 Arbeit im Beruf

1990 bis 1991 Regierungsbeauftragte/Leiterin der Bezirksverwaltungsbehörde Frankfurt (Oder)

1999 bis 2001 Verwaltungsangestellte

2001 bis 2002 Verwaltungsbeamtin; (Ltd. Regierungsdirektorin a. D.)

Seit 1989 Mitglied der SPD

1989 bis 1990 Vorsitzende des SPD-Bezirksverbandes Frankfurt (Oder)

1990 bis 1992 Mitglied des SPD-Landesvorstandes

1998 bis 2002 Mitglied der Gemeindevertretung Zepernick als ehrenamtliche Bürgermeisterin

Seit 2002 Ortsvorsteherin von Zepernick und Vorsitzende der Gemeindevertretung Panketal

Seit 2008 Mitglied des Kreistages Barnim und 1. stellvertretende Vorsitzende des Kreistages

Mitglied des Landtages von Oktober 1990 bis September 1999 und seit 14. November 2002

November 2003 bis Oktober 2004 stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der SPD

Seit Oktober 2004 Mitglied des Präsidiums

**STEINMETZER-MANN,
Carolin**

Studentin

14473 Potsdam

Fraktion DIE LINKE

Wahlkreis 36 (Elbe-Elster I)



Geboren 1980 in Finsterwalde
Verheiratet

1999 Abitur

Seit 1999 Studium der Philosophie, Politikwissenschaft, Neueren Geschichte an der Universität Potsdam

Seit 1998 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007 DIE LINKE

Seit 2001 Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE Elbe-Elster

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

STOBRAWA, Gerlinde

Lehrerin;
Diplomgesellschaftswissenschaftlerin

15526 Bad Saarow

Fraktion DIE LINKE

Wahlkreis 33 (Märkisch-Oderland III)



Geboren 1949 in Altkünkendorf
Verheiratet; 2 Kinder

- 1965 bis 1968 Studium der Pädagogik am Institut für Lehrerbildung Neuzelle, Lehrerin
- 1968 bis 1974 Lehrerin, stellvertretende Direktorin
- 1974 bis 1984 Mitarbeiterin/Bezirksvorsitzende der Pionierorganisation
- 1984 bis 1989 Mitarbeiterin beim Rat des Bezirkes Frankfurt (Oder), ab 1987 Mitglied des Rates des Bezirkes Frankfurt (Oder) für Jugend und Sport
- 1986 bis 1988 Studium Staat und Recht an der Parteihochschule "Karl Marx" Berlin, Diplomgesellschaftswissenschaftlerin
- 1989 bis 1990 1. Stellvertreterin des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Frankfurt (Oder)

Seit 1989 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007 DIE LINKE

1999 bis 2003 Mitglied des Kreistages Oder-Spree

Seit 2003 ehrenamtliche Bürgermeisterin von Bad Saarow

Mitglied des Landtages seit Oktober 1990

Bis Oktober 2004 Vorsitzende des Ausschusses für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik

Seit November 2004 stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik

Seit 9. November 2005 Vizepräsidentin des Landtages Brandenburg

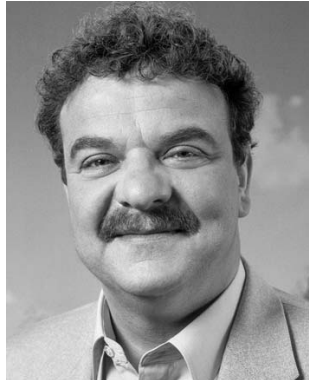
**SZYMANSKI,
Frank**

Diplomlehrer;
Minister für Infrastruktur und
Raumordnung

03046 Cottbus

Fraktion der SPD

Wahlkreis 44 (Cottbus II)



Geboren 1956 in Cottbus
Verheiratet; 2 Kinder

Abitur

1974 bis 1978 Studium Geschichte/Deutsch an der Pädagogischen Hochschule Potsdam, Diplomlehrer

1978 bis 1984 Fachlehrer an einer POS in Cottbus

1984 bis 1988 Fachlehrer in Bulgarien

1989 bis 1991 Direktor an einer POS in Cottbus

1991 bis 1994 Erweiterungsstudium für politische Bildung an der FU Berlin, Lehramt Sekundarstufe II

1991 bis 1998 Schulleiter an einer Gesamtschule in Cottbus

1998 bis 2003 Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg

Seit 2003 Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg

Ab Oktober 2004 Minister für Infrastruktur und Raumordnung

Seit 1991 Mitglied der SPD

1993 bis 1998 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Cottbus

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

Ausgeschieden am 29. November 2006

Nachfolgerin: Kerstin Kircheis

TACK, Anita

Diplomingenieurin für Städtebau
und Regionalplanung

14471 Potsdam

Fraktion DIE LINKE

Landesliste



Geboren 1951 in Dresden
2 Kinder

- 1969 Abitur mit Facharbeiterabschluss Mechanikerin
- 1969 bis 1973 Studium Städtebau und Gebietsplanung an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, Diplomingenieurin
- 1973 bis 1987 Büro für Territorialplanung Bezirk Potsdam
- 1983 bis 1987 Direktorin
- 1987 bis 1990 stellvertretende Vorsitzende Bezirksplankommission
- 1990 Bezirksverwaltungsbehörde
- 1991 bis 1994 stellvertretende Leiterin der Fraktionsgeschäftsstelle der PDS-LL im Landtag

Seit 1990 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007 DIE LINKE

- 1991 bis 1999 Vorsitzende kommunalpolitisches forum Land Brandenburg e. V.
- 1999 bis 2001 Vorsitzende der PDS Brandenburg
- Seit 2002 Präsidentin der Landesverkehrswacht Brandenburg e. V. und Mitglied im Vorstand der Deutschen Verkehrswacht e. V.
- Seit 2008 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Potsdam, Vorsitzende des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen

Mitglied des Landtages seit Oktober 1994

- 1994 bis 1999 Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
- 1999 bis Oktober 2004 Mitglied des Präsidiums; stellvertretende Vorsitzende des Untersuchungsausschusses 3/1 (zur Aufklärung der Mitverantwortung der Gesellschafter der BBF am bisherigen Verlauf des Privatisierungsverfahrens und des Vergabeverfahrens zur privaten Errichtung des Großflughafens BBI)

**THEEL,
Otto**

Ingenieur für Stahlwerkstechnik;
Ingenieur für BMSR-Technik

16816 Neuruppin

Fraktion DIE LINKE

Wahlkreis 3 (Ostprignitz-Ruppin I)



Geboren 1940 in Stettin
Verheiratet; 2 Kinder

- 1959 bis 1962 Studium der Stahlwerkstechnik an der Ingenieurschule für
Stahlgewinnung Hennigsdorf, Ingenieur für Stahlwerkstechnik
- 1965 bis 1969 Studium der BMSR-Technik an der Ingenieurschule für Auto-
matisierungstechnik Leipzig, Ingenieur für BMSR-Technik
- 1962 bis 1978 Ingenieur für Planung/Betriebsentwicklung im VEB Stahl-
und Walzwerk Brandenburg
- 1978 bis 1980 Mitarbeiter Wirtschaft und 1981 bis 1984 Abteilungsleiter
Wirtschaft SED-Kreisleitung Brandenburg
- 1985 bis 1989 Sekretär für Wirtschaft SED-Kreisleitung Neuruppin
- 1989 bis 1990 Vorsitzender Rat des Kreises Neuruppin
- 1990 bis 1993 Geschäftsführer
- 1994 bis 2004 Bürgermeister der Stadt Neuruppin

Seit 1968 Mitglied der SED/1990 PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab
Juni 2007 DIE LINKE

1990 bis 1993 Mitglied des Kreistages Neuruppin

1993 bis 2004 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Neuruppin

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

Ausgeschieden am 22. Mai 2008
Nachfolger: Dr. Andreas Trunschke

THIEL, Wolfgang

Diplomingenieur

14542 Werder

Fraktion DIE LINKE

Landesliste



Geboren 1948 in Felchta/Thüringen
Verheiratet, 1 Kind

- 1962 bis 1966 Abitur mit Berufsausbildung zum Betriebsschlosser
- 1966 bis 1969 Studium Physik an der Staatlichen Universität Leningrad und
1969 - 1971 KMU Leipzig
- 1980 bis 1981 Studium der Kraftwerkstechnik an der Ingenieurhochschule
Zittau
- 1985 bis 1987 Studium Gesellschaftswissenschaften an der Parteihoch-
schule Moskau
- 1971 bis 1981 Fachschullehrer
- 1981 bis 1985 Parteisekretär an der Ingenieurschule Senftenberg
- 1987 bis 1989 Mitarbeiter Bezirksleitung der SED Cottbus
- 1989 bis 1990 Bezirksvorsitzender der PDS Cottbus
- 1990 bis 1991 Stellvertretender Landesvorsitzender der PDS Brandenburg
- 1991 bis 1992 arbeitslos
- 1992 bis 1995 selbstständig
- 1995 bis 1999 Landesvorsitzender der PDS Brandenburg
- 1999 bis 2004 Mitglied des Landtages Brandenburg
- 2005 bis 2006 Geschäftsführer der Fraktion der Linkspartei.PDS im Landtag
Brandenburg

Mitglied des Landtages von September 1999 bis Oktober 2004 und seit
21. August 2006

Nachgerückt für Christian Otto

**Dr. TRUNSCHKE,
Andreas**

Diplomlehrer, Wissenschaftshistoriker

Fraktion DIE LINKE

Landesliste



Geboren 1959 in Lieberose
verheiratet, 2 Kinder

1979 bis 1983 Studium Lehrer für Mathematik/Physik an der Pädagogischen Hochschule Potsdam
1982 Karl-Marx-Stipendium
1983 bis 1988 Forschungsstudent
1989 bis 1990 Mitarbeiter Rektorat Pädagogische Hochschule
1992 Promotion an der Universität Leipzig
1990 bis 1994 Wissenschaftlicher Mitarbeiter PDS-LL-Fraktion im Landtag
Seit 2004 freier Publizist

1994 bis 1998 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Potsdam
1995 bis 2005 Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V.

Mitglied des Landtages von Oktober 1994 bis Oktober 2004 und seit 30. Mai 2008

Nachgerückt für Otto Theel

VIETZE, Heinz

Dreher;
Diplomgesellschaftswissenschaftler

14469 Potsdam

Fraktion DIE LINKE

Landesliste



Geboren 1947 in Zeitz
Verheiratet; 3 Kinder

- 1964 bis 1967 Berufsausbildung zum Dreher mit Abitur
- 1967 bis 1968 Einjahreslehrgang für Jugendfunktionäre an der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“
- 1968 bis 1970 Mitarbeiter der FDJ-Bezirksleitung Potsdam
- 1970 bis 1974 2. bzw. 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung Potsdam
- 1974 bis 1977 Studium der Gesellschaftswissenschaften an der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED Berlin, 1977 Diplomgesellschaftswissenschaftler
- 1977 bis 1983 1. Sekretär der Bezirksleitung der FDJ Potsdam
- 1984 bis 1989 1. Sekretär der Kreisleitung der SED Oranienburg/Potsdam;
November/Dezember 1989 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Potsdam

Seit 1990 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007 DIE LINKE

1990 Landesvorsitzender der PDS

Seit November 2006 Vorsitzender des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin

Mitglied des Landtages seit Oktober 1990

Seit Oktober 1990 stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007 DIE LINKE und Parlamentarischer Geschäftsführer

Seit Oktober 1999 stellvertretender Vorsitzender des Hauptausschusses

Dezember 2003 bis August 2004 Vorsitzender des Untersuchungsausschusses 3/3 (zur Aufklärung der Verantwortung der Landesregierung für die Vorbereitung und Realisierung des Investitionsvorhabens Chipfabrik in Frankfurt [Oder])

Seit Oktober 2004 Mitglied des Präsidiums

**WEBER,
Karin**



Diplomerzieherin

14473 Potsdam

Fraktion DIE LINKE

Wahlkreis 28 (Dahme-Spreewald III)

Geboren 1953 in Golßen

Verheiratet; 2 Kinder

1969 bis 1972 Ausbildung als Heimerzieherin mit Lehrbefähigung am Institut für Lehrerbildung Radebeul

1972 bis 1977 Heimerzieherin

1983 bis 1987 Studium der Sonderpädagogik an der Humboldt-Universität zu Berlin, Diplomerzieherin

1994 bis 1997 Studium an der Universität Potsdam, Abschluss mit Lehrbefähigung, Lehrerin für Politische Bildung

1997 bis 2000 Studium Sprachbehindertenpädagogik an der Universität Potsdam

1977 bis 2004 Lehrerin

1994 bis 2004 Koordinierende Lehrkraft der sonderpädagogischen Förder- und Beratungsstellen im Landkreis Dahme-Spreewald

Seit 1989 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007 DIE LINKE

1996 bis 2004 Kreisvorsitzende der PDS Dahme-Spreewald

Seit 1999 Mitglied des Kreistages Dahme-Spreewald

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

**WEHLAN,
Kornelia**

Agraringenieurin

14943 Luckenwalde

Fraktion DIE LINKE

Wahlkreis 24 (Teltow-Fläming II)



Geboren 1961 in Luckenwalde
Verheiratet; 2 Kinder

- 1977 bis 1979 Berufsausbildung zur Agrotechnikerin/Mechanisatorin an der Betriebsberufsschule Petkus
- 1979 bis 1982 Studium der Pflanzenproduktion an der Agraringenieurschule Cottbus
- 1982 bis 1986 LPG (P) Hennickendorf, Abteilungsleiterin für Freilandgemüse
- 1986 bis 1987 Bezirksparteischule Potsdam
- 1987 bis 1989 Mitarbeiterin der SED-Kreisleitung Luckenwalde
- 1990 bis 1991 Mitarbeiterin beim PDS-Kreisvorstand Luckenwalde
- 1992 bis 1994 Mitarbeiterin in einem Bildungsverein
- 1994 bis 1999 Mitarbeiterin eines Landtagsabgeordneten

Seit 1990 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007 DIE LINKE

Seit 1990 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, seit 2008 stellvertretende Vorsitzende

Seit 1998 Mitglied des Kreistages Teltow-Fläming, seit 2008 Vorsitzende der Fraktion im Kreistag

Mitglied des Landtages seit September 1999

**WERNER,
Frank**

Instandhaltungsmechaniker;
Klubleiter

04928 Plessa

Fraktion der CDU

Wahlkreis 37 (Elbe-Elster II)



Geboren 1957 in Elsterwerda
Evangelisch

Berufsausbildung mit Abitur
Grundwehrdienst

Fernstudium der Kulturwissenschaften an der Fachschule für Klubleiter
Meißen

Bis 1990 Mitarbeiter im Kreiskabinett für Kulturarbeit Bad Liebenwerda

1990 Kulturamtsleiter Kreisverwaltung Bad Liebenwerda

1986 Eintritt in die CDU

Seit 1990 Abgeordneter des Kreistages Bad Liebenwerda bzw. Elbe-Elster,
Fraktionsvorsitzender

Seit 1993 Abgeordneter der Gemeindevertretung Plessa

Mitglied des Landtages seit Oktober 1990

**Dr. WOIDKE,
Dietmar**

Diplomagraringenieur;
Minister für Ländliche Entwicklung,
Umwelt und Verbraucherschutz

03130 Spremberg

Fraktion der SPD

Landesliste



Geboren 1961 in Naundorf bei Forst
Verheiratet; 1 Kind
Evangelisch

1980 Abitur
1982 bis 1987 Studium der Landwirtschaft/Tierproduktion an der Humboldt-
Universität zu Berlin, Diplomagraringenieur
1987 bis 1990 wissenschaftlicher Assistent am Institut für Ernährungsphy-
siologie der Humboldt-Universität zu Berlin
1990 bis 1992 Leiter der wissenschaftlichen Abteilung SANO-Mineralfutter
1992 bis 1993 Amtsleiter des Landwirtschafts- und Umweltamtes Kreis Forst
1993 Promotion zum Dr. agr.
1993 Amtsleiter Landwirtschaft des Kreises Spree-Neiße

Seit 1993 Mitglied der SPD

1998 bis 2003 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Forst

1998 bis 2004 Mitglied des Kreistages Spree-Neiße

Seit September 2008 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Forst

Seit September 2008 Mitglied des Kreistages Spree-Neiße

Mitglied des Landtages seit Oktober 1994

Seit 13. Oktober 2004 Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Ver-
braucherschutz

WOLFF-MOLORCIUC,

Irene

Diplomlehrerin

16306 Passow

Fraktion DIE LINKE

Wahlkreis 11 (Uckermark I)



Geboren 1955 in Berlin

Verheiratet

1974 Abitur

1974 bis 1978 Studium Russisch/Geschichte an der Pädagogischen Hochschule „Clara Zetkin“ Leipzig, Diplomlehrerin

1978 bis 1989 Lehrerin, Direktorin

1989 bis 1991 Mitarbeiterin SED-Kreisleitung Angermünde, später PDS-Kreisvorstand

1992 bis 1994 arbeitslos, Umschulung

1994 bis 1999 Mitarbeiterin einer Landtagsabgeordneten

Seit 1989/1990 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007 DIE LINKE

Seit 1990 Mitglied des Kreistages Angermünde (Uckermark)

Seit 1990 Mitglied der Gemeindevertretung Passow

Mitglied des Landtages seit September 1999

**WÖLLERT,
Birgit**

Diplomlehrerin

03130 Spremberg

Fraktion DIE LINKE

Wahlkreis 42 (Spree-Neiße II)



Geboren 1950 in Bendorf/Rhein
Verheiratet; 2 Kinder

- 1967 bis 1971 Studium am Institut für Lehrerbildung Weißenfels, Unterstufenlehrerin
1971 bis 1979 Lehrerin
1979 bis 1982 Leiterin „Haus der Pioniere“ Spremberg
1982 Direktstudium Bezirksparteischule Cottbus
1983 bis 1985 externes Studium der Staatsbürgerkunde an der Pädagogischen Hochschule „Ernst Schneller“ in Zwickau, Diplomlehrerin
1983 bis 1987 Lehrerin
1987 bis 1988 stellvertretende Schulleiterin
1988 bis 1990 Schulleiterin
Seit 1990 Lehrerin
1994 Abschluss Erweiterungsstudium Deutsch für die Sekundarstufe I an der Pädagogischen Hochschule Potsdam

Seit 1989 Mitglied der PDS, ab Juli 2005 Die Linkspartei.PDS, ab Juni 2007 DIE LINKE

Seit 1990 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Spremberg

Seit 1998 Mitglied des Kreistages Spree-Neiße

Mitglied des Landtages seit 13. Oktober 2004

Seit November 2007 Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

**ZIEGLER,
Dagmar**

Diplomfinanzökonomin;
Ministerin für Arbeit, Soziales,
Gesundheit und Familie

19348 Perleberg

Fraktion der SPD

Wahlkreis 1 (Prignitz I)



Geboren 1960 in Leipzig
2 Kinder

1977 bis 1980 Berufsausbildung zur Finanzkauffrau mit Abitur
1980 bis 1984 Studium der Finanzwirtschaft an der Humboldt-Universität zu
Berlin, Diplomfinanzökonomin
1984 bis 1987 Sektorenleiterin für bezirksgeleitete Industrie bei der Staats-
bank Leipzig
1987 bis 1990 Ökonomin in einer LPG

Seit 1990 Mitglied der SPD
1990 Gründung und Aufbau des Ortsvereins der SPD Lenzen
1990 bis 2000 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Lenzen
1993 bis 1998 ehrenamtliche Bürgermeisterin der Stadt Lenzen
Juli 2000 bis August 2008 stellvertretende Vorsitzende der SPD Branden-
burg
Seit September 2008 Mitglied des Kreistages Prignitz

Mitglied des Landtages seit Oktober 1994
Bis September 2000 stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der SPD, bis
September 2000 stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Haushalt
und Finanzen
September 2000 bis Oktober 2004 Ministerin der Finanzen
Seit Oktober 2004 Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

ZIEL, Alwin

Diplomlehrer;
Jurist;
Minister a. D.

16540 Hohen Neuendorf

Fraktion der SPD

Wahlkreis 8 (Oberhavel II)



Geboren 1941 in Quernau (Westpreußen)
Verwitwet; 2 Kinder
Evangelisch

1960 Abitur
1960 bis 1965 Lehrerstudium an der Pädagogischen Hochschule Güstrow
1980 bis 1985 Studium der Rechtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, wissenschaftlicher Assistent an der Humboldt-Universität zu Berlin

Seit 1989 Mitglied der SPD
Ab März 1990 Mitglied der Volkskammer der DDR, parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Arbeit und Soziales der DDR
Seit März 2003 Mitglied der Gesellschafterversammlung der Evangelischen Akademie zu Berlin

Mitglied des Landtages seit Oktober 1990
1990 bis Oktober 1999 Minister des Innern und Stellvertretender Ministerpräsident
Oktober 1999 bis August 2002 Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
28. November 2002 bis Oktober 2004 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Landtag Brandenburg

- Sitzordnung -

Presse



BESUCHER

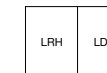
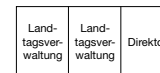
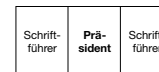
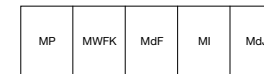
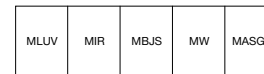
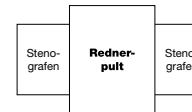


DIE LINKE. Fraktion im Landtag Brandenburg

SPD

CDU

DVU



Mandatsveränderungen

Pohl, Wolfgang eingetreten am 22. Oktober 2004 Landesliste	SPD	für Dellmann, Reinhold ausgeschieden am 18. Oktober 2004 Landesliste	SPD
Dr. Bernig, Andreas eingetreten am 21. Oktober 2005 Landesliste	Die Linke.PDS	für Dr. Enkelmann, Dagmar ausgeschieden am 20. Oktober 2005 Wahlkreis 14 (Barnim II)	Die Linke.PDS
Prof. Dr. Heppener, Sieglinde eingetreten am 21. Oktober 2005 Landesliste	SPD	für Reiche, Steffen ausgeschieden am 20. Oktober 2005 Landesliste	SPD
Kolodzeike, Ingeborg eingetreten am 21. Oktober 2005 Landesliste	Die Linke.PDS	für Gehrcke, Wolfgang ausgeschieden am 20. Oktober 2005 Wahlkreis 2 (Prignitz II/ Ostprignitz-Ruppin II)	Die Linke.PDS
Meier, Kerstin eingetreten am 21. Oktober 2005 Landesliste	Die Linke.PDS	für Prof. Dr. Bisky, Lothar ausgeschieden am 20. Oktober 2005 Landesliste	Die Linke.PDS
Thiel, Wolfgang eingetreten am 21. August 2006 Landesliste	Die Linke.PDS	für Otto, Christian verstorben am 4. August 2006 Wahlkreis 41 (Spree-Neiße I)	Die Linke.PDS
Kircheis, Kerstin eingetreten am 30. November 2006 Landesliste	SPD	für Szymanski, Frank ausgeschieden am 29. Oktober 2006 Wahlkreis 44 (Cottbus II)	SPD

Gujjula, Ravindra eingetreten 1. November 2007 Landesliste	SPD	für Müller, Heiko ausgeschieden 31. Oktober 2007 Landesliste	SPD
Bednarsky, Kerstin eingetreten 9. November 2007 Landesliste	DIE LINKE	für Osten, Kerstin ausgeschieden 9. November 2007 Wahlkreis 27 (Dahme- Spreewald II/Oder-Spree I)	DIE LINKE
Dr. Trunschke, Andreas eingetreten 30. Mai 2008 Landesliste	DIE LINKE	für Theel, Otto ausgeschieden 22. Mai 2008 Wahlkreis 3 (Ostprignitz-Ruppin I)	DIE LINKE
Loehr, Matthias eingetreten 1. Dezember 2008 Landesliste	DIE LINKE	für Sarrach, Stefan ausgeschieden 30. November 2008 Wahlkreis 30 (Oder-Spree III)	DIE LINKE

Fraktionen

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD - 33 Abgeordnete)

Fraktionsvorsitzender:

Baaske, Günter

Parlamentarischer Geschäftsführer:

Schulze, Christoph

Alter, Elisabeth

Baaske, Günter

Birthler, Wolfgang

Bischoff, Mike

Bochow, Klaus

Fischer, Tina

Folgart, Udo

Fritsch, Gunter (Landtagspräsident)

Geywitz, Klara

Gregor-Ness, Martina

Gujjula, Ravindra

Günther, Thomas

Hackenschmidt, Barbara

Prof. Dr. Heppener, Sieglinde

Holzschuher, Ralf

Kircheis, Kerstin

Klein, Wolfgang

Dr. Klocksinn, Jens

Kuhnert, Andreas

Lehmann, Sylvia

Lieske, Jutta

Melior, Susanne

Dr. Münch, Martina

Platzeck, Matthias (Ministerpräsident)

Pohl, Wolfgang

Schippel, Werner-Sieghart

Dr. Schröder, Esther

Schulze, Christoph

Siebke, Ingrid

Stark, Britta

Dr. Woidke, Dietmar

Ziegler, Dagmar

Ziel, Alwin

Fraktionsgeschäftsführer:

Kralinski, Thomas

Pressesprecher:

Engels, Florian

**DIE LINKE.Fraktion im Landtag Brandenburg
(DIE LINKE - 29 Abgeordnete)****Fraktionsvorsitzende:**

Kaiser, Kerstin

Parlamentarischer Geschäftsführer:

Görke, Christian

Adolph, Renate

Bednarsky, Kerstin

Dr. Bernig, Andreas

Böhnisch, Helga

Christoffers, Ralf

Domres, Thomas

Görke, Christian

Große, Gerrit

Hammer, Frank

Heinze, Wolfgang

Dr. Hoffmann, Gerd-Rüdiger

Jürgens, Peer

Kaiser, Kerstin

Kolodzeike, Ingeborg

Krause, Torsten

Loehr, Matthias

Mächtig, Margitta

Meier, Kerstin

Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen

Steinmetzer-Mann, Carolin

Stobrawa, Gerlinde (Vizepräsidentin)

Tack, Anita

Thiel, Wolfgang

Dr. Trunschke, Andreas

Vietze, Heinz

Weber, Karin

Wehlan, Kornelia

Wöllert, Birgit

Wolff-Molorciuc, Irene

Fraktionsgeschäftsführer:

Kutzmutz, Rolf

Pressesprecherin:

Lamberz, Alexa

**Christlich Demokratische Union Deutschlands
(CDU - 20 Abgeordnete)****Fraktionsvorsitzender:**

Lunacek, Thomas

Parlamentarische Geschäftsführerin:

Schier, Roswitha

von Arnim, Alard

Blechinger, Beate

Dombrowski, Dieter

Dr. Funck, Saskia

Hartfelder, Carola

Helm, Dieter

Homeyer, Dierk

Junghanns, Ulrich

Karney, Detlef

Lunacek, Thomas

Dr. Niekisch, Wieland

Petke, Sven

Richstein, Barbara

Schier, Roswitha

Schönbohm, Jörg

Schrey, Wilfried

Schulz, Monika

Senftleben, Ingo

Prof. Dr. Wanka, Johanna

Werner, Frank

Pressesprecher:

Scholz, Rüdiger

**Deutsche Volksunion
(DVU - 6 Abgeordnete)**

Fraktionsvorsitzende:
Hesselbarth, Liane

Parlamentarischer Geschäftsführer:
Schuldt, Sigmar-Peter

Claus, Michael
Fechner, Birgit
Hesselbarth, Liane
Nonninger, Markus
Schuldt, Sigmar-Peter
Schulze, Norbert

Pressesprecher:
Kabus, Thilo

Präsidium

Präsident

Fritsch, Gunter

Vizepräsidentin

Stobrawa, Gerlinde

SPD

Baaske, Günter

Schulze, Christoph

Stark, Britta

DIE LINKE

Kaiser, Kerstin

Görke, Christian

Große, Gerrit

CDU

Lunacek, Thomas

Schier, Roswitha

Richstein, Barbara

DVU

Hesselbarth, Liane

Ständige Ausschüsse

Hauptausschuss A 1

Vorsitzender: Baaske, Günter (SPD)

Stellvertretender Vorsitzender: Vietze, Heinz (DIE LINKE)

Ordentliche Mitglieder

Stellvertretende Mitglieder

SPD

Baaske, Günter
Fritsch, Gunter
Klein, Wolfgang

Bochow, Klaus
Holzschuher, Ralf
Schulze, Christoph

DIE LINKE

Kaiser, Kerstin
Tack, Anita
Vietze, Heinz

Görke, Christian
Meier, Kerstin
Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen

CDU

Lunacek, Thomas
Richstein, Barbara

Dr. Funck, Saskia
Schrey, Wilfried

DVU

Schuldt, Sigmar-Peter

Schulze, Norbert

Ausschussreferent: Voshage, Dirk (Tel.: 966-1171)

Petitionsausschuss A 2

Vorsitzender: Domres, Thomas (DIE LINKE)

Stellvertretende Vorsitzende: Prof. Dr. Heppener, Sieglinde (SPD)

Ordentliche Mitglieder

Stellvertretende Mitglieder

SPD

Günther, Thomas
Prof. Dr. Heppener, Sieglinde
Kircheis, Kerstin

Hackenschmidt, Barbara
Holzschuher, Ralf
Lehmann, Sylvia

DIE LINKE

Bednarsky, Kerstin
Domres, Thomas
Weber, Karin

Böhnisch, Helga
Mächtigt, Margitta
Steinmetzer-Mann, Carolin

CDU

Hartfelder, Carola
Karney, Detlef

von Arnim, Alard
Schier, Roswitha

DVU

Fechner, Birgit

Nonninger, Markus

Ausschussreferentinnen und -referenten:

Lietzmann, Gabriele	(Tel.: 966-1134)
Korte, Manfred	(Tel.: 966-1138)
Lange, Sandra	(Tel.: 966-1141)
Petersen, Kirsten	(Tel.: 966-1147)
Will-Lau, Christin	(Tel.: 966-1177)

Ausschuss für Inneres A 3

Vorsitzender: Dr. Scharfenberg,
Hans-Jürgen (DIE LINKE)

Stellvertretender Vorsitzender: Petke, Sven (CDU)

Ordentliche Mitglieder

Stellvertretende Mitglieder

SPD

Bochow, Klaus
Gujjula, Ravindra
Stark, Britta

Holzschuher, Ralf
Schippel, Werner-Siegwart
Schulze, Christoph

DIE LINKE

Dr. Bernig, Andreas
Domres, Thomas
Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen

Dr. Hoffmann, Gerd-Rüdiger
Mächtigt, Margitta
Loehr, Matthias

CDU

Petke, Sven
Werner, Frank

von Arnim, Alard
Dombrowski, Dieter

DVU

Claus, Michael

Schulze, Norbert

Ausschussreferentin: Strauß, Katharina (Tel.: 966-1173)

Rechtsausschuss A 4

Vorsitzender: Petke, Sven (CDU)

Stellvertretender Vorsitzender: Holzschuher, Ralf (SPD)

Ordentliche Mitglieder

Stellvertretende Mitglieder

SPD

Birthler, Wolfgang
Holzschuher, Ralf
Ziel, Alwin

Alter, Elisabeth
Fischer, Tina
Schippel, Werner-Siegwart

DIE LINKE

Mächtig, Margitta
Loehr, Matthias
Weber, Karin

Jürgens, Peer
Kolodzeike, Ingeborg
Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen

CDU

von Arnim, Alard
Petke, Sven

Homeyer, Dierk
Werner, Frank

DVU

Schuldt, Sigmar-Peter

Claus, Michael

Ausschussreferentin: Robert, Anke (Tel.: 966-1166)

Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport A 5

Vorsitzender: Senftleben, Ingo (CDU)

Stellvertretende Vorsitzende: Große, Gerrit (DIE LINKE)

Ordentliche Mitglieder

Stellvertretende Mitglieder

SPD

Geywitz, Klara
Lieske, Jutta
Siebke, Ingrid

Gujjula, Ravindra
Lehmann, Sylvia
Dr. Münch, Martina

DIE LINKE

Große, Gerrit
Krause, Torsten
Wöllert, Birgit

Bednarsky, Kerstin
Jürgens, Peer
Meier, Kerstin

CDU

Hartfelder, Carola
Senftleben, Ingo

Schier, Roswitha
Werner, Frank

DVU

Fechner, Birgit

Nonninger, Markus

Ausschussreferenten:

Ginkel, Birgit
Borkowski, Ingo

(Tel.: 966-1157)
(Tel.: 966-1149)

Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur A 6

Vorsitzende: Dr. Münch, Martina (SPD)

Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Hoffmann, Gerd-Rüdiger
(DIE LINKE)

Ordentliche Mitglieder

Stellvertretende Mitglieder

SPD

Geywitz, Klara
Kuhnert, Andreas
Dr. Münch, Martina

Lehmann, Sylvia
Melior, Susanne
Siebke, Ingrid

DIE LINKE

Dr. Hoffmann, Gerd-Rüdiger
Jürgens, Peer
Dr. Trunschke, Andreas

Adolph, Renate
Große, Gerrit
Hammer, Frank

CDU

Dr. Niekisch, Wieland
Werner, Frank

Hartfelder, Carola
Karney, Detlef

DVU

Nonninger, Markus

Fechner, Birgit

Ausschussreferentin: Dr. Schramm, Sabine (Tel.: 966-1148)

Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie A 7

Vorsitzende: Wöllert, Birgit (DIE LINKE)

Stellvertretende Vorsitzende: Dr. Schröder, Esther (SPD)

Ordentliche Mitglieder

Stellvertretende Mitglieder

SPD

Lehmann, Sylvia
Dr. Münch, Martina
Dr. Schröder, Esther

Alter, Elisabeth
Prof. Dr. Heppener, Sieglinde
Ziel, Alwin

DIE LINKE

Kolodzeike, Ingeborg
Wolff-Molorciuc, Irene
Wöllert, Birgit

Böhnisch, Helga
Görke, Christian
Kaiser, Kerstin

CDU

Schier, Roswitha
Schulz, Monika

Richstein, Barbara
Schrey, Wilfried

DVU

Fechner, Birgit

Nonninger, Markus

Ausschussreferentin: Markowski, Annegret (Tel.: 966-1163)

Ausschuss für Wirtschaft A 8

Vorsitzender: Pohl, Wolfgang (SPD)

Stellvertretender Vorsitzender: Karney, Detlef (CDU)

Ordentliche Mitglieder

Stellvertretende Mitglieder

SPD

Fischer, Tina
Hackenschmidt, Barbara
Pohl, Wolfgang

Bischoff, Mike
Dr. Klocksin, Jens
Melior, Susanne

DIE LINKE

Christoffers, Ralf
Meier, Kerstin
Thiel, Wolfgang

Domres, Thomas
Stobrawa, Gerlinde
Dr. Trunschke, Andreas

CDU

Homeyer, Dierk
Karney, Detlef

Dr. Funck, Saskia
Schulz, Monika

DVU

Hesselbarth, Liane

Schuldt, Sigmar-Peter

Ausschussreferentin: Barris, Petra (Tel.: 966-1168)

**Ausschuss für Ländliche Entwicklung,
Umwelt und Verbraucherschutz**

A 9

Vorsitzender: Dombrowski, Dieter (CDU)

Stellvertretender Vorsitzender: Schulze, Norbert (DVU)

Ordentliche Mitglieder

Stellvertretende Mitglieder

SPD

Folgart, Udo
Gregor-Ness, Martina
Kircheis, Kerstin

Günther, Thomas
Hackenschmidt, Barbara
Dr. Klocksin, Jens

DIE LINKE

Adolph, Renate
Steinmetzer-Mann, Carolin
Wehlan, Kornelia

Heinze, Wolfgang
Krause, Torsten
Tack, Anita

CDU

Dombrowski, Dieter
Helm, Dieter

von Arnim, Alard
Homeyer, Dierk

DVU

Schulze, Norbert

Claus, Michael

Ausschussreferent: Mieth, Ekkehard (Tel.: 966-1167)

Ausschuss für Infrastruktur und Raumordnung A 10

Vorsitzende: Hesselbarth, Liane (DVU)

Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Klocksinn, Jens (SPD)

Ordentliche Mitglieder

Stellvertretende Mitglieder

SPD

Gregor-Ness, Martina
Günther, Thomas
Dr. Klocksinn, Jens

Birthler, Wolfgang
Bochow, Klaus
Kircheis, Kerstin

DIE LINKE

Böhnisch, Helga
Heinze, Wolfgang
Tack, Anita

Domres, Thomas
Kolodzeike, Ingeborg
Wehlan, Kornelia

CDU

Schrey, Wilfried
Senfleben, Ingo

Dombrowski, Dieter
Dr. Niekisch, Wieland

DVU

Hesselbarth, Liane

Claus, Michael

Ausschussreferentin: Bley, Marion (Tel.: 966-1160)

Ausschuss für Haushalt und Finanzen A 11

Vorsitzende: Christoffers, Ralf (DIE LINKE)

Stellvertretender Vorsitzender: Bischoff, Mike (SPD)

Ordentliche Mitglieder

Stellvertretende Mitglieder

SPD

Bischoff, Mike
Fischer, Tina
Melior, Susanne

Hackenschmidt, Barbara
Klein, Wolfgang
Pohl, Wolfgang

DIE LINKE

Christoffers, Ralf
Mächtigt, Margitta
Vietze, Heinz

Bednarsky, Kerstin
Domres, Thomas
Krause, Torsten

CDU

Dr. Funck, Saskia
Schrey, Wilfried

von Arnim, Alard
Richstein, Barbara

DVU

Hesselbarth, Liane

Schuldt, Sigmar-Peter

Ausschussreferent: Wilksch, André (Tel.: 966-1164)

Ausschuss für Haushaltskontrolle A 12

Vorsitzender: Klein, Wolfgang (SPD)

Stellvertretender Vorsitzender: von Arnim, Alard (CDU)

Ordentliche Mitglieder

Stellvertretende Mitglieder

SPD

Fischer, Tina
Klein, Wolfgang
Pohl, Wolfgang

Bischoff, Mike
Hackenschmidt, Barbara
Melior, Susanne

DIE LINKE

Krause, Torsten
Mächtigt, Margitta
Meier, Kerstin

Böhnisch, Helga
Weber, Karin
Wolff-Molorciuc, Irene

CDU

von Arnim, Alard
Dr. Niekisch, Wieland

Hartfelder, Carola
Senftleben, Ingo

DVU

Claus, Michael

Schuldt, Sigmar-Peter

Ausschussreferent: Mieth, Ekkehard (Tel.: 966-1167)

Vorsitzender: Bochow, Klaus (SPD)

Stellvertretende Vorsitzende: Stobrawa, Gerlinde
(DIE LINKE)

Ordentliche Mitglieder

Stellvertretende Mitglieder

SPD

Alter, Elisabeth
Bochow, Klaus
Dr. Klocksin, Jens

Birthler, Wolfgang
Stark, Britta
Ziel, Alwin

DIE LINKE

Hammer, Frank
Stobrawa, Gerlinde
Wehlan, Kornelia

Dr. Bernig, Andreas
Dr. Hoffmann, Gerd-Rüdiger
Weber, Karin

CDU

Dombrowski, Dieter
Richstein, Barbara

Helm, Dieter
Schulz, Monika

DVU

Nonninger, Markus

Fechner, Birgit

Ausschussreferent: Riensche, Lars (Tel.: 966-1159)

Wahlprüfungsausschuss WPA

Vorsitzender: N. N. (DIE LINKE)

Stellvertretender Vorsitzender: Bochow, Klaus (SPD)

Ordentliche Mitglieder

Stellvertretende Mitglieder

SPD

Bochow, Klaus
Fischer, Tina
Holzschuher, Ralf

Dr. Klocksin, Jens
Melior, Susanne
Ziel, Alwin

DIE LINKE

Domres, Thomas
Loehr, Matthias
Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen

Große, Gerrit
Kaiser, Kerstin
Wehlan, Kornelia

CDU

von Arnim, Alard
Werner, Frank

Karney, Detlef
Schrey, Wilfried

DVU

Schuldt, Sigmar-Peter

Nonninger, Markus

Ausschussreferentin: Bley, Marion (Tel.: 966-1160)

Untersuchungsausschuss 4/1 UA 4/1

(zur Aufklärung der Verfahrenspraxis in Umsetzung der Vorschriften zur Abwicklung der Bodenreform nach Art. 233 EGBGB und der Verantwortung der Brandenburger Landesregierungen in diesem Prozess)

Vorsitzende: Lieske, Jutta (SPD)

Stellvertretender Vorsitzender: Görke, Christian (DIE LINKE)

Ordentliche Mitglieder

Stellvertretende Mitglieder

SPD

Günther, Thomas
Dr. Klocksinn, Jens
Lieske, Jutta
Melior, Susanne

Bischoff, Mike
Fischer, Tina
Schulze, Christoph

DIE LINKE

Christoffers, Ralf
Görke, Christian
Wehlan, Kornelia

Domres, Thomas
Krause, Thorsten
Mächtig, Margitta

CDU

Homeyer, Dierk
Schrey, Wilfried

Schier, Roswitha
Werner, Frank

DVU

Hesselbarth, Liane

Schulze, Norbert

Ausschussreferentinnen: Bley, Marion (Tel.: 966-1160)
Robert, Anke (Tel.: 966-1166)
Schmitz-Dörner, Monika (Tel.: 966 1195)

Rat für sorbische (wendische) Angelegenheiten Sorbenrat

Vorsitzender: Konzack, Harald

Stellvertretende Vorsitzende: Dr. Norberg, Madlena

Mitglieder:

Hanschke, Heinz-Jürgen

Konzack, Harald

Dr. Norberg, Madlena

Selleng, Günther

Woitow, Fritz

Ausschussreferentin: Dr. Schramm, Sabine (Tel: 966-1148)

Statistik

Grundlage der nachfolgenden Statistik sind die biografischen Angaben der Abgeordneten, die mit der Mandatsübernahme der Landtagsverwaltung zugelassen werden. Diese werden während der Wahlperiode auf dem aktuellen Stand gehalten. Änderungen und Ergänzungen finden in den Statistiken der Nachauflagen Berücksichtigung.

Zusammensetzung des Landtages seit 1990*

	Zahl der MdL	SPD	CDU	PDS	FDP	Bündnis 90	DVU
1. Wahlperiode 1990 - 1994	88	36	27	13 (PDS-LL)	6	6	-
2. Wahlperiode 1994 - 1999	88	52	18	18	-	-	-
3. Wahlperiode 1999 - 2004	89	37	25	22	-	-	5
4. Wahlperiode 2004 - 2009	88	33	20	DIE LINKE 29	-	-	6

* Die Statistik gibt die Zusammensetzung des Landtages nach dem Wahlergebnis wieder. Fraktionsaustritte oder Fraktionswechsel während der Wahlperiode finden keine Berücksichtigung.

Mitgliedschaft im Landtag Brandenburg nach Anzahl der Wahlperioden (WP)*

Frauen

	Eine WP	Zwei WP	Drei WP	Vier WP
SPD	7	2	3	1
DIE LINKE	6	5	1	2
CDU	3	1	3	-
DVU	-	2	-	-
Gesamt	16	10	7	3

Männer

	Eine WP	Zwei WP	Drei WP	Vier WP
SPD	7	5	2	6
DIE LINKE	8	3	2	2
CDU	1	7	3	2
DVU	1	3	-	-
Gesamt	17	18	7	10

Gesamt	33	28	14	13
---------------	-----------	-----------	-----------	-----------

* Die Statistik zeigt an, wie viele Abgeordnete dem Landtag seit wie vielen Wahlperioden angehören. Die Statistik berücksichtigt nicht, ob die Mitgliedschaft ununterbrochen oder nur während eines Teils der Wahlperiode bestanden hat.

Altersstruktur der Abgeordneten der 4. Wahlperiode

Frauen

Geburtsjahr	SPD	DIE LINKE	CDU	DVU	Gesamt
1930 - 1935	1	-	-	-	1
1936 - 1940	-	-	-	-	0
1941 - 1945	-	1	-	-	1
1946 - 1950	1	2	1	-	4
1951 - 1955	4	6	3	-	13
1956 - 1960	3	3	-	-	6
1961 - 1965	3	1	2	2	8
1966 - 1970	1	-	1	-	2
1971 - 1975	1	1	-	-	2
1976 - 1980	1	1	-	-	2
1981 - 1985	-	-	-	-	0
	15	15	7	2	39

Männer

Geburtsjahr	SPD	DIE LINKE	CDU	DVU	Gesamt
1930 - 1935	-	-	-	-	0
1936 - 1940	-	-	1	-	1
1941 - 1945	3	1	3	-	7
1946 - 1950	2	2	1	2	7
1951 - 1955	5	3	2	-	10
1956 - 1960	3	3	3	1	10
1961 - 1965	4	1	1	-	6
1966 - 1970	1	1	1	-	3
1971 - 1975	-	-	1	1	2
1976 - 1980	-	2	-	-	2
1981 - 1985	-	1	-	-	1
	18	14	13	4	49

Gesamt

Geburtsjahr	SPD	DIE LINKE	CDU	DVU	Gesamt
1930 - 1935	1	-	-	-	1
1936 - 1940	-	-	1	-	1
1941 - 1945	3	2	3	-	8
1946 - 1950	3	4	2	2	11
1951 - 1955	9	9	5	-	23
1956 - 1960	6	6	3	1	16
1961 - 1965	7	2	3	2	14
1966 - 1970	2	1	2	-	5
1971 - 1975	1	1	1	1	4
1976 - 1980	1	3	-	-	4
1981 - 1985	-	1	-	-	1
	33	29	20	6	88

Durchschnittsalter (2005): 48 Jahre

Jüngste Abgeordnete des Landtages Brandenburg der 4. Wahlperiode

Torsten Krause (DIE LINKE)	Jahrgang 1981
Peer Jürgens (DIE LINKE)	Jahrgang 1980
Carolyn Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)	Jahrgang 1980
Matthias Loehr (DIE LINKE)	Jahrgang 1977
Klara Geywitz (SPD)	Jahrgang 1976

Älteste Abgeordnete des Landtages Brandenburg der 4. Wahlperiode

Prof. Dr. Sieglind Heppener (SPD)	Jahrgang 1934
Jörg Schönbohm (CDU)	Jahrgang 1937
Alwin Ziel (SPD)	Jahrgang 1941
Dieter Helm (CDU)	Jahrgang 1941
Gunter Fritsch (SPD)	Jahrgang 1942

Weibliche Mitglieder des Landtages Brandenburg der 4. Wahlperiode

Fraktion	Anzahl der Frauen (Gesamtzahl der Fraktionsmitglieder)	Frauenanteil im Verhältnis zur Fraktion	Frauenanteil der Fraktionen am Gesamtanteil der Frauen
SPD	15 (33)	45,45 %	17,05 %
DIE LINKE	15 (29)	51,72 %	17,05 %
CDU	7 (20)	35,00 %	7,95 %
DVU	2 (6)	33,33 %	2,27 %
Gesamt:	39 (88)	-	44,32 %

Stand: November 2008

Berufe der Mitglieder des Landtages Brandenburg der 4. Wahlperiode (alphabetisch geordnet)

Die Übersicht enthält auch Mehrfachabschlüsse. Die in Klammern gesetzten Zahlen geben die Anzahl des genannten Berufsabschlusses wieder, fehlt diese Angabe, ist dieser Beruf nur einmal vertreten.

Agrotechniker (2)
Altenpfleger
Arzt (3)
Bankangestellter
Baumaschinist
Bauzeichnerin
Betriebswirt
Bühnentechniker
Bürokauffrau
Chemiefacharbeiter
Chemielaborant
Damenmaßschneiderin
Dipl.-Agraringenieur (2)
Dipl.-Biologin
Dipl.-Chemieingenieurin (FH)
Dipl.-Erzieherin
Dipl.-Finanzökonomin
Dipl.-Gesellschaftswissenschaftler (5)
Dipl.-Historiker
Dipl.-Ingenieurin für Bergbautechnik/Tagebau (FH)
Dipl.-Ingenieur für biomedizinische Kybernetik
Dipl.-Ingenieur für chemische Technologie (FH)
Dipl.-Ingenieurin für Gebietsplanung und Städtebau
Dipl.-Ingenieur für Hochfrequenztechnik
Dipl.-Ingenieur für Informationsverarbeitung
Dipl.-Ingenieur für Kratfwerkstechnik
Dipl.-Journalistin
Dipl.-Kauffrau
Dipl.-Landwirt (3)
Dipl.-Lehrer (11)
Dipl.-Philosoph (2)
Dipl.-Politikwissenschaftler
Dipl.-Politologe (3)
Dipl.-Staatswissenschaftler (2)
Dipl.-Verwaltungswirt
Dreher (3)
Elektrofacharbeiter
Elektronikmonteur
Fachverkäuferin
Finanzkauffrau (2)
Fräser

Funkmechaniker
Heilerziehungspflegerin (staatlich anerkannt)
Heimerzieherin
Hochschullehrerin
Industrieelektroniker
Industriekauffrau
Informations- und Telekommunikations-Systemkaufmann
Instandhaltungsmechaniker (2)
Jugendsozialarbeiter
Jurist (4)
Klubleiter (2)
Krippenerzieherin
Krankenschwester (2)
Landmaschinen- und Traktorenschlosser
Lehrer (4)
Maler
Maschinenbauer
Maschinenbauteilkonstrukteurin
Mathematikprofessorin
Maurer
Mechanikerin
Notargehilfin
Ökonom
Pferdewirt
Rinderzüchter
Schiffbauer (2)
Schweißer
Soldat
Sonderpädagogin
Sozialversicherungsangestellte
Sprachwissenschaftlerin
Staatlich geprüfter Hochbautechniker
Teilkonstrukteurin
Theologe
Tierarzt
Uhrmacherin
Verwaltungsangestellter
Verwaltungsbeamter
Verwaltungsfachwirtin
Vollmatrose
Vulkaniseurmeister
Werkzeugmacher (2)
Wissenschaftshistoriker
Wirtschaftskauffrau (2)
Zahntechniker

Berufsstruktur (Abschlüsse):

Akademische Berufe (Universität und FH):	62 MdL
Facharbeiter:	47 MdL
Lehre im öffentlichen Dienst:	7 MdL

Tätigkeiten vor der Mandatsübernahme bzw. während des Mandates:

Beamte:	17 MdL	19,31 %
Angestellte:	54 MdL*	60,22 %
Öffentlicher Dienst:	18 MdL	
Angestellte von Parteien, Verbänden oder sonstigen Organisationen:	9 MdL	
Angestellte der Fraktionen bzw. Mitarbeiter von Abgeordneten:	14 MdL	
Angestellte in der Privatwirtschaft:	16 MdL	
Selbstständige:	10 MdL	11,36 %
Studenten:	3 MdL	3,41 %
Hausfrau:	1 MdL	1,14 %
Altersrentner:	1 MdL	1,14 %

* Zwei Abgeordnete hatten vor der Abgeordnetentätigkeit je zwei Angestelltenverhältnisse.

Der Landtag Brandenburg

Die Stellung des Landtages im brandenburgischen Verfassungsgefüge

Wie in der gesamten Bundesrepublik Deutschland ist der Staatsaufbau des Landes Brandenburg nach den Grundsätzen der Gewaltenteilung organisiert. Träger der Staatsgewalt ist nach Artikel 2 Abs. 2 der Verfassung des Landes Brandenburg das Volk. Dieses übt die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch die aufgrund der Verfassung bestellten Organe aus.

Eine zentrale Funktion kommt dem Landtag zu. Als "gewählte Vertretung des Volkes", wie es in Artikel 55 Abs. 1 der Verfassung des Landes Brandenburg heißt, steht der Landtag im Mittelpunkt der repräsentativen Demokratie. Als einziges unmittelbar vom Volk gewähltes Verfassungsorgan repräsentiert er das Staatsvolk des Landes Brandenburg und bringt in seinen Entscheidungen dessen politischen Willen zum Ausdruck. Der Landtag ist das Organ der Gesetzgebung (das in der Landesverfassung vorgesehene Gesetzgebungsverfahren durch Volksentscheid bildet in der Praxis die Ausnahme).

Die vollziehende Gewalt liegt in den Händen der Landesregierung, der Verwaltungsbehörden und der kommunalen Selbstverwaltungsorgane.

Die Rechtsprechung ist unabhängigen Richtern anvertraut.

Die gesetzgebende Gewalt (Legislative), die vollziehende Gewalt (Exekutive) und die Rechtsprechung (Judikative) handeln unabhängig voneinander. Die Aufgaben der drei Elemente der Gewaltenteilung und ihre Beziehungen zueinander sind in der Verfassung des Landes Brandenburg geregelt.

1. Die Legislative besteht aus den vom Volk gewählten Vertretern (Parlament). Sie beschließt die Gesetze.
2. Die Exekutive (Regierung und Verwaltung) führt die Gesetze aus. Der Ministerpräsident wird von der Legislative gewählt. Die Legislative kontrolliert das Handeln der Exekutive.
3. Die Judikative übt die Rechtsprechung aus (Gerichte). Sie ist lediglich an Recht und Gesetz gebunden. Diese Unabhängigkeit gilt gegenüber der Exekutive und der Legislative.

Legislative
(gesetzgebende
Gewalt)
Parlament

Exekutive
(vollziehende
Gewalt)
Regierung

Judikative
(Recht sprechende
Gewalt)
Gerichte

Aufgaben:

Gesetzgebung

**Ausführung der
Gesetze**

Rechtsprechung
Auslegung des Rechts
Anwendung der
Rechtssätze auf den
Einzelfall
Kontrolle der
Vereinbarkeit der
Gesetze mit
der Verfassung

Vorbereitung von Gesetzentwürfen und
Einbringung in die parlamentarische Beratung

Kontrolle durch:

**Verpflichtungen
der Landesregierung:**

- Anträge →
- Kleine Anfragen →
- mündliche Anfragen →
- Dringliche Anfragen →
- Große Anfragen →
- Aktuelle Stunden →
- Untersuchungs-
ausschüsse →
- Konstruktives
Misstrauensvotum →

Unterrichtungspflicht

Antworten,
Stellungnahmen

Anwesenheitspflicht

Als Ausdruck seiner Stellung sind dem Landtag durch die Verfassung bestimmte Rechte zugewiesen. Dazu gehört in allererster Linie das Recht zur Selbstorganisation. Es umfasst die Wahlprüfung und die Feststellung, ob ein Abgeordneter sein Mandat im Landtag verloren hat (Artikel 63 Abs. 1), die Wahl seiner Gremien (Artikel 69 und 70), das Recht zum Erlass einer eigenen Geschäftsordnung (Artikel 68) und die Bestimmung seines Haushaltes. Ein weiteres Recht des Landtages ist das in Artikel 64 der Verfassung verankerte Selbstversammlungsrecht, wonach der Landtag durch den Präsidenten oder auf Verlangen von mindestens einem Fünftel seiner Mitglieder einberufen werden kann, sowie das Recht, sich durch Beschluss einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder aufzulösen (Auflösungsrecht).

Die Aufgaben des Landtages

Die Verfassung des Landes Brandenburg schreibt dem Landtag bestimmte Aufgaben und Befugnisse zu.

Gesetzgebungsfunktion

Das Recht, Gesetze zu beschließen, gehört mit zu den wichtigsten Aufgaben jedes demokratisch gewählten Parlamentes. Die Zuständigkeiten sind dabei zwischen dem Bund und den Bundesländern aufgeteilt und durch das Grundgesetz (Artikel 70-75) genau geregelt. Die Gesetzgebungskompetenz der Landtage ist auf die Befugnis zum Erlass von Landesgesetzen beschränkt.

Die Befugnis zur Einbringung von Gesetzesvorlagen ins Parlament haben nach Artikel 75 der Verfassung des Landes Brandenburg die Mitglieder des Landtages (Abgeordnete, Fraktionen, Präsident, Präsidium, Ausschüsse) und die Landesregierung. Aber auch im Wege eines Volksbegehrens können Gesetze eingebracht werden. Im Wege eines Volksbegehrens können die Bürger die gesetzliche Regelung einer Angelegenheit fordern. Wenn eine ausreichende Zahl von Stimmberechtigten (Volksbegehren 80 000) das Gesetzesanliegen durch Unterschriften unterstützt, muss sich der Landtag mit dem Gesetzentwurf befassen und ihn genauso behandeln wie Gesetzentwürfe der Landesregierung oder aus der Mitte des Landtages. Entspricht der Landtag nicht binnen zwei Monaten dem Volksbegehren, so findet innerhalb von weiteren drei Monaten ein Volksentscheid statt.

Gesetzgebung in Brandenburg:

	Plenar- tagungen	Gesetz- entwürfe	Verabschie- dete Gesetze	Durch die Lan- desregierung eingereichte Gesetzentwürfe	Aus der Mitte des Landtages eingereichte Gesetzentwürfe
1. Landtag (1990-1994)	100	256	207	177	79
2. Landtag (1994-1999)	108	190	157	142	48
3. Landtag (1999-2004)	100	192	146	136	56

Die eingebrachten Gesetzentwürfe werden vom Plenum grundsätzlich in zwei Beratungen, so genannten Lesungen, behandelt.

In der ersten Lesung werden die Gesetzentwürfe begründet und in ihren Grundsätzen beraten (Grundsatzdebatte). Am Schluss der ersten Lesung kann die Überweisung eines Gesetzentwurfs an einen oder mehrere Aus-

schüsse beschlossen werden. Im Ausschuss wird der Gesetzentwurf von den Abgeordneten überarbeitet. Die Ausschüsse sind zur baldigen Erledigung der ihnen überwiesenen Beratungsgegenstände verpflichtet. Wird ein Gesetzentwurf zugleich an mehrere Ausschüsse überwiesen, ist ein Ausschuss als federführend zu bestimmen. In den Ausschüssen wird der Gesetzentwurf im Einzelnen behandelt und mit einer Beschlussempfehlung dem Plenum zur zweiten Beratung wieder zugeleitet. Wurden in den Ausschussberatungen Änderungen beschlossen, so sind diese dem Gesetzentwurf gegenüberzustellen.

Ein Gesetzentwurf kann aber auch in der ersten Lesung abgelehnt werden, womit sich eine weitere Befassung erledigt hat.

In der zweiten Lesung wird der Gesetzentwurf vom Plenum im Einzelnen beraten. Am Ende der zweiten Beratung stimmt der Landtag darüber ab, ob der Gesetzentwurf - mit den beschlossenen Änderungen - angenommen wird (Schlussabstimmung). Solange die Aussprache im Plenum zum Beratungsgegenstand nicht geschlossen ist, können Fraktionen oder einzelne Abgeordnete noch Änderungsanträge stellen. Liegen Änderungsanträge vor, wird zunächst über diese abgestimmt. Gesetzentwürfe werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen beschlossen, sofern nicht durch die Verfassung etwas anderes festgeschrieben ist. So bedürfen z. B. verfassungsändernde Gesetzentwürfe einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages.

Gesetzentwürfe zur Änderung oder Ergänzung des Wortlauts der Verfassung werden in drei Lesungen beraten, ebenso der Entwurf des Haushaltsgesetzes oder von Nachträgen hierzu. Eine dritte Lesung findet auch auf Antrag einer Fraktion oder eines Fünftels der Mitglieder des Landtages statt.

Die verabschiedeten Gesetze werden anschließend durch den Landtagspräsidenten ausgefertigt, d. h. deren Urfassung wird durch die Unterschrift des Präsidenten beurkundet, und im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg (Teil I - Gesetze) verkündet.

Das Gesetzgebungsverfahren



Kontrollfunktion

Neben der Gesetzgebung hat der Landtag auch die wichtige Aufgabe, die Tätigkeit der Landesregierung und die der ihr unterstellten Landesverwaltung zu kontrollieren. Die Abgeordneten kontrollieren nicht nur nachträglich das Handeln der Regierung, sondern in ihren Aufgabenbereich fallen auch Mitwirkungs- und Steuerungsrechte hinsichtlich des politischen Handelns. Der Begriff der Kontrolle besitzt daher im parlamentarischen Verständnis eine doppelte Bedeutung. Er beinhaltet zum einen die nachträgliche Überprüfung, Beanstandung oder Billigung des staatlichen Handelns, zum anderen formuliert das Parlament aber auch Empfehlungen und Erwartungen für künftiges Handeln.

In der öffentlichen Wahrnehmung verläuft jedoch die Trennlinie bei der Kontrolle vielfach nicht zwischen Regierung und Parlament, sondern zwischen der Regierung und der (den) sie tragenden Fraktion(en) auf der einen und der Opposition auf der anderen Seite. Während die Kontrolle durch die Regierungsfraktion(en) auch intern durch vorherige Abstimmung erfolgt, fällt die Funktion der öffentlichen Kontrolle mehr der Opposition zu.

Zur Ausübung der Kontrollfunktion hat sich in der Praxis ein vielfältiges Instrumentarium herausgebildet.

- Einen breiten Raum bei der Kontrolle der Landesregierung nimmt das parlamentarische Rede- und Fragerecht ein. Jeder Abgeordnete hat das Recht, im Landtag das Wort zu ergreifen, Anfragen und Anträge zu stellen sowie an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen (Artikel 56 Abs. 2 der Verfassung des Landes Brandenburg). Parlamentarische Anfragen hat die Landesregierung unverzüglich nach bestem Wissen und vollständig zu beantworten. Das Fragerecht ist durch die Geschäftsordnung des Landtages näher ausgestaltet. Durch Große, Kleine, mündliche und Dringliche Anfragen können von der Landesregierung in vielfältiger Weise Auskünfte begehrt werden, die sich auf Sachverhalte beziehen, die in der Zuständigkeit der Landesregierung liegen. So dienen z. B. die Großen Anfragen im Wesentlichen der allgemeinen politischen Richtungskontrolle. Sie betreffen meist landesweite Probleme oder fachspezifische Angelegenheiten von überregionaler Bedeutung und besonderem politischen Gewicht. Sie können von einer Fraktion oder von mindestens einem Fünftel der Abgeordneten eingebracht werden (§ 58 der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg) und müssen von der Landesregierung innerhalb von drei Monaten schriftlich beantwortet werden. Anschließend werden sie auf die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung gesetzt.

Die Kleinen Anfragen beziehen sich in der Regel nur auf einzelne Fälle, überschaubare Fallgruppen oder einzelne Maßnahmen der Landesregierung bzw. der ihr unterstehenden Verwaltung. Sie können von jedem

Abgeordneten schriftlich gestellt werden (§ 60 der Geschäftsordnung) und müssen von der Landesregierung binnen vier Wochen schriftlich beantwortet werden.

Durch mündliche und Dringliche Anfragen können die Abgeordneten im Plenum, also vor der Öffentlichkeit, von der Landesregierung zu bestimmten Fragen kurzfristig Aufklärung und Stellungnahme verlangen. Mündliche Anfragen können von jedem einzelnen Abgeordneten an die Landesregierung gerichtet werden (§ 62 der Geschäftsordnung).

Dringliche Anfragen, die mit verkürzter Frist gestellt werden können, dienen der Aufklärung aktueller, oft auch politisch brisanter Fragen (Anlage 2 Nr. 2 der Geschäftsordnung) und bedürfen der Zulassung durch den Präsidenten im Einvernehmen mit dem Vizepräsidenten.

- Das Parlament kann sich bei der Kontrolle auch auf weit reichende Unterrichtungspflichten der Landesregierung stützen, die von der Verfassung vorgeschrieben sind. Die Landesregierung ist z. B. verpflichtet, den Landtag und seine Ausschüsse über die Vorbereitung von Gesetzen und Verordnungen, über Grundsatzfragen der Raumordnung, der Standortplanung und die Durchführung von Großvorhaben frühzeitig und vollständig zu unterrichten (vgl. Artikel 94 der Verfassung des Landes Brandenburg). Diese Pflicht besteht ferner bei Gegenständen von grundsätzlicher Bedeutung, auch für die Vorbereitung wichtiger Verwaltungsvorschriften, für die Mitwirkung im Bundesrat sowie für die Zusammenarbeit mit dem Bund, anderen Bundesländern, anderen Staaten und der EU.

Schließlich dient auch die rechtzeitige Einschaltung des Landtages bei beabsichtigten Anmeldungen der Landesregierung zu den Rahmenplänen nach Artikel 91 a des Grundgesetzes sowie bei den beabsichtigten Vereinbarungen nach Artikel 91 b des Grundgesetzes (Gemeinschaftsaufgaben) dazu, dass der Landtag seine verfassungsmäßige Kontrollfunktion wirksam und umfassend wahrnehmen kann.

- Der Landtag und seine Ausschüsse können nach Artikel 66 Abs. 1 der Verfassung des Landes Brandenburg die Anwesenheit eines jeden Mitglieds der Landesregierung verlangen (Zitierrecht).
- Schärfste "Waffe" der parlamentarischen Kontrolle ist das Recht des Landtages, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Seine Aufgabe ist es, Sachverhalte zu untersuchen, deren Aufklärung im öffentlichen Interesse liegt. In einem strafprozessähnlichen Verfahren werden Landesregierung, ihre Beauftragten und auch Dritte im Rahmen von öffentlichen Beweiserhebungen als Zeugen vernommen. Die Vernehmung und Vereidigung von Zeugen und Sachverständigen, die Beantragung der Verhängung von Zwangsmitteln bei Gericht gegenüber Zeugen u. v. m. gehören zu den besonderen Rechten der Untersuchungsausschüsse.

Über das Ergebnis seiner Untersuchungen hat der Ausschuss dem Landtag einen Abschlussbericht zu erstatten. Jedes Ausschussmitglied hat das Recht, seine abweichende Meinung darzulegen, die dem Bericht anzuschließen ist. In der vergangenen Wahlperiode wurden durch den Landtag drei Untersuchungsausschüsse eingesetzt, die sich mit dem Flughafen Berlin-Schönefeld sowie mit der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) und der Chipfabrik in Frankfurt (Oder) beschäftigten.

- Die Einsetzung von Enquetekommissionen (Artikel 73 der Verfassung des Landes Brandenburg) zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe - so genannte Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Politik - ist ein weiteres Kontrollinstrument des Parlaments gegenüber der Landesregierung. Eine Enquete-Kommission wird durch mehrheitlichen Beschluss des Landtages (so genannte Mehrheits-Enquete) oder auf Verlangen eines Drittels der Mitglieder des Landtages (so genannte Minderheiten-Enquete) eingesetzt. Die Landesregierung ihrerseits ist verpflichtet, die Kommission mit Auskünften und Aktenvorlagen zu unterstützen.
- Des Weiteren wirken im Landtag einige besondere Gremien, die wichtige parlamentarische Kontrollrechte wahrnehmen. Nach § 23 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes unterliegt die Landesregierung in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK), der maximal fünf Abgeordnete angehören. Dabei muss die Opposition angemessen vertreten sein. Die Landesregierung ist nach dem Verfassungsschutzgesetz verpflichtet, die PKK umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde, über Vorgänge von besonderer Bedeutung und - auf Verlangen der Kommission - auch über Einzelfälle zu informieren. Die PKK kann von der Landesregierung alle für ihre Kontrollaufgaben erforderlichen Auskünfte, Unterlagen, Akten- und Dateneinsichten, Stellungnahmen und den Zutritt zur Verfassungsschutzbehörde verlangen und auch Bedienstete zum Sachverhalt befragen.
- Die G10-Kommission, die ihren Namen nach dem Artikel 10 des Grundgesetzes, der die Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses in gesetzlich geregelten Einzelfällen vorsieht, erhalten hat, ist ein weiteres parlamentarisches Kontrollgremium. Sie hat die Möglichkeit, die freiheitliche demokratische Grundordnung im Bund oder in den Ländern zu schützen, und die Aufgabe, die vom Ministerium des Innern angeordneten Beschränkungsmaßnahmen zu überprüfen. Das zuständige Innenministerium ist verpflichtet, die Kommission unverzüglich über die von ihm angeordneten Beschränkungsmaßnahmen (z. B. das Abhören von Telefongesprächen durch die Verfassungsschutzbehörde des Landes) zu unterrichten. Bei Gefahr im Verzug kann die Unterrichtung der Kommission auch bis zu einer Woche nach Vollzug der Maßnahme erfolgen.

Wahlfunktion

Eine weitere wichtige Aufgabe des Landtags ist es, den Ministerpräsidenten zu wählen. Der Landtag wählt ihn mit der Mehrheit seiner Mitglieder ohne Aussprache in geheimer Abstimmung (Artikel 83 Abs. 1 der Verfassung des Landes Brandenburg).

Der Ministerpräsident beruft und entlässt die Minister. Sie zusammen bilden die Landesregierung und stehen somit an der Spitze der vollziehenden Gewalt. Der Regierung obliegt die Leitung und Verwaltung des Landes.

Nach der Verfassung des Landes Brandenburg wählt der Landtag zudem:

- die Mitglieder des Landesrechnungshofes (Artikel 107 Abs. 2)
- die Mitglieder des Landesverfassungsgerichts (Artikel 112 Abs. 4)
- den Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht (Artikel 74)
- Mitglieder verschiedener Gremien wie der G10-Kommission und der Parlamentarischen Kontrollkommission, den Rat für sorbische (wendische) Angelegenheiten, den Richterwahlausschuss, die Vertreter des Landtages im Landesjugendhilfeausschuss und im Rundfunkrat des RBB.

Haushaltskontrolle

Das Budgetrecht oder Etatrecht des Parlaments, also die Befugnis, darüber zu entscheiden, wofür wie viel Geld ausgegeben wird, gilt traditionell als das Königsrecht einer demokratisch gewählten Volksvertretung. Die Kompetenzzuweisung an den Landtag erfolgt durch Artikel 101 Abs. 3 der Verfassung des Landes Brandenburg, wonach der Haushaltsplan für ein Haushaltsjahr oder mehrere Haushaltsjahre per Gesetz festzustellen ist. Die Kontrolle, die die Abgeordneten über den von der Landesregierung aufgestellten Entwurf des Haushaltsplanes ausüben, hat den Charakter einer Generalabrechnung mit der Arbeit der Landesregierung und umfasst die Prüfung, Änderung und Genehmigung des Haushaltsentwurfs. Da sämtliche ausgabeträchtigen Regierungs- und Verwaltungstätigkeiten der haushaltsmäßigen Absicherung bedürfen, kommt dem Haushaltsplan eine entscheidende politische Bedeutung zu, da mit ihm über die im Folgejahr zu lösenden Aufgaben entschieden wird. Über die Verwendung aller Einnahmen und Ausgaben, das Vermögen und die Schulden des Landes legt der Finanzminister vor dem Landtag nach jedem Haushaltsjahr Rechenschaft ab. Der vom Landtag gewählte Landesrechnungshof prüft die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes einschließlich seiner Sondervermögen und Betriebe.

Öffentlichkeitsfunktion

Der Landtag versteht sich als Forum der politischen Willensbildung. Hier treffen in öffentlichen Debatten die Positionen der im Parlament vertretenen politischen Parteien aufeinander, die Regierung muss den Parlamentariern Rede und Antwort stehen und die Abgeordneten nehmen als Volksvertreter öffentlich Stellung zu den Angelegenheiten des Landes.

Die Aufnahme und Umsetzung der politischen Meinungen der Bürgerinnen und Bürger in staatliche Entscheidungen gehört zu den zentralen Aufgaben des Landtags. Je intensiver die Abgeordneten die Interessen und Sorgen der Menschen wahrnehmen und vertreten, umso mehr können sie im Parlament die Besonderheiten und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zum Ausdruck bringen und ihnen Geltung verschaffen. Einen großen Einfluss auf den Dialog zwischen den Volksvertretern und der Bevölkerung nehmen auch Presse, Funk und Fernsehen, da sie mitverantwortliches Medium für die öffentliche Meinungsbildung sind und insoweit eine Doppelfunktion wahrnehmen. Durch sie wird die öffentliche Meinung widergespiegelt, doch werden auch Meinungen durch sie erst zu solchen gemacht. Die Abgeordneten bedienen sich der Medien, um Stellungnahmen zu Beschlüssen und aktuellen Themen zu veröffentlichen, aber auch um ihre eigenen Ansichten und Positionen offen zu legen.

Überdies steht es jedem Bürger des Landes frei, sich an der politischen Diskussion zu beteiligen. Öffentliche Debatten, Anhörungen, Diskussionsrunden oder die Mitarbeit in Bürgerinitiativen bieten Raum für einen gemeinsamen Dialog zwischen Bürgern und Politikern.

Wahl und Konstituierung des Landtages Brandenburg und Regierungsbildung

Der Landtag Brandenburg wird für die Dauer von fünf Jahren gewählt (Artikel 62 der Verfassung des Landes Brandenburg). Die Neuwahl findet frühestens siebenundfünfzig und spätestens sechzig Monate nach Beginn der Wahlperiode statt. Den Wahltag - nach dem Landeswahlgesetz muss es ein Sonntag oder gesetzlicher Feiertag sein - bestimmt der Landtagspräsident im Einvernehmen mit dem Präsidium des Landtages.

Die Abgeordneten des Landtages Brandenburg werden in allgemeiner, unmittelbarer, gleicher, freier und geheimer Wahl gewählt. Diese fünf Wahlrechtsgrundsätze sind unabdingbare Erfordernisse eines demokratischen Wahlrechts (Artikel 22 Abs. 3 der Verfassung des Landes Brandenburg). Sie beziehen sich nicht nur auf die Stimmabgabe, sondern auf das gesamte Wahlverfahren von der Aufstellung der Kandidaten bis zur Feststellung des Wahlergebnisses.

Allgemein:	Wahlberechtigt sind alle Bürger, nicht nur bestimmte Stände, Klassen oder Schichten.
Unmittelbar:	Die Wahl erfolgt direkt, nicht über Wahlmänner wie bei der Wahl des Bundespräsidenten.
Frei:	Es gibt keinen Zwang, bestimmte Kandidaten oder eine bestimmte Partei oder überhaupt zu wählen.
Gleich:	Alle Wähler haben die gleiche Stimmenzahl und alle Stimmen haben den gleichen Wert.
Geheim:	Der Wähler hat das Recht, seine Wahlentscheidung gegenüber jedermann geheim zu halten.

Wahlberechtigt sind alle Bürger im Sinne des Artikels 22 Abs. 1 der Verfassung des Landes Brandenburg, die am Wahltag das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Monat im Land ihren ständigen Wohnsitz haben. Außerdem dürfen sie nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sein, d. h. das Wahlrecht nicht infolge eines Richterspruches verloren haben, nicht für die Besorgung aller Angelegenheiten einem Betreuer unterstellt sein oder sich aufgrund gesetzlicher Anordnungen in einem psychiatrischen Krankenhaus befinden (vgl. § 7 Brandenburgisches Landeswahlgesetz).

Wahlsystem

In § 1 des Brandenburgischen Landeswahlgesetzes ist die Wahl zum Landtag wie folgt beschrieben:

"Der Landtag besteht vorbehaltlich der sich aus diesem Gesetz ergebenden Abweichungen aus achtundachtzig Abgeordneten. Vierundvierzig Abgeordnete werden durch Mehrheitswahl in den Wahlkreisen und die übrigen durch Verhältniswahl nach den Landeslisten der Parteien, politischen Vereinigungen oder Listenvereinigungen auf der Grundlage der im Land abgegebenen Stimmen und unter Berücksichtigung der in den Wahlkreisen erfolgreichen Bewerber gewählt.

Jeder Wähler hat zwei Stimmen, eine Erststimme für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten, eine Zweitstimme für die Wahl einer Landesliste."

Dieses Wahlsystem bezeichnet man als "personalisierte Verhältniswahl", da es die Wahlsysteme der Personenwahl und der Verhältniswahl kombiniert.

Zwei Stimmen sind demzufolge durch den Wähler abzugeben. "Personifiziert" bezieht sich dabei auf die Erststimme, da der Wähler damit eine Kandidatin oder einen Kandidaten aus seinem Wahlkreis direkt in den Landtag entsenden kann (Direktmandat). Mit der Zweitstimme kann sich der Wähler hingegen für eine der Parteien, politischen Vereinigungen oder Listenvereinigungen entscheiden, von denen im Vorfeld der Wahl auf Landesebene Kandidatenlisten festgelegt werden. Über diesen Weg gelangt die Hälfte der Ab-

geordnet direkt und die andere Hälfte über die Landeslisten in den Landtag.

Bei der Verteilung der Sitze werden nur Parteien, politische Vereinigungen und Listenvereinigungen berücksichtigt, die mindestens 5 % der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder mindestens in einem Wahlkreis einen Sitz errungen haben. Eine Ausnahme von dieser Sperrklausel erfahren in Brandenburg Parteien, politische Vereinigungen oder Listenvereinigungen der Sorben. Erhält ein Kandidat in seinem Wahlkreis die Stimmenmehrheit (Erststimme), zieht er mit einem Direktmandat in den Landtag ein. Die Zweitstimme jedoch ist ausschlaggebend für das Kräfteverhältnis im Parlament, denn sie entscheidet über die Anzahl der Sitze im Parlament. Erhält eine Partei über Direktmandate in den Wahlkreisen mehr Sitze, als ihr nach dem Zweitstimmenanteil zustehen, bleiben ihr diese Sitze erhalten. Man spricht dann von Überhangmandaten. Für die übrigen Parteien werden durch die Vergabe von Ausgleichsmandaten diese Überhänge kompensiert und damit ein Ausgleich nach der Zweitstimme geschaffen. Durch Überhang- und Ausgleichsmandate können bis zu 110 Abgeordnete in den Landtag einziehen.

Wahlprüfung

Die Wahlprüfung ist Aufgabe des Landtages (Artikel 63 der Verfassung des Landes Brandenburg). Eine Prüfung der Gültigkeit der Wahlen zum Landtag erfolgt gemäß § 1 Wahlprüfungsgesetz nur auf Einspruch oder Antrag. Hierzu wird vom Parlament in der Regel bereits in der konstituierenden Sitzung ein Wahlprüfungsausschuss bestellt, der die Entscheidungen des Landtages vorbereitet. Einen Einspruch kann jeder Wahlberechtigte sowie der Landeswahlleiter und der Landtagspräsident in ihrer amtlichen Eigenschaft einlegen. Der Einspruch kann nur auf bestimmte Sachverhalte gestützt werden, zum Beispiel darauf, dass das Wahlergebnis rechnerisch unrichtig festgestellt worden ist oder gültige Stimmen für ungültig oder ungültige Stimmen für gültig erklärt worden sind und dadurch die Verteilung der Sitze beeinflusst worden ist.

Konstituierung des Landtages

Spätestens am dreißigsten Tag nach der Wahl tritt der Landtag zu seiner ersten - konstituierenden - Sitzung zusammen. Der Präsident des bisherigen Landtages beruft die Abgeordneten ein. Erst mit Zusammentritt des neuen Landtages endet die Amtszeit des bisherigen Landtages, sodass die Wahlperioden der Landtage ohne eine parlamentslose Zeit aufeinander folgen.

Den Vorsitz übernimmt bis zur Amtsübernahme des neu zu wählenden Präsidenten der Alterspräsident. Das Amt des Alterspräsidenten geht auf die französische Nationalversammlung zurück und basiert auf der Ansicht, dass das Parlament seine Leitungsorgane legitimerweise nur aus sich selbst

schaffen kann. Mit der Durchführung der Wahl des Präsidenten kann deshalb nur jemand aus der Mitte des neuen Parlaments betraut werden. Die dem Alter zugeschriebene Würde galt als Garantie für die für diese Aufgabe erforderliche Autorität. Deshalb wurde das älteste Mitglied der französischen Nationalversammlung mit dieser Aufgabe betraut. Auch das Land Brandenburg folgt dieser Tradition, sodass der nach dem Lebensalter älteste Abgeordnete die Leitung der Sitzung übernimmt. In der konstituierenden Sitzung des Landtages der 4. Wahlperiode am 13. Oktober 2004 hatte Jörg Schönbohm (CDU) das Amt des Alterspräsidenten inne.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der konstituierenden Sitzung teilt der Alterspräsident mit, welche Fraktionen sich wann gegründet haben und wer Vorsitzender, Stellvertreter und Parlamentarischer Geschäftsführer der jeweiligen Fraktion ist.

Die konstituierende Sitzung beginnt mit dem Namensaufruf der Abgeordneten. Danach wird die - meist nur vorläufige - Geschäftsordnung des Landtages in Kraft gesetzt und ggf. ein Beschluss zur Erarbeitung einer endgültigen Fassung der Geschäftsordnung gefasst. Mit dieser Aufgabe wird in der Regel der zu bestellende Hauptausschuss des Landtages betraut.

Nach Feststellung der Tagesordnung werden in getrennten Wahlgängen der Landtagspräsident, der Vizepräsident und die weiteren Mitglieder des Präsidiums gewählt. In der Regel legt die stärkste Fraktion ihren Wahlvorschlag für den Landtagspräsidenten vor. Die Wahl erfolgt offen, sofern es keine konkurrierenden Bewerber gibt und kein Abgeordneter widerspricht. Nach der Wahl des Landtagspräsidenten übernimmt dieser die Leitung der Sitzung. Anschließend wird der Vizepräsident gewählt. Den Wahlvorschlag unterbreitet regelmäßig die zweitstärkste Fraktion. Dennoch können sich wie bei der Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten weitere Bewerber der Wahl stellen. Bevor die weiteren Mitglieder des Präsidiums gewählt werden, wird ein Beschluss über die Stärke des Präsidiums herbeigeführt und danach einzeln über die Wahlvorschläge der Fraktionen abgestimmt.

Bildung einer Regierungsmehrheit

Die zweite große Aufgabe des neu gewählten Parlaments besteht in der Wahl des Ministerpräsidenten.

Aufgrund der politischen Meinungs- und Parteivielfalt kommt es in der Praxis bei Wahlen häufig vor, dass keine der in ein Parlament gewählten Parteien die absolute Mehrheit der zu vergebenden Sitze erringt. In diesem Fall kommt es zu einer Koalitionsbildung. Die Notwendigkeit eines solchen Zusammenschlusses ergibt sich aus dem Demokratieprinzip, das grundsätzlich die Bildung einer Regierung entsprechend dem mehrheitlichen Wählerwillen verlangt. Die Koalitionspartner sollten also zusammen mehr als die

Hälfte der Sitze im Parlament errungen haben, um nicht nur den Ministerpräsidenten zu wählen, sondern künftig auch Gesetze mit der Mehrheit beschließen zu können.

Bei der Auswahl des Koalitionspartners geht es nicht nur um die absolute Mehrheit und die Verteilung von Regierungsämtern, sondern auch um ein Mindestmaß an Übereinstimmung in inhaltlichen Fragen. Bevor eine Koalition endgültig zu Stande kommt, finden also in aller Regel Sondierungsgespräche in den verschiedensten Konstellationen statt, um die Perspektiven einer gemeinsamen Zusammenarbeit auszuloten.

Für den Wähler ist der Ausgang solcher Gespräche und Verhandlungen zu meist jedoch nicht völlig ungewiss. So haben die Erfahrungen der letzten Jahre und Jahrzehnte gezeigt, dass Parteien häufig zu bestimmten politischen Partnern tendieren. Innerhalb des politischen Spektrums gibt es somit Bündnisse, die sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene wiederholt anzutreffen sind. Bereits im Vorfeld der Wahl werden zudem durch die Verkündung von Umfrageergebnissen mögliche Koalitionen durchgespielt. Der informierte Wähler kann sich somit bereits vor der Wahl ein Bild davon machen, welche Koalition er durch sein Abstimmungsverhalten möglicherweise begünstigen wird.

Haben sich zwei oder mehr Partner schließlich zu einer Zusammenarbeit entschlossen, steht am Abschluss der Gespräche die so genannte Koalitionsvereinbarung. Sie enthält Aussagen zu allen Politikfeldern und legt damit die Schwerpunkte der gemeinsamen Regierungsarbeit fest. Darüber hinaus regelt sie die Organisation der Regierung, zum Beispiel die Verteilung und die Aufgabenbereiche der einzelnen Ressorts und die Bildung eines Koalitionsausschusses. Dem Koalitionsausschuss, der der Abstimmung und Verständigung zwischen den Koalitionspartnern dient, gehören in der Regel der Ministerpräsident, sein Stellvertreter sowie die Fraktionsvorsitzenden und die Landesvorsitzenden der jeweiligen Parteien an.

Bei der Verteilung der Ressorts spielt die politische Schwerpunktsetzung der jeweiligen Partner eine wesentliche Rolle. Auch die Wähler verbinden in der Regel konkrete Themen - z. B. aus dem Wahlkampf - mit der von ihr gewählten Partei, sodass die Koalitionspartner bestrebt sind, jeweils Verantwortung für bestimmte Ressorts zu übernehmen.

Nach einer so genannten Ampelkoalition (SPD, FDP, BÜNDNIS 90) in der 1. Wahlperiode und einer SPD-Alleinregierung in der 2. Wahlperiode wird Brandenburg seit 1999 von einer Koalition aus SPD und CDU regiert.

Regierungsbildung

Ist eine Regierungsmehrheit (Alleinregierung oder Koalition) gefunden, kann der Landtag einen Ministerpräsidenten wählen. Der Landtag wählt den Mi-

nisterpräsidenten mit der Mehrheit seiner Mitglieder ohne Aussprache in geheimer Abstimmung. Vorschlagsberechtigt ist hierbei jeder Abgeordnete, wobei der Vorgeschlagene selbst dem Parlament nicht angehören muss.

Sollte im ersten Wahlgang keiner der Vorgeschlagenen die erforderliche Mehrheit erhalten, findet ein zweiter Wahlgang statt. Kommt die Wahl auch hier nicht zustande, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen erhält. Kommt eine Wahl innerhalb von drei Monaten nach Konstituierung des Landtages nicht zustande - was in der Praxis allerdings sehr unwahrscheinlich ist -, so gilt der Landtag als aufgelöst und ein neues Parlament muss gewählt werden (vgl. Artikel 83 der Verfassung des Landes Brandenburg).

Vor Übernahme seiner Amtsgeschäfte leistet der Ministerpräsident vor dem Landtag einen Eid, in dem er mit oder ohne religiöse Beteuerung sinngemäß schwört, seine ganze Kraft dem Wohle des Volkes Brandenburgs zu widmen, sein Amt unparteiisch und gerecht auszuüben, die Verfassung und das Gesetz zu wahren und jedermann gegenüber Gerechtigkeit zu üben.

Der Ministerpräsident ernennt anschließend die einzelnen Minister (vgl. Artikel 84 der Verfassung des Landes Brandenburg). Die Kabinettsbildung durch den Ministerpräsidenten erfolgt durch die Aushändigung der Ernennungsurkunden an die Minister, die damit in einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis stehen. Auch die Minister leisten vor der Übernahme der Geschäfte vor dem Landtag einen Eid.

Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Regierungspolitik und ist dafür dem Landtag verantwortlich. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Minister den ihm anvertrauten Geschäftsbereich selbstständig und unter eigener Verantwortung gegenüber dem Parlament. Die Amtszeit des Ministerpräsidenten endet regulär mit dem Zusammentritt eines neuen Landtages. Sie kann jedoch vorzeitig enden, wenn das Parlament mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen neuen Ministerpräsidenten wählt (so genanntes konstruktives Misstrauensvotum). Umgekehrt kann auch eine gescheiterte Vertrauensfrage des Ministerpräsidenten an das Parlament zu einer vorzeitigen Beendigung seines Amtes führen. In beiden Fällen ist die Amtszeit der Minister ebenfalls beendet, da sie nicht vom Parlament, sondern vom Ministerpräsidenten ernannt werden und somit von dessen Amt abhängen. Dasselbe gilt, wenn der Ministerpräsident zurücktritt (Artikel 85 Abs. 1 der Verfassung des Landes Brandenburg).

Einen Ausblick auf die Schwerpunkte und Zielsetzungen der Politik der laufenden Wahlperiode gibt der Ministerpräsident in einer Regierungserklärung. In der sich anschließenden Aussprache im Plenum verteidigen die Regierungsfractionen ihre Konzeption, während die Opposition - entsprechend ihrer parlamentarischen Funktion - auf Schwachstellen und Lücken im Regierungskonzept aufmerksam macht, aber auch eigene Konzepte als Alternative zur Regierungspolitik anbieten kann.

Die Stellung der Abgeordneten

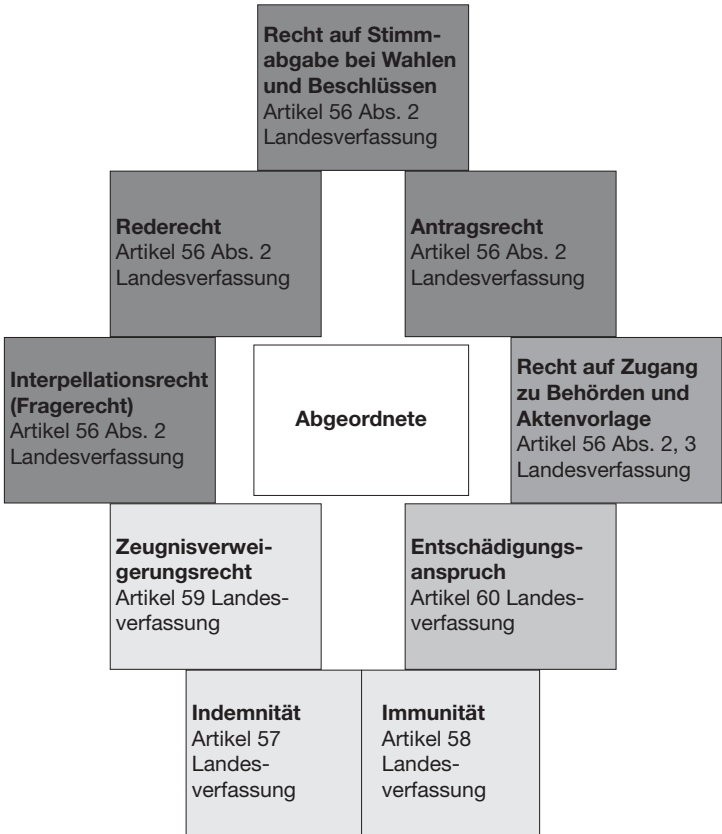
Artikel 56 Abs. 1 der Verfassung des Landes Brandenburg bestimmt: „Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes.“ Sie sind vom Volk gewählte Mitglieder des Parlaments und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Niemand darf einen Abgeordneten zwingen, gegen sein Gewissen oder seine Überzeugung zu handeln.





Ein gewählter Bewerber erwirbt die Mitgliedschaft im Landtag mit Eingang der auf die Benachrichtigung des Kreiswahlleiters (für einen direkt gewählten Wahlkreisbewerber) bzw. des Landeswahlleiters (für einen nach einer Landesliste gewählten Bewerber) erfolgenden schriftlichen Annahmeerklärung beim Landeswahlleiter (vgl. § 40 Brandenburgisches Landeswahlgesetz), jedoch nicht vor Ablauf der Wahlperiode des letzten Landtages. Gibt der gewählte Bewerber bis zum Ablauf der gesetzlichen Frist keine schriftliche Erklärung ab, gilt die Wahl zu diesem Zeitpunkt als angenommen. Die Annahme- oder Ablehnungserklärung kann nicht widerrufen werden. Abgeordnete können ihr Mandat vor Ablauf der Wahlperiode nur durch die in § 41 des Brandenburgischen Landeswahlgesetzes aufgeführten Gründe verlieren, nicht aber durch Misstrauensvotum der Wähler oder Ausschluss aus einer Fraktion.

Abgeordnete tragen durch ihre Arbeit für die Bevölkerung eine hohe Verantwortung. Um dieser Verantwortung gerecht werden zu können, besitzen sie eine besondere Rechtsstellung.

Mit der Annahme der Wahl erwerben die Mitglieder des Landtages Schutz-, Teilnahme- und Mitwirkungsrechte, allerdings auch damit korrespondierende Pflichten, die in der Landesverfassung, im Abgeordnetengesetz und in der Geschäftsordnung des Landtages geregelt sind.

Die Rechte der Abgeordneten



-  Teilnahme- und Mitwirkungsrechte
-  Individualrechte außerhalb des Parlaments
-  Entschädigungsanspruch
-  Schutzrechte

Die Schutzrechte, die in den Artikeln 57 bis 59 der Verfassung des Landes Brandenburg festgehalten sind, sollen die Unabhängigkeit der Abgeordneten und die Freiheit ihrer Entscheidungen wahren. Zu diesen Rechten gehört unter anderem das auf Indemnität, wonach ein Abgeordneter nicht wegen seiner Abstimmung oder einer Äußerung im Landtag, in einem seiner Ausschüsse oder in einer Fraktion gerichtlich oder dienstlich verfolgt werden darf. Ausgenommen von diesem Schutz sind verleumderische Beleidigungen. Das Recht auf Immunität, das Abgeordnete unter bestimmten Voraussetzungen genießen, beinhaltet einen Schutz vor Strafverfolgungs- und Strafvollstreckungsmaßnahmen, wenn durch sie die parlamentarische Arbeit beeinträchtigt wird. In Brandenburg bedarf es - anders als in anderen Bundesländern, die von einem prinzipiellen Bestehen der Immunität ausgehen - eines besonderen Landtagsbeschlusses, um einen Abgeordneten während der Wahlperiode vor Strafverfolgung zu schützen. Das Zeugnisverweigerungsrecht berechtigt die Mitglieder des Landtages, über alle Informationen, die sie in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete erhalten haben, sowie über alle entsprechenden Informanten das Zeugnis zu verweigern; kein Schriftstück, das sich auf solche Informationen oder Informanten bezieht, darf beschlagnahmt werden. Dieses Recht besteht auch nach Erlöschen des Mandates weiter.

Die so genannten Teilnahme- und Mitwirkungsrechte der Abgeordneten sind in Artikel 56 der Verfassung des Landes Brandenburg festgeschrieben:

- Abgeordnete dürfen im Landtag und in seinen Ausschüssen das Wort ergreifen.
- Abgeordnete haben das Recht, Anträge zu stellen.
- Abgeordnete haben das Recht, Fragen an die Landesregierung zu richten, welche unverzüglich, nach bestem Wissen und vollständig zu beantworten sind.
- Abgeordnete dürfen bei Wahlen und Beschlüssen ihre Stimme abgeben.
- Abgeordnete haben ein Recht auf Zugang zu Behörden und auf Aktenvorlage. Die Auskunft sowie die Vorlage der Akten und sonstigen amtlichen Unterlagen haben unverzüglich und vollständig zu erfolgen.

Zu den besonderen Rechten der Landtagsabgeordneten zählt auch ihr Anspruch auf eine - wie es die Verfassung in Artikel 60 formuliert - ihrer Verantwortung entsprechende und ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung (so genannte Diäten - lat. *dietae*: Tagegelder). Nach dem so genannten Diätenurteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1975 muss die Entschädigung für die Abgeordneten während der Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Parlament eine ausreichende Existenzgrundlage geben und außerdem der Bedeutung des Amtes unter Berücksichtigung der damit verbundenen Verantwortung und Belastung gerecht werden. Hintergrund dieser Entscheidung ist die Wahrung der Unabhängigkeit des Trägers eines freien Mandats, indem er durch die Höhe der Bezüge gegen Versuche außerparlamentarischer Einflussnahmen gefeit ist. Gäbe es die Diäten für Abgeordnete nicht,

wären nur Personen mit Vermögen oder hohen anderweitigen Einkünften in der Lage, ein Mandat wahrzunehmen, was wiederum weniger Vermögenden eine Mitarbeit im Parlament nicht ermöglichte. Neben der eigentlichen Arbeit im Parlament nehmen die Verpflichtungen der Abgeordneten in ihrem Wahlkreis, die Mitarbeit in kommunalen Gremien und parteiinterne Verpflichtungen einen breiten Raum ein. Gerade an den Abenden und den Wochenenden stehen die Abgeordneten in Bürgersprechstunden, Podiumsdiskussionen und anderen Veranstaltungen der Bevölkerung Rede und Antwort.

Die monatliche Entschädigung für die Abgeordneten des Landtages Brandenburg liegt gegenwärtig bei 4 390,20 Euro und ist steuerpflichtig. Die Höhe der Entschädigung von Abgeordneten richtet sich nach der Einkommensentwicklung der berufstätigen Bevölkerung des Landes Brandenburg und wird auf der Basis ausgewählter Indikatoren jährlich zum 1. Januar eines jeden Jahres angepasst. Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung müssen Abgeordnete selbst abführen, erhalten dafür aber einen Zuschuss in Höhe der Hälfte des tatsächlich zu zahlenden Beitrages zur Krankenversicherung. Von der Renten- und Arbeitslosenversicherung sind sie befreit.

Zu den so genannten Diäten kommen Aufwandsentschädigungen - eine so genannte Amtsausstattung - zur Abgeltung von Aufwendungen, die dem Abgeordneten durch die Ausübung seines Mandats entstehen und sowohl Geld- als auch Sachleistungen umfassen. Der Umfang der Aufwandsentschädigung ist in § 6 des Abgeordnetengesetzes festgelegt und beinhaltet eine steuerfreie monatliche allgemeine Kostenpauschale in Höhe von 586,30 Euro insbesondere für die Betreuung der Wahlkreise, Bürokosten, Porto und Telefon sowie sonstige mit der Ausübung des Mandats einhergehende Auslagen, eine Pauschale für Mehraufwendungen am Sitz des Landtages in Höhe von 243 Euro, für Fahrten in Ausübung des Mandats zum Sitz des Landtages und innerhalb des Landes in Höhe von 169 Euro für Abgeordnete, deren Wohnort am Sitz des Landtages liegt. Bei einer Entfernung des Wohnortes vom Sitz des Landtages bis 30 km erhalten Abgeordnete nochmals 169 Euro und für jeweils weitere 30 km Entfernung erfolgt eine Erhöhung um 169 Euro. Tatsächlich entstandene Kosten für die Unterhaltung angemessener Wahlkreisbüros (Mieten) werden bis maximal 500 Euro monatlich erstattet. Die Kosten für die Ausstattung eines Wahlkreisbüros mit Büromöbeln und -technik sind zum Teil ebenfalls erstattungsfähig. Auch erhalten die Abgeordneten bei Bedarf Angebote für Übernachtungsmöglichkeiten am Sitz des Landtages. Die Kosten hierfür werden nur teilweise erstattet. Darüber hinaus können die Abgeordneten bei Bedarf Fahrausweise für die Nutzung der Deutschen Bahn im Land Brandenburg gegen Bezahlung erhalten. Außerdem werden für Dienstreisen der Abgeordneten Reisekosten erstattet.

Zur Unterstützung bei der Erledigung ihrer parlamentarischen Arbeit werden den Mitgliedern des Landtages auch Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeitern ersetzt.

Abgeordnete, die das Mandat aufgrund ihrer Behinderung nur unter besonders erschwerten Bedingungen wahrnehmen können, erhalten auf Antrag den behinderungsbedingten Mehraufwand je nach dem Grad der Behinderung und der Erforderlichkeit der zur wirksamen Amtsausübung benötigten personellen und technischen Unterstützung, der nicht bereits durch Regelungen des Neunten Buches Sozialgesetzbuch abgegolten ist, erstattet.

Die Entschädigungsansprüche entstehen für einen gewählten Abgeordneten mit dem Tag der Annahme der Wahl, auch wenn die Wahlperiode des letzten Landtages noch nicht abgelaufen ist. Ein ausscheidender Abgeordneter erhält die Entschädigung bis zum Ende des Monats, in dem seine Mitgliedschaft ausläuft. Wird ein Abgeordneter nicht wiedergewählt oder scheidet er auf eigenen Wunsch aus dem Landtag aus, bekommt er ein Übergangsgeld, sofern er dem Landtag mindestens ein Jahr angehört hat. Das Übergangsgeld wird in Höhe der zum Zeitpunkt des Ausscheidens maßgebenden Entschädigung für mindestens drei Monate gewährt.

Der Abgeordnete darf mit Rücksicht auf sein Mandat keine anderen als die im Abgeordnetengesetz vorgesehenen Zuwendungen annehmen. Insbesondere darf einem Abgeordneten eine Vergütung aus einem Dienst- und Werkvertrag nur gewährt werden, soweit sie dem Wert einer vom Abgeordneten tatsächlich erbrachten und mit dem Mandat nicht zusammenhängenden Tätigkeit entspricht. Besondere Dienste, die der Abgeordnete seiner Fraktion leistet, dürfen von dieser vergütet werden.

Wer eine verbotene Zuwendung empfängt, hat sie, oder falls dies nicht möglich ist, ihren Wert an das Land abzuführen.

Den genannten Rechten der Mitglieder des Landtages stehen auch bestimmte Pflichten gegenüber, wie zum Beispiel diejenige, an der Arbeit des Landtages mitzuwirken - wobei sie grundsätzlich verpflichtet sind, an den Sitzungen des Landtages teilzunehmen -, die Ordnung zu wahren und die Verhaltensregeln zu beachten.

Die Abgeordneten sind nach § 30 des Abgeordnetengesetzes verpflichtet, ihren Beruf sowie andere entgeltliche und ehrenamtliche Tätigkeiten dem Landtag anzuzeigen. Dies gilt auch für die Annahme von Zuwendungen (Spenden), worüber Abgeordnete gesondert Rechnung zu führen haben. Wird der Vorwurf erhoben, dass ein Abgeordneter gegen diese Verhaltensregeln verstoßen hat, hat der Präsident den Sachverhalt aufzuklären und den betroffenen Abgeordneten anzuhören. Ergeben sich Anhaltspunkte für einen Verstoß, hat der Präsident gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Fraktion, der der betreffende Abgeordnete angehört, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Der Präsident teilt das Ergebnis der Überprüfung dem Landtag mit.

Jeder Abgeordnete erhält einen Fragebogen, in dem biografische Angaben abgefragt werden. Dazu gehören zum Beispiel Geburtstag und Geburtsort,

Familienstand, Kinder, Wohnanschrift, Angaben zu schulischen und beruflichen Abschlüssen, Fremdsprachen, vergüteten und ehrenamtlichen Tätigkeiten. Der ausgefüllte Fragebogen ist der Landtagsverwaltung umgehend zuzuleiten und dient als Grundlage für Veröffentlichungen unter anderem auch in diesem Handbuch. Steht ein Abgeordneter in einem Angestelltenverhältnis im öffentlichen Dienst des Landes, der Gemeinden oder anderer Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts und ihrer Verbände oder ist er Beamter mit Dienstbezügen, Berufsrichter, Staatsanwalt oder Soldat auf Zeit, so ruht für die Zeit der Mitgliedschaft im Parlament dieses Arbeits- bzw. Dienstverhältnis, denn nach § 28 des Abgeordnetengesetzes sind Amt und Mandat unvereinbar.

Die Gremien des Landtages und ihre Arbeitsweise

Präsident

An der Spitze des Landtages steht der Landtagspräsident, der nach jeder Landtagswahl in der konstituierenden Sitzung eines neuen Parlamentes mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt wird (vgl. Artikel 69 Abs. 1 der Verfassung des Landes Brandenburg).

Die Funktion des Parlamentspräsidenten wurde in der französischen Nationalversammlung 1789 eingeführt und in der Folgezeit von fast allen Parlamenten in Europa übernommen. Die Geschäftsordnung der Frankfurter Nationalversammlung 1848 sah die freie Wahl des Parlamentspräsidenten mit absoluter Stimmenmehrheit vor. Mit der Entwicklung der politischen Parteien aus den Parlamentsfraktionen und der Einführung des Verhältniswahlrechts in der Weimarer Republik wurde es zur Gepflogenheit, dass der Parlamentspräsident von der stärksten Fraktion gestellt wird.

Der Landtagspräsident wahrt die Würde und Rechte des Landtages, fördert seine Arbeiten und leitet die Verhandlungen gerecht und unparteiisch, d. h. er führt die Geschäfte unabhängig - auch von seiner eigenen Fraktion. Er kann nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages abgewählt werden.

Als höchster Repräsentant des Landes empfängt er zum Beispiel hohe Staatsgäste aus dem In- und Ausland, die mit Brandenburg Kontakte knüpfen und in den politischen Erfahrungsaustausch treten möchten.

Der Präsident vertritt den Landtag nach außen, d. h. im Rechtsverkehr mit anderen Staatsorganen, beim Abschluss von Rechtsgeschäften und in Rechtsstreitigkeiten, insbesondere in verfassungsgerichtlichen Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht oder dem Verfassungsgericht des Landes Brandenburg.

Der Präsident beruft das Parlament und das Präsidium ein. Auf Verlangen von mindestens einem Fünftel der Mitglieder des Landtages und auch auf Verlangen der Landesregierung muss er das Parlament unverzüglich einberufen. Der Landtagspräsident eröffnet, leitet und schließt die Parlamentssitzungen.

Der Präsident übt das Hausrecht und die Polizeigewalt im Landtagsgebäude aus, d. h. er hat für die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung Sorge zu tragen. Hierzu kann er selbst polizeiliche Verfügungen erlassen und die Polizeibehörde um Amtshilfe ersuchen. Durchsuchungen und Beschlagnahmen in den Räumen des Landtages bedürfen seiner Zustimmung.

In allen Ausschüssen des Landtages hat der Präsident beratende Stimme. Außerdem ist er oberste Dienstbehörde der Landtagsverwaltung. Ihm obliegt die Einstellung und Entlassung der Beschäftigten des Landtages.

Auf der Grundlage des Haushaltsplanes verfügt der Präsident über die Einnahmen und Ausgaben des Landtages.

Der Präsident entscheidet über die geschäftsordnungsmäßige Zulassung von Beratungsgegenständen und verfügt den Druck und die Verteilung aller den Abgeordneten zuzuleitenden Schriftstücke. Als Beratungsgegenstände werden Gesetzentwürfe, Anfragen, Anträge, Beschlussempfehlungen und Berichte der Ausschüsse und sonstige Beratungsmaterialien bezeichnet, die beim Landtagspräsidenten einzubringen sind. Verstößt ihr Inhalt gegen die parlamentarische Ordnung, erfüllt sie offenkundig den Tatbestand einer strafbaren Handlung oder bedeutet ihre Behandlung einen Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit, soll der Präsident die betreffenden Beratungsgegenstände zurückweisen. Die von Abgeordneten eingebrachten Großen, Kleinen, mündlichen und Dringlichen Anfragen übermittelt er der Landesregierung.

Der Präsident fertigt die verabschiedeten Gesetze und Beschlüsse aus, d. h. ihre Urfassung wird durch seine Unterschrift beurkundet, und verkündet die Gesetze im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg (Teil I - Gesetze).

Vizepräsident

Der Präsident wird bei Abwesenheit von einem Stellvertreter bei der Ausübung seiner Aufgaben vertreten. Sind Präsident und Vizepräsident verhindert, geht das Vertretungsrecht auf die anderen Mitglieder des Präsidiums in der Reihenfolge der Stärke der Fraktionen über.

Präsidium

Nach Artikel 69 Abs. 1 der Verfassung des Landes Brandenburg wählt der Landtag in seiner ersten Sitzung aus seiner Mitte ein Präsidium, bestehend aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und weiteren Mitgliedern. Jede Fraktion hat das Recht, mit mindestens einem Mitglied im Präsidium vertreten zu sein.

Das Präsidium des Landtages unterstützt den Landtagspräsidenten bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben und führt die Verständigung zwischen den einzelnen Fraktionen herbei. Es beschließt den Sitzungs- und Terminplan des Landtages und seiner Gremien sowie den Entwurf der Tagesordnung für die jeweilige Plenarsitzung und entscheidet in Einzelfällen über die Auslegung der Geschäftsordnung.

Auch Entscheidungen über die allgemeinen Angelegenheiten der Abgeordneten und der Landtagsverwaltung - sofern dies nicht dem Präsidenten allein vorbehalten oder anderweitig geregelt ist - und die Feststellung des Vorschlages für den Landtagshaushalt werden durch das Präsidium getroffen.

Ebenso gehört es zu den Aufgaben des Präsidiums, eine Einigung über die Verteilung der Ausschussvorsitze und deren Stellvertretungen herbeizuführen. Kommt keine Einigung zustande, erfolgt die Verteilung durch Zugriff der Fraktionen nach dem Verfahren Hare/Niemeyer.

Die regulären Präsidiumssitzungen finden in aller Regel eine Woche vor den Plenarsitzungen statt. Gemäß der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg ist der Präsident zudem verpflichtet, das Präsidium unverzüglich auf Antrag eines Fünftels der Präsidiumsmitglieder außerplanmäßig einzuberufen.

Ebenso wie der Landtagspräsident können auch der Vizepräsident und die weiteren Mitglieder des Präsidiums auf Antrag eines Fünftels der Abgeordneten des Landtages mit einer Zweidrittelmehrheit vom Landtag abgewählt werden (Artikel 69 Abs. 2 der Verfassung des Landes Brandenburg).

Fraktionen

Unmittelbar nach der Wahl beginnen sich im Landtag die Fraktionen zu konstituieren. Der Begriff der Fraktion wird in § 1 Abs. 1 des Fraktionsgesetzes wie folgt definiert:

"Fraktionen sind Vereinigungen von mindestens vier Mitgliedern des Landtages, die derselben Partei, politischen Vereinigung oder Listenvereinigung angehören oder von derselben Partei, politischen Vereinigung oder Listenvereinigung als Wahlbewerber aufgestellt worden sind. Sie wir-

ken mit eigenen Rechten und Pflichten als selbstständige und unabhängige Gliederungen an der Arbeit des Landtages mit und unterstützen die parlamentarische Willensbildung. Die Bildung einer Fraktion bedarf, soweit sie abweichend von Satz 1 oder nach Ablauf eines Monats seit der Konstituierung des Landtages erfolgt, der Zustimmung des Landtages."

Jede Fraktion gibt sich eine Geschäftsordnung, die als notwendige Fraktionsorgane die Fraktionsversammlung und einen Fraktionsvorstand oder einen Fraktionsvorsitzenden vorsehen muss. Die Namen der Vorsitzenden, ihrer Stellvertreter, der Parlamentarischen Geschäftsführer und der weiteren Mitglieder sind dem Präsidenten mitzuteilen und im Plenum bekannt zu geben.

Demokratischen Grundsätzen wird nicht nur in der Struktur der Fraktion gefolgt. Wird innerhalb der Fraktion über eine Frage mit Mehrheit abgestimmt, erkennt die unterlegene Minderheit diese Entscheidung in der Regel als mehrheitsfähig für das Plenum an und trägt die Entscheidung auch nach außen mit. Dies hat nichts mit dem so genannten Fraktionszwang zu tun. Abgeordnete sind Vertreter des ganzen Volkes und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Aus diesem Grund ist der Fraktionszwang nach der Verfassung verboten und widerspricht dem Grundsatz des freien Mandats. In ihren Entscheidungen sind die Abgeordneten lediglich ihrem Gewissen oder ihrer Überzeugung verpflichtet, nicht ihrer Fraktion. Die Geschlossenheit einer Fraktion ist oft das Ergebnis langer und intensiver Auseinandersetzungen. Hat sich die Fraktion mehrheitlich eine Meinung zu einer Sachfrage gebildet, wird von den einzelnen Fraktionsmitgliedern bei der Abstimmung im Plenum Fraktionsdisziplin erwartet. Diese kann aber nicht erzwungen werden. Beispielsweise kam es bei wichtigen Abstimmungen, z. B. zur Länderfusion oder zur Gemeindegebietsreform, zu abweichendem Abstimmungsverhalten innerhalb der Fraktionen.

Arbeitskreise

Genauso wie der Landtag Fachausschüsse spiegelbildlich zu den Ressorts der Landesregierung bildet, schaffen auch die Fraktionen Untergliederungen, so genannte Arbeitskreise, die ihre Entscheidungen vorbereiten. In diesen Arbeitskreisen sind im Unterschied zu den Ausschüssen nur Angehörige der jeweiligen Fraktion vertreten, zu deren Sitzungen auch Vertreter der Landesregierung sowie Fachexperten eingeladen werden können. Gleichzeitig stellen die Arbeitskreismitglieder in der Regel die Vertretung in den jeweiligen Fachausschüssen dar. Die Fraktion vertraut weitgehend auf deren Kompetenz und Urteil.

Fraktionsvorsitz und Fraktionsgeschäftsführung

Der Fraktionsvorsitzende führt die Fraktion politisch und organisatorisch. Er hat maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung politischer Inhalte, deren Koordination und Abstimmung mit der Partei. Er ist verantwortlich für den Zu-

sammenhalt der Fraktion, ihre politische Geschlossenheit im Parlament und ihre Außendarstellung.

Der Fraktionsgeschäftsführer leitet die Verwaltung der Fraktion. Dazu gehören Organisations-, Personal- und Finanzangelegenheiten. In der Regel ist der Fraktionsgeschäftsführer kein Abgeordneter, sondern ein angestellter Mitarbeiter der Fraktion.

Parlamentarische Geschäftsführer

Im Gegensatz zum Fraktionsgeschäftsführer ist der Parlamentarische Geschäftsführer stets auch Abgeordneter. Er koordiniert die parlamentarische Arbeit der Fraktion, nimmt Einfluss auf die Abläufe im Plenum und in den Ausschüssen. So sorgt er z. B. für die Benennung von Rednern, die in den Debatten für die Fraktion sprechen. Wichtig für seine Tätigkeit ist auch der Kontakt zu den Parlamentarischen Geschäftsführern der anderen Fraktionen, um erforderlichenfalls interfraktionelle Absprachen, die der Arbeit des Landtages dienlich sind, treffen zu können.

Fraktionsfinanzierung

Um ihre Aufgaben erfüllen zu können, haben die Fraktionen Anspruch auf finanzielle Mittel aus dem Landeshaushalt. Die Mittel setzen sich aus einem Grundbetrag für jede Fraktion, aus einem Betrag für jedes Mitglied und einem weiteren Zuschlag für jede Fraktion, die nicht die Landesregierung trägt (Oppositionszuschlag), zusammen. Leistungen nach dem Fraktionsgesetz dürfen die Fraktionen nur für Aufgaben verwenden, die ihnen nach der Verfassung des Landes Brandenburg, den Gesetzen und der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg obliegen. Eine Verwendung für Zwecke der Parteien ist unzulässig.

Der Anspruch auf Finanzmittel einer Fraktion entsteht mit dem Tag der Konstituierung der Fraktion, frühestens jedoch mit Beginn der Wahlperiode, und endet mit Ablauf des Monats, in dem die Vereinigung von Abgeordneten die Rechtsstellung als Fraktion verliert.

Über ihre Einnahmen und Ausgaben haben die Fraktionen Buch zu führen und über die ordnungsgemäße Verwendung ihrer Mittel bis zum 30. Juni des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres gegenüber dem Landtagspräsidenten Rechnung zu legen.

Fraktionslose Abgeordnete

Es kommt durchaus vor, dass Abgeordnete im Verlauf einer Wahlperiode z. B. aus Unzufriedenheit über die Arbeit der Fraktion aus ihr austreten oder aus ihr ausgeschlossen werden. Diese Parlamentarier gehören weiterhin dem Landtag an, und zwar als fraktionslose Abgeordnete.

Ein fraktionsloser Abgeordneter kann - wie jeder andere Abgeordnete - Beratungsgegenstände in die parlamentarische Arbeit einbringen. Dies ist in Brandenburg nicht an den Fraktionsstatus oder an eine bestimmte Anzahl von Abgeordneten gebunden. Er kann in einem Fachausschuss als stimmberechtigtes Mitglied mitarbeiten und hat Rederecht in den Landtagssitzungen.

Ausschüsse

Gemäß Artikel 70 Abs. 1 der Verfassung des Landes Brandenburg bestellt der Landtag aus seiner Mitte Ausschüsse. Sie spielen eine besondere Rolle für die Gesetzgebung und die Kontrolle der Regierung und sind das Herzstück der parlamentarischen Arbeit.

Ausschüsse sind parlamentarische Gremien, deren Aufgabe vor allem darin besteht, die Entscheidungen des Landtages vorzubereiten und Gesetzentwürfe zu bearbeiten. Sie prüfen die Gesetzesvorlagen in fachlicher und rechtlicher Hinsicht. An den Beratungen nehmen der zuständige Minister oder sein Vertreter (Staatssekretär) sowie Fachbeamte des jeweiligen Ministeriums teil. Zu ihrer Information können die Ausschüsse öffentliche oder nicht öffentliche Anhörungen durchführen. Dabei werden Sachverständige und sonstige Auskunftspersonen, insbesondere Vertreter betroffener Interessen, zu den anstehenden Fragen gehört. Der federführende Ausschuss beschließt endgültig über die Empfehlung, die dem Plenum zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Dabei entscheidet er auch, welche Vorschläge der mitberatenden Ausschüsse in die Empfehlung aufgenommen werden.

Die Ausschüsse werden im Rahmen der ihnen vom Landtag erteilten Aufträge tätig. Innerhalb ihres Aufgabenbereiches können sie sich jedoch auch aus eigener Initiative mit einer Sache befassen (so genanntes Selbstbefassungsrecht) und dem Landtag Empfehlungen unterbreiten. Die Ausschüsse können mit Zustimmung des Präsidiums zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse aus ihrer Mitte Unterausschüsse einsetzen.

Die Ausschüsse sind zur baldigen Erledigung ihrer Beratungsgegenstände verpflichtet. Auf Antrag einer Fraktion oder eines Fünftels der Mitglieder des Landtages muss bei Gesetzentwürfen und Anträgen spätestens sechs Monate nach der Überweisung in den Ausschuss Bericht erstattet oder ein schriftlicher Zwischenbericht gegeben werden. Kann ein Auftrag von einem Ausschuss nicht erledigt werden, gibt er ihn an den Landtag zurück.

Ausschussbesetzung

Die Zahl der Mitglieder eines Ausschusses wird auf Vorschlag des Präsidiums vom Landtag beschlossen. Der Ausschussvorsitzende und sein Stellvertreter werden auf Antrag der vom Präsidium vorgeschlagenen Fraktion

durch den Ausschuss gewählt. Jede Fraktion hat das Recht, mit mindestens einem Mitglied im Ausschuss vertreten zu sein. Auch ein fraktionsloser Abgeordneter kann in einem Ausschuss, der ihm vom Präsidium nach seiner Anhörung zugewiesen wird, mitarbeiten. Da die Ausschüsse entsprechend der zahlenmäßigen Stärke der Fraktionen besetzt werden, stellen sie gleichsam eine „spiegelbildliche Verkleinerung des Landtages“, ein „verkleinertes Parlament“ dar.

Die Ausschussmitglieder und ihre Stellvertreter werden von den Fraktionen selbst bestimmt. Da die Abgeordneten aus den unterschiedlichsten Berufsfeldern kommen und demzufolge verschiedene fachliche Kompetenz aufweisen, spielen bei der Besetzung der Ausschüsse fachliche Erfahrungen und Neigungen eine nicht unerhebliche Rolle. Im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport beispielsweise sind oftmals ehemalige Lehrer vertreten. Eine solche Entsprechung ist jedoch nicht zwingend, in einigen Fachbereichen ohnedies schwer realisierbar.

Ausschussstruktur

Die Festlegung, welche Ausschüsse mit welchen Aufgabenbereichen gebildet werden, ist gesetzlich weitestgehend nicht geregelt. Dem Parlament kommt in dieser Frage somit ein erheblicher Spielraum zu. Die thematische Gliederung der Ausschussarbeit folgt im Wesentlichen der Aufteilung der Regierungsarbeit auf die einzelnen Fachressorts, d. h. auf die Ministerien. Der Ausschuss für Inneres folgt demnach der fachlichen Zuständigkeit des Innenministeriums, der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur ist angelehnt an den Aufgabenbereich des gleichnamigen Ministeriums usw.

Traditionell misst man dem Hauptausschuss eine herausgehobene Bedeutung zu. Er ist zuständig für die Klärung von Fragen grundsätzlicher Art. Hinzu kommen Verfassungsfragen, die Geschäftsordnung des Landtages, Bundesangelegenheiten, die Beziehungen zwischen Berlin und Brandenburg sowie die Medienpolitik.

Besondere Bedeutung für die Bürger und Einwohner Brandenburgs besitzt der Petitionsausschuss, der alle Eingaben nach dem Petitionsgesetz prüft. Das Petitionsrecht aus Artikel 24 der Verfassung des Landes Brandenburg ist ein politisches Mitgestaltungsrecht des Bürgers, da ihm das Recht eingeräumt wird, sich einzeln oder gemeinschaftlich mit Anregung, Kritik oder Beschwerde an das Parlament zu wenden. Petitionsberechtigt ist jede Person, unabhängig von Alter und Staatsangehörigkeit. Der Petitionsausschuss als „Anwalt des Bürgers“ kann behördliche Entscheidungen überprüfen und gegebenenfalls auf Änderung, Aufhebung oder Erlass von Entscheidungen hinwirken. Allerdings handelt es sich hierbei lediglich um Empfehlungen, da der Ausschuss gegenüber Behörden kein Weisungsrecht besitzt.

Die ständigen Ausschüsse des Landtages der 4. Wahlperiode sind:

- Hauptausschuss
- Petitionsausschuss
- Ausschuss für Inneres
- Rechtsausschuss
- Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
- Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur
- Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
- Ausschuss für Wirtschaft
- Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz
- Ausschuss für Infrastruktur und Raumordnung
- Ausschuss für Haushalt und Finanzen
- Ausschuss für Haushaltskontrolle
- Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik
- Wahlprüfungsausschuss

Die ständigen Ausschüsse des Parlamentes tagen - abgesehen von Sonder-sitzungen - regelmäßig.

4. Wahlperiode		Sitzungsplan		Ausschüsse des Landtages	
Dienstag		Mittwoch		Donnerstag	
vormittags					
Fraktionssitzungen		A 7 Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	A 8 Ausschuss für Wirtschaft	A 1 Hauptausschuss	A 4 Rechtsausschuss
				A 11 Ausschuss für Haushalt und Finanzen	
nachmittags					
A 2 Petitionsausschuss	A 6 Ausschuss für Wissen-schaft, Forschung und Kultur	A 3 Ausschuss für Inneres			
A 12 Ausschuss für Haushaltskontrolle	A 9 Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz	A 5 Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport			
SR Rat für sorbische (wendische) Ange-legenheiten	A 13 Ausschuss für Europa-angelegenheiten und Entwicklungspolitik	A 10 Ausschuss für Infrastruktur und Raumordnung			

Vom Gesetzgeber ausdrücklich vorgeschrieben ist darüber hinaus der Wahlprüfungsausschuss, der die Gültigkeit der Wahlen zum Landtag auf Ein-spruch oder Antrag prüft.

Untersuchungsausschüsse, deren Einsetzung im Untersuchungsausschussgesetz (UAG) speziell geregelt ist, werden - im Gegensatz zu den ständigen Ausschüssen - ausschließlich bei Bedarf eingesetzt.

Artikel 25 der Verfassung des Landes Brandenburg sichert dem sorbischen Volk das Recht auf Schutz, Erhaltung und Pflege seiner nationalen Identität und seines angestammten Siedlungsgebietes zu. Dieses Recht umfasst die Förderung und Vermittlung der sorbischen Sprache und Kultur sowie die Mitwirkung sorbischer Vertreter bei der Gesetzgebung in Angelegenheiten der Sorben. Um dieses Recht zu gewährleisten, wird für die Dauer einer Wahlperiode ein Rat für sorbische (wendische) Angelegenheiten aus Angehörigen des sorbischen Volkes gebildet. Der Rat berät den Landtag. Er hat die Aufgabe, bei allen Beratungsgegenständen, durch die die Rechte der Sorben (Wenden) berührt werden können, deren Interessen zu wahren. Dazu kann er an Ausschusssitzungen zu sorbischen (wendischen) Angelegenheiten mit beratender Stimme teilnehmen und Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen und Anträgen im Ausschuss zur Sprache bringen.

Plenum

Unter Plenum (aus dem Lateinischen "das Volle", "das Ganze") wird im parlamentarischen Sprachgebrauch die Vollversammlung der Mitglieder verstanden. Das von der Gesamtheit aller Landtagsabgeordneten gebildete Plenum ist das Zentrum und das Symbol der parlamentarischen Demokratie. Hier spiegeln sich die Macht- und Interessenverhältnisse wider und hier geht es darum, Perspektiven für die Zukunft des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln. Alle Aktivitäten der Parlamentarier laufen hier zusammen. In Rede und Gegenrede werden die politischen Meinungen und Forderungen der im Landesparlament vertretenen Fraktionen zum Ausdruck gebracht.

Dem Plenum sind letztlich alle Zuständigkeiten des Landtags vorbehalten. Es sind die Beschlüsse und die Willensäußerungen des Plenums, die dem Landtag zugerechnet werden; die Entscheidungen anderer institutioneller Teile des Parlamentes - und seien sie von noch so vielen Mitgliedern getroffen - können diese Wirkung nicht haben. Aus diesen Gründen wird das Plenum auch schlechthin „der Landtag“ genannt.

Der Landtagspräsident lädt die 88 Abgeordneten des brandenburgischen Landtages in der Regel alle vier Wochen zu den Plenarsitzungen ein, die im Plenarsaal des Landtagsgebäudes an einem Mittwoch und Donnerstag stattfinden (bei Haushaltsberatungen tagt der Landtag zusätzlich freitags) und grundsätzlich öffentlich sind (Artikel 64 Abs. 2 der Verfassung des Landes Brandenburg). Oft füllen Schulklassen, politische Gruppen und andere politisch interessierte Bürger den Zuschauerbereich, um das Geschehen im Plenarsaal zu verfolgen und Einzelheiten über die Arbeit des Landesparlamentes

zu erfahren. Die verschiedenen Medien (Fernsehen, Rundfunk, Zeitungen) berichten ebenfalls regelmäßig über die Arbeit des Landtages. Nur bei Vorliegen von sachlichen Gründen kann die Öffentlichkeit mit einer Stimmenmehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Landtages ausgeschlossen werden. Die Entscheidung hierzu erfolgt in nichtöffentlicher Sitzung, ist aber öffentlich zu begründen.

Geschäftsordnung

Zu Beginn einer jeden Wahlperiode müssen die Abgeordneten gemäß Artikel 68 der Verfassung des Landes Brandenburg eine Regelung finden, die die Arbeitsabläufe im Parlament festlegt. Die schriftliche und somit verbindliche Fixierung dieser Regeln erfolgt in der Geschäftsordnung des Parlaments. Sie umfasst sämtliche Regeln, nach denen das Parlament bei der Durchführung seiner Aufgaben verfährt und an die es sich zu halten hat. Dazu gehören u. a. Regelungen für den Präsidenten und das Präsidium, die Sitzungsabläufe, die Redeordnung, Ordnungsbestimmungen oder das Gesetzgebungsverfahren.

Da hiervon in erster Linie die Abgeordneten betroffen sind, obliegt die Aufstellung der Geschäftsordnung ausschließlich dem jeweils amtierenden Landtag selbst - so genannte Parlamentsautonomie (Artikel 68 der Verfassung des Landes Brandenburg). Die Geschäftsordnung wird mit einfacher Mehrheit des Landtages beschlossen und kann jederzeit mit einfacher Mehrheit geändert werden.

Die Idee eines solchen parlamentsinternen Ordnungsverfahrens begründete bereits im 18. Jahrhundert der englische Jurist Jeremias Bentham. Er war der Überzeugung, ein arbeits- und funktionsfähiges Parlament bedürfe verbindlicher Verfahrensstrukturen und müsse demnach die „Freiheit aller Glieder sichern, die Minoritäten schützen, die Fragen, über die man beratschlagt, gehörig ordnen, eine methodische Verhandlung erzielen und als letztes Resultat zum treuen Ausspruch des allgemeinen Willens gelangen“. Die Geschäftsordnung ist somit die wichtigste Organisationsgrundlage der parlamentarischen Arbeit - auch unseres Landtages.

Entsprechend dem so genannten Grundsatz der Diskontinuität (zeitliche Unterbrechung) gelten Anträge, Vorlagen und Gesetzentwürfe, die am Ende der Wahlperiode nicht abgeschlossen sind, als erledigt. Ausnahmen hiervon sind Petitionen, Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide. Auch die Geschäftsordnung des Landtages verliert daher mit Ende jeder Wahlperiode ihre Gültigkeit und muss vom neu gewählten Parlament erneut beraten und beschlossen werden. Der Grund hierfür ist die - bereits in der Frankfurter Paulskirche formulierte - Auffassung, dass jedes Parlament nur für sich selbst beschließen kann und nicht einem personell neu besetzten Parlament vorgreifen darf.

Obwohl sich die grundlegenden Bestimmungen der Geschäftsordnung des Landtages in der parlamentarischen Arbeit bewährt haben und im Laufe der bisherigen Wahlperioden nur einzelne Veränderungen vorgenommen worden sind, erfolgte zu Beginn der 4. Wahlperiode eine ausführliche Überarbeitung der Geschäftsordnung, um neue und zeitbedingte Aspekte, z. B. die Übermittlung parlamentarischer Unterlagen in elektronischer Form, aufzugreifen.

Vorbereitung einer Plenarsitzung

Welche Gesetzentwürfe und sonstigen Beratungsgegenstände während der Plenarsitzung behandelt werden und wie lange über die jeweiligen Tagesordnungspunkte im Plenum gesprochen wird, entscheidet das Plenum selbst. Spätestens am siebenten Tag vor der Plenarsitzung ist hierzu durch das Präsidium der Entwurf der Tagesordnung zu beschließen.

Gesetzentwürfe, Anträge, Beschlussempfehlungen, schriftliche Berichte und Wahlvorschläge, die der Landtag in der Plenarsitzung behandelt, werden zuvor als Landtagsdrucksache an alle Mitglieder des Landesparlaments, an die Landesregierung, den Landesrechnungshof, den Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht sowie den Rat für sorbische (wendische) Angelegenheiten verteilt.

Um eine angemessene Vorbereitung zu gewährleisten, soll die Beratung von Gesetzentwürfen in erster Lesung frühestens am dreizehnten Tag und die von allen anderen Beratungsmaterialien frühestens am neunten Tag nach der Verteilung der Drucksachen beginnen. Die Beratung von Beschlussempfehlungen und Berichten der Ausschüsse kann am zweiten Tag nach ihrer Verteilung beginnen. Wird vor Eintritt in die Tagesordnung von mindestens einer Fraktion oder einem Fünftel der Mitglieder des Landtages Einspruch erhoben, weil die Frist nicht eingehalten wurde, wird der Beratungsgegenstand zurückgestellt.

Ablauf einer Plenarsitzung

Der Ablauf einer Plenarsitzung ist in der Geschäftsordnung des Landtages geregelt. Der Präsident des Landtages eröffnet und leitet die Plenarsitzung. In der Sitzungsleitung wird er von den Schriftführerinnen und Schriftführern des Landtages unterstützt, die rechts und links neben ihm sitzen.

Der Präsident lässt zu Beginn der Sitzung über den Entwurf der Tagesordnung, der allen Abgeordneten bereits eine Woche vor der Sitzung zugegangen ist, abstimmen. Bestehen keine Einwände, richtet sich der Ablauf der Plenarsitzung nach der Tagesordnung, die das Präsidium vorgeschlagen hat. Nach der Geschäftsordnung ist für die Plenarsitzung grundsätzlich folgender Ablauf vorgesehen (§ 18 Geschäftsordnung):

- Aktuelle Stunde
- Fragestunde

- Lesung von Gesetzentwürfen
- Beantwortung von Großen Anfragen
- Debatten über Berichte der Landesregierung
- Debatten über Anträge und selbstständige Entschließungsanträge

Für die Behandlung der einzelnen Gegenstände stehen den Fraktionen - unter angemessener Berücksichtigung ihrer Stärke - Redezeiten zur Verfügung, die in der Geschäftsordnung geregelt werden.

Nachdem über die Tagesordnung abgestimmt wurde, findet die so genannte Aktuelle Stunde statt, in der Gegenstände der aktuellen Landespolitik besprochen werden und die in der Regel 60 Minuten dauert. Brisante politische Themen können dadurch ohne große zeitliche Verzögerung im Parlament erörtert werden. Der Fraktion, von der das Thema in die Tagesordnung eingebracht wurde, steht als erster das Rederecht zu. Das Antragsrecht für die Aktuelle Stunde wechselt unter den Fraktionen unter Berücksichtigung ihrer Stärke. Durch die Aktualität der jeweils angesprochenen Themen und die strenge Begrenzung der Redezeit ist gerade die Aktuelle Stunde interessant für die Öffentlichkeit und die anwesenden Pressevertreter.

An die Aktuelle Stunde schließt sich die Fragestunde an, in der die Abgeordneten aktuelle Einzelfragen aus dem Bereich der Landespolitik und der Verwaltung an die Landesregierung richten können. Die Dauer der Fragestunde soll 60 Minuten nicht überschreiten.

Nach der Fragestunde werden Gesetzentwürfe beraten.

Liegen mehrere Gesetzentwürfe vor, haben dritte Lesungen Vorrang vor zweiten und zweite wiederum vor ersten. Im Übrigen richtet sich die Reihenfolge, in der Gesetzentwürfe auf die Tagesordnung gesetzt werden, in der Regel nach ihrem Eingangsdatum.

Nach den Lesungen der Gesetzentwürfe folgen die Großen Anfragen. Sie betreffen vor allem landesweite Probleme oder besondere fachspezifische Angelegenheiten von überregionaler Bedeutung. Große Anfragen, die von einer Fraktion oder mindestens einem Fünftel der Abgeordneten eingebracht werden können, sind von der Landesregierung zunächst schriftlich zu beantworten. Anfrage und Antwort werden dann im Landtag besprochen.

An die Großen Anfragen schließen sich die Beratungen von Berichten, Unterrichtungen und Konzepten der Landesregierung an.

Am Ende der Tagesordnung steht die Beratung von Anträgen und selbstständigen Entschließungsanträgen. Ziel von Entschließungsanträgen ist es, die Landesregierung in einer bestimmten Angelegenheit - auch gegenüber dem Bundesrat - zu einem bestimmten Handeln zu veranlassen. Die Landesregierung wird dadurch jedoch nicht rechtlich, sondern lediglich politisch

gebunden. Ein bestimmtes Verhalten der Landesregierung kann damit nicht erzwungen werden.

Bestimmungen zum ordnungsgemäßen Ablauf der Plenarsitzung

Der Landtag gibt sich in seiner Geschäftsordnung neben den Vorschriften über seine Organisation auch Regelungen, die den reibungslosen Ablauf der Plenarsitzungen gewährleisten sollen.

Der Präsident ruft die Beratungsgegenstände auf, erteilt den Abgeordneten und Mitgliedern der Landesregierung das Wort und entzieht es ihnen unter bestimmten Umständen. Er bestimmt die Reihenfolge der Redner. Mitglieder des Landtages dürfen erst dann sprechen, wenn ihnen der Präsident das Wort erteilt hat. Für die Beratung der einzelnen Gegenstände der Tagesordnung werden den Fraktionen entsprechend ihrer Stärke bestimmte Redezeiten zugeteilt, deren Einhaltung der Präsident überwacht. Sollte also ein Mitglied des Landtages länger als zulässig sprechen, so kann ihm der Präsident nach einmaliger Mahnung das Wort entziehen. Sofern Rednerinnen und Redner vom Verhandlungsgegenstand abschweifen, kann der Präsident sie zur Sache rufen und ihnen - sofern sie dreimal in derselben Rede zur Sache gerufen und auf die Folgen hingewiesen worden sind - das Wort entziehen.

Nach Abschluss der Aussprache teilt der Präsident den Wortlaut des Abstimmungsgegenstandes mit und eröffnet die Abstimmung. Der Landtag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder des Landesparlaments anwesend ist. Solange nicht ein Mitglied des Parlaments vor einer Abstimmung oder Wahl die Beschlussfähigkeit anzweifelt, gilt der Landtag auch dann als beschlussfähig, wenn weniger als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Die Abstimmung erfolgt durch Handzeichen. Ist das Ergebnis zweifelhaft, so werden die Stimmen gezählt. Namentlich muss abgestimmt werden, wenn eine Fraktion oder ein Fünftel der Mitglieder des Landtages dies bis zum Beginn der Abstimmung verlangen. Die Abstimmung erfolgt dann durch Namensaufruf. Die Mitglieder des Landtages werden in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen und geben dann ihr Votum durch Zuruf (Ja/Nein/Enthaltung) ab.

Der Präsident hat die Verhandlungen unparteiisch zu führen. Will er sich an der Plenardebatte beteiligen, muss er seinen Stuhl verlassen und sich auf seinen Abgeordnetenplatz begeben.

Der Präsident übt die Ordnungsgewalt gegenüber den Abgeordneten, den Mitgliedern der Landesregierung und ihren Beauftragten, der Präsidentin des Landesrechnungshofes und dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht sowie Besuchern aus.

Verletzt ein Abgeordneter die Ordnung, so wird er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. Ist der Abgeordnete während der Sitzung dreimal zur Ordnung

gerufen worden oder verletzt er in einer Sitzung gröblich die Ordnung, so kann er von dieser Sitzung ausgeschlossen werden. In diesem Fall muss der ausgeschlossene Parlamentarier den Sitzungssaal sofort verlassen. Verlässt er den Sitzungssaal nicht, so unterbricht oder schließt der Präsident die Sitzung oder lässt den betreffenden Abgeordneten aus dem Saal entfernen. Wenn ein Mitglied des Landtages durch ordnungswidriges Verhalten die Arbeit des Landtages erheblich stört, kann ihm der Präsident sogar die Teilnahme an weiteren Sitzungen verbieten. Gegen einen Ordnungsruf oder einen Ausschluss von der Sitzung kann der Betroffene bis zum Beginn der nächsten Sitzung schriftlich Einspruch beim Präsidenten einlegen. Über diesen Einspruch entscheidet das Präsidium.

Trotz zum Teil heftiger politischer Auseinandersetzungen haben die Präsidenten in den zurückliegenden Jahren bislang jedoch relativ selten die parlamentarische Ordnung verletzt gesehen und Ordnungsrufe erteilt.

Die Landtagsverwaltung

Die Landtagsverwaltung untersteht dem Präsidenten. Ständiger Vertreter des Präsidenten in der Landtagsverwaltung ist der Direktor. Im Sinne eines modernen Dienstleisters stellen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung die Funktions- und Handlungsfähigkeit des Parlamentes sicher. Sie bereiten die Sitzungen des Landtages und seiner Ausschüsse vor, unterstützen den Präsidenten bei den Verwaltungsaufgaben und stehen allen Abgeordneten bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben beratend zur Verfügung.

Die Verwaltung des Landtages Brandenburg ist in zwei Abteilungen gegliedert. Die Abteilung Parlament ist u. a. verantwortlich für die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen des Präsidiums, die Vor- und Nachbereitung sowie Durchführung der Plenar- und Ausschusssitzungen, die Prüfung und geschäftsordnungsmäßige Behandlung der Parlamentspapiere, die Führung der Geschäfte aller ständigen und nichtständigen Ausschüsse des Landtags, die juristische Beratung der Ausschüsse sowie für die Anfertigung stenografischer Niederschriften. Außerdem obliegen der Abteilung Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung des Abgeordnetengesetzes und die Bearbeitung von Grundsatzfragen in Umsetzung des Fraktionsgesetzes.

Die Öffentlichkeitsarbeit, die Bibliothek und der Besucherdienst gehören auch zum Aufgabenbereich dieser Abteilung. Der Besucherdienst des Landtags hat eine Reihe von Programmangeboten entwickelt, die Gruppen und Einzelbesuchern ein umfassendes Bild von der Funktionsweise des Brandenburger Parlaments vermitteln. An Plenartagen gehören die Teilnahme an der Sitzung des Parlaments und Gespräche mit Abgeordneten zum Besuchsprogramm. Auch für Schüler bietet der Landtag geeignete Besuchsprogramme, um gerade jungen Menschen Politik nahe zu bringen und den parlamentarischen Alltag zu erklären.

Zu den Aufgaben der Abteilung Verwaltung gehören die Bearbeitung von Rechts- und Versicherungsangelegenheiten und gerichtlichen Verfahren, die Personalangelegenheiten der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Landtagsverwaltung sowie die Bearbeitung von Organisationsfragen. Die Referate der Abteilung Verwaltung sichern den allgemeinen Verwaltungsbetrieb und die internen Abläufe im Landtagsgebäude. Dazu gehören die Funktionsfähigkeit der EDV- und Telefonanlagen und die Ausstattung der Büroräume ebenso wie die Bewachung und Reinigung des Gebäudes.

Landesregierung

Tel.: 0331 866-0

Internet: www.brandenburg.de/landesregierung

Ministerpräsident

Matthias Platzeck
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam
Tel.: 0331 866-1200
Fax: 0331 866-1400

Chef der Staatskanzlei

Staatssekretär Clemens Appel
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam
Tel.: 0331 866-1204
Fax: 0331 866-1302

Regierungssprecher

Thomas Braune
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam
Tel.: 0331 866-1208
Fax: 0331 866-1415

Stellvertretender Regierungssprecher

Mario Faßbender
Tel.: 0331 866-1227
Fax: 0331 866-1415

Aktuelle Presse- und Informationsarbeit

Hans Völkel
Tel.: 0331 866-1356
Fax: 0331 866-1416

Strategische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Winfried Muder
Tel.: 0331 866-1250
Fax: 0331 866-1450

Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung

Marita Goga
Tel.: 0331 866-1223
Fax: 0331 866-1450

Europapolitische Kommunikation
Günter Wignanek
Tel.: 0331 866-1226
Fax: 0331 866-3399

Vertretung des Landes Brandenburg beim Bund

Bevollmächtigter des Landes beim Bund und für Europaangelegenheiten
Dr. Gerd Harms
Tel.: 0331 866-4120
Fax: 0331 866-4135

Pressesprecherin
Roswitha Bourguignon
Tel.: 0331 866-4124

Öffentlichkeitsarbeit
Dr. Christian Kennert
Tel.: 0331 866-4154

Vertretung des Landes Brandenburg bei der Europäischen Union

Leiter
Dr. Marcus Wenig
Rue Joseph II 108 - 110
B-1000 Brüssel
Tel.: 00322 7377451
Fax: 00322 7377469

Ministerien

Ministerium des Innern

Minister Jörg Schönbohm
Staatssekretär Hans-Jürgen Hohnen
Henning-von-Tresckow-Str. 9-13
14467 Potsdam
Pressesprecherin
Dorothee Stacke
Tel.: 0331 866-2060
Fax: 0331 866-2666

Ministerium der Justiz

Ministerin Beate Blechinger
Staatssekretär Günter Reitz
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam
Pressesprecher
Dr. Thomas Melzer
Tel.: 0331 866-3006
Fax: 0331 866-3083
Öffentlichkeitsarbeit
Sylvia Zeising
Tel.: 0331 866-3007

Ministerium der Finanzen

Minister Rainer Speer
Staatssekretär Rudolf Zeeb
Steinstraße 104-106
14480 Potsdam
Pressesprecher/Öffentlichkeitsarbeit
Ingo Decker
Tel.: 0331 866-6007
Fax: 0331 866-6666
E-Mail: ingo.decker@mdf.brandenburg.de

Ministerium für Wirtschaft

Minister Ulrich Junghanns
Staatssekretär Michael Richter
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam
Pressesprecher/Öffentlichkeitsarbeit
Alexander Gallrein
Tel.: 0331 866-1509
Fax: 0331 866-1726

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

Ministerin Dagmar Ziegler
Staatssekretär Winfrid Alber
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam
Pressesprecher
Jens Büttner
Tel.: 0331 866-5040
Fax: 0331 866-5049
E-Mail: jens.buettner@masgf.brandenburg.de
Öffentlichkeitsarbeit
Carola Mahncke
Tel.: 0331 866-5167
Fax: 0331 866-5108
E-Mail: carola.mahncke@masgf.brandenburg.de

Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg

Prof. Dr. Karin Weiss
Tel.: 0331 866-5900
Fax: 0331 866-5909
E-Mail: karin.weiss@masgf.brandenburg.de

Gleichstellungsbeauftragte des Landes Brandenburg

Dagmar Ziegler
Tel.: 0331 866-5050
E-Mail: dagmar.ziegler@masgf.brandenburg.de

Behindertenbeauftragter des Landes Brandenburg

Rainer Kluge
Tel.: 0331 866-5545
E-Mail: rainer.kluge@masgf.brandenburg.de

Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz

Minister Dr. Dietmar Woidke
Staatssekretär Dietmar Schulze
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam
Pressesprecher
Dr. Jens-Uwe Schade
Tel.: 0331 866-7016
Fax: 0331 866-7018
Öffentlichkeitsarbeit
Hans-Joachim Wersin-Sielaff
Tel.: 0331 866-7728
Fax: 0331 866-7018

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Minister Holger Rupprecht
Staatssekretär Burkhard Jungkamp
Steinstraße 104-106
14480 Potsdam
Pressesprecher/Öffentlichkeitsarbeit
Stephan Breiding
Tel.: 0331 866-3520
Fax: 0331 866-3524/25

Landeszentrale für politische Bildung

Tel.: 0331 866-3541
Fax: 0331 866-3544
E-Mail: blzpb@mbjs.brandenburg.de

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Ministerin Prof. Dr. Johanna Wanka
Staatssekretär Dr. Johann Komusiewicz
Dortustraße 36
14467 Potsdam
Pressesprecher/Öffentlichkeitsarbeit
Holger Drews
Tel.: 0331 866-4566
Fax: 0331 866-4545

Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung

Minister Reinhold Dellmann
Staatssekretär Rainer Bretschneider
Henning-von-Tresckow-Str. 2-8
14467 Potsdam
Pressesprecher
Lothar Wiegand
Tel.: 0331 866-8006
Fax: 0331 866-8358
Internationale Zusammenarbeit, Öffentlichkeitsarbeit
und Datenmanagement
Hans-Martin Klütz
Tel.: 0331 866-8090
Fax: 0331 866-8057

Verfassungsgericht des Landes Brandenburg

Jägerallee 9-12

14469 Potsdam

Tel.: 0331 600 698 0

Fax: 0331 600 698 30

E-Mail: info@verfassungsgericht.brandenburg.de

Präsidentin

Monika Weisberg-Schwarz

Vizepräsident

Dr. Wolfgang Knippel

Weitere Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichter:

Prof. Michael Dawin

Prof. Dr. Matthias Dombert

Prof. Dr. Beate Harms-Ziegler

Florian Havemann

Dr. Sarina Jegutidse

Dr. Volkmar Schöneburg

Prof. Dr. Richard Schröder

Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht

Dagmar Hartge
Stahnsdorfer Damm 77
14532 Kleinmachnow
Tel.: 033203 356-0
Fax: 033203 356-49
Internet: www.lida.brandenburg.de
E-Mail: poststelle@lda.Brandenburg.de

Landesrechnungshof Brandenburg

Dortustraße 30-34
14467 Potsdam
Tel.: 0331 866-8501
Fax: 0331 866-8518
Internet: www.brandenburg.de/landesrechnungshof
E-Mail: poststelle@lrh.brandenburg.de

Präsident

Dr. Thomas Apelt

Direktoren beim Landesrechnungshof

Hans-Jürgen Klees
Kerstin Osten
Dr. Sieglinde Reinhardt

